



02

2007


## Statistische Monatshefte

Aus dem Inhalt:  
Das Rekrutierungspotenzial der Polizei  
in der Zukunft

Bruttoanlageinvestitionen 2004



Statistik nutzen



## Fotonachweis

T i t e l f o t o : Polizei Rheinland-Pfalz

Der demographische Wandel wird bereits mittelfristig Konsequenzen für den Arbeitsmarkt haben. Für die Polizei wird es schwieriger werden, Personalabgänge durch junge Anwärtinnen und Anwärter zu ersetzen.

A u t o r e n f o t o s : Manfred Riege, Fotostudio Jörg, Nassau.

02 2007

# Statistische Monatshefte

60. Jahrgang

## Inhalt

kurz + aktuell	73
Das Rekrutierungspotenzial der Polizei im Spannungsfeld zwischen demographischer Entwicklung und personalpolitischen Strategien – Ein Ausblick bis ins Jahr 2030	85
Bruttoanlageinvestitionen 2004	96
Daten zur Konjunktur	102
Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz	125
Neuerscheinungen	135

Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz  
56128 Bad Ems  
Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150  
E-Mail: [poststelle@statistik.rlp.de](mailto:poststelle@statistik.rlp.de)  
Internet: [www.statistik.rlp.de](http://www.statistik.rlp.de)  
Erscheinungsfolge: monatlich

Bestellnummer: Z 2201, ISSN: 0174-2914

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2007

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

---

## Zeichenerklärung

0	Zahl ungleich null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle
-	nichts vorhanden
.	Zahl unbekannt oder geheim
x	Nachweis nicht sinnvoll
...	Zahl fällt später an
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug
()	Aussagewert eingeschränkt, da Zahl statistisch unsicher
D	Durchschnitt
p	vorläufig
r	revidiert
s	geschätzt

---

Für die Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung „50 bis unter 100“ die Darstellungsform „50–100“ verwendet.

Einzelwerte in Tabellen werden im Allgemeinen ohne Rücksicht auf die Endsumme gerundet.

---

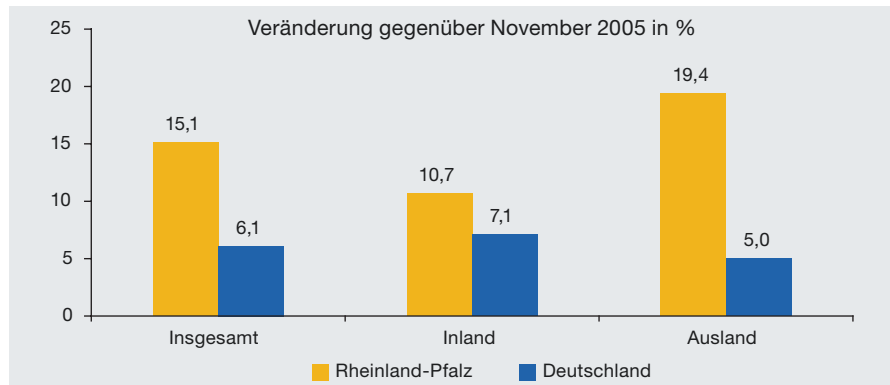
## Industrieraufträge im November erneut deutlich über dem Vorjahreswert

Die Auftragseingänge der rheinland-pfälzischen Industrie wuchsen im November im dritten Monat in Folge stärker als in Deutschland insgesamt. Bei den rheinland-pfälzischen Industriebetrieben wurden im vergangenen November preisbereinigt 15,1% mehr Erzeugnisse geordert als im November 2005; bundesweit lag der Zuwachs bei 6,1%.

Die Bestellungen aus dem Ausland lagen in Rheinland-Pfalz um 19,4% über dem Wert vom November 2005 (Deutschland: +5%). Die inländischen Bestellungen legten im Land ebenfalls zweistellig zu und erreichten ein kräftiges Plus von 10,7% (Deutschland: +7,1%).

Zweistellige Zuwachsraten gegenüber November 2005 konnten in Rheinland-Pfalz u. a. der Fahrzeugbau (+39,1%), die Hersteller von Gummi- und Kunststoffwaren (+15,2%), die chemische Industrie (+13,7%) sowie der Maschinenbau (+11,7%) verbuchen. Diese Wirtschaftszweige meldeten jeweils höhere Ordereingänge von inländischen und ausländischen Kunden. Eine geringe Auftragseinbuße von 2,4% gegenüber dem Vorjahresmonat mussten die Betriebe der Metallherstellung und -bearbeitung hinnehmen. Alle anderen in Rheinland-Pfalz vertretenen Branchen verzeichneten eine verstärkte Nachfrage.

### Auftragseingangsindex im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland im November 2006

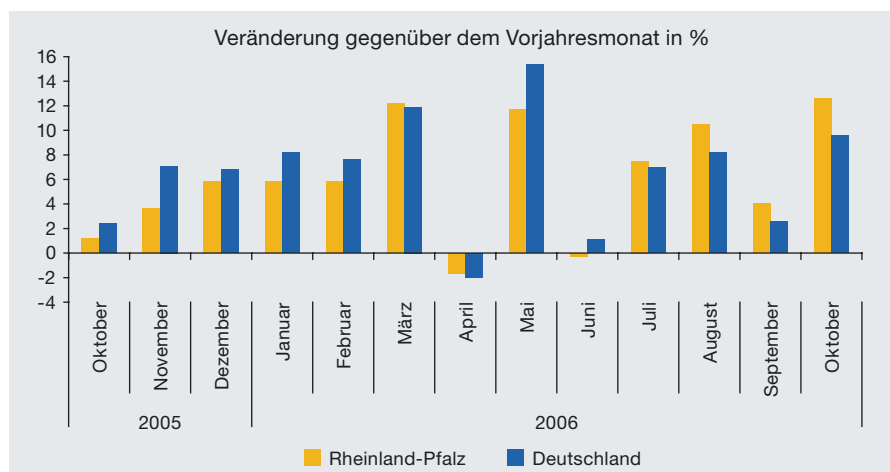


### Industrie setzte bis Oktober 6,7% mehr um

Die Industrieumsätze lagen von Januar bis Oktober 2006 in Rheinland-Pfalz um 6,7% über denen des vergleichbaren Vorjahreszeitraumes. Die rheinland-pfälzischen Industriebetriebe erzielten in diesen zehn Monaten 61,3 Mrd. Euro Umsatz. Deutschlandweit wurden Umsätze in Höhe von 1 305 Mrd. Euro getätigt, daraus errechnet sich ein Zuwachs von 6,8%. Der Auslandsumsatz stieg von Januar bis Oktober gegenüber

dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in Rheinland-Pfalz um 8,2% und in Deutschland um 10,8%. Die Umsätze im Inland legten in Rheinland-Pfalz um 5,5% und deutschlandweit um 4,1% zu. Die Zahl der Beschäftigten im Oktober 2006 belief sich für Rheinland-Pfalz auf 272 907 und lag damit 0,2% unter dem Stand vom Oktober des vorangegangenen Jahres. Die Anzahl der tätigen Personen in Deutschland betrug 5 933 855 und blieb damit auf dem Vorjahresniveau.

### Umsätze im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Im Maschinenbau lag die Zuwachsrate in Rheinland-Pfalz bei mehr als 13%, bundesweit bei 9,2%. Umsatzsteigerungen wurden auch bei den Herstellern von Büromaschinen, DV-Geräten, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik (+9,9 bzw. +6,7%), in der Metallerzeugung und -bearbeitung (+8,8 bzw. +14,9%) sowie von den Herstellern chemischer Erzeugnisse (+5,6 bzw. +5,7%) und dem Fahrzeugbau (+4,6 bzw. +7,3%) erzielt.

Im Oktober 2006 erreichte das rheinland-pfälzische verarbeitende Gewerbe einen Umsatz von 6,4 Mrd. Euro. Dies entspricht einer Steigerung von 12,6% gegenüber Oktober 2005. Der Auslandsumsatz von etwas mehr als 3 Mrd. Euro erreichte eine Zuwachsrate von 16,3%; die Exportquote lag bei 47,3%. Die Inlandsumsätze legten ebenfalls kräftig um 9,5% zu und beliefen sich auf 3,4 Mrd. Euro. Der mit den Ländern der Eurozone getätigte Auslandsumsatz lag mit mehr als 1,6 Mrd. Euro überdurchschnittlich um 23,4% über dem Wert vom Oktober des vorangegangenen Jahres.

Die Daten zur Industrie stammen aus dem Monatsbericht für Betriebe im verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden, zu dem die Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten regelmäßig melden. Befragt werden rund 2 030 Betriebe.

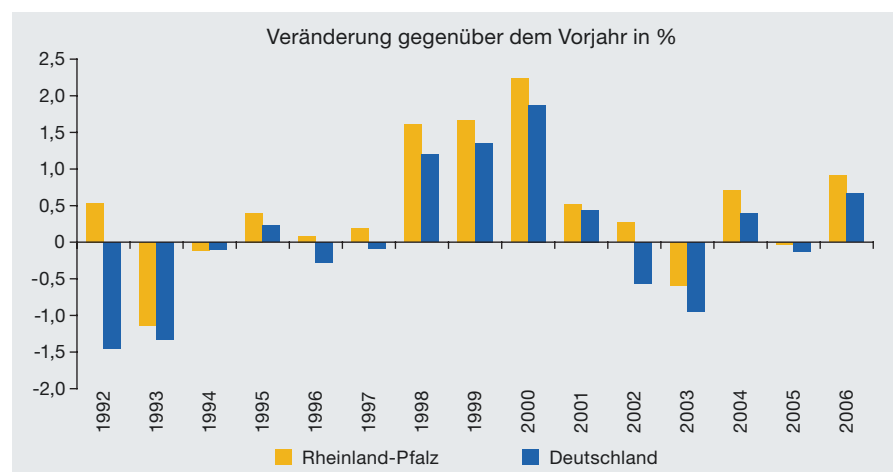
### Mehr Arbeitsplätze durch konjunkturelle Belebung

#### Zahl der Erwerbstätigen stieg im Jahr 2006 um 16 000

In Rheinland-Pfalz ist die Zahl der Erwerbstätigen im vergangenen Jahr wieder gestiegen. Einer ersten vorläufigen Berechnung des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ zufolge hatten im Durchschnitt des Jahres 2006 rund 16 000 Personen mehr ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz als im Jahr 2005. Dies entspricht einem Anstieg um 0,9%, nachdem die Beschäftigung im Jahr 2005 stagniert hatte. Damit verlief die Entwicklung hierzulande etwas günstiger als im gesamten Bundesgebiet, wo es eine Zunahme um durchschnittlich 0,7% gab. Insgesamt hatten im Durchschnitt des Jahres 2006 knapp 1,8 Mill. Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz, das waren rund 4,6% aller Erwerbstätigen in Deutschland.

Zu der positiven Entwicklung der Erwerbstätigkeit im vergangenen Jahr hat die konjunkturelle Belebung wesentlich beigetragen. Anders als in den Vorjahren ist dadurch auch die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse wieder gestiegen. Erste Auswertungen der Bundesagentur für Arbeit zeigen, dass zudem die Zahl ausschließlich geringfügig Beschäftigter („Minijobs“) weiter zugenommen hat. Daneben haben auch arbeitsmarktpolitische Instrumente die Entwicklung beeinflusst. Die Förderung der Selbständigkeit durch Existenzgründungszuschuss und Überbrückungsgeld, die im Jahr 2005 zu einem kräftigen Anstieg von „Ich-AGs“ geführt hatte, wurde im Jahr 2006 durch den Gründungszuschuss ersetzt. Wie bereits im Vorjahr ist die Zahl der Arbeitsgelegenheiten („Ein-Euro-Jobs“) weiter ausgedehnt worden. Eine Aufschlüsselung nach Selbständigen (einschließlich mit-helfenden Familienangehörigen) und

Erwerbstätige in Rheinland-Pfalz und in Deutschland 1992–2006



Arbeitnehmern wird im Rahmen der zweiten Berechnung im März 2007 möglich sein.

In den Wirtschaftsbereichen entwickelte sich die Erwerbstätigkeit im Jahr 2006 unterschiedlich. Trotz der konjunkturellen Belebung kam es wie in den Vorjahren im produzierenden Gewerbe zu Arbeitsplatzverlusten, allerdings in deutlich geringerem Maße als 2005. Die Zahl der Beschäftigten ist hier im Jahresdurchschnitt um gut 4 000 oder 1,1% gesunken; im Jahr 2005 hatte der Rückgang 2,1% betragen. Dagegen kam es im Baugewerbe nach kräftigem Personalabbau in den Vorjahren erstmals wieder zu einer Zunahme (+1 100 bzw. 1,1%).

Beschäftigungsgewinne gab es 2006 erneut in den Dienstleistungsbereichen. Insgesamt waren hier per Saldo gut 18 000 Personen mehr beschäftigt als ein Jahr zuvor, das entspricht einem Zuwachs um 1,4%. Zurückzuführen ist dieser Anstieg in erster Linie auf die Bereiche „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ (+6 400 Personen bzw. 2,7%) und „Öffentliche und private Dienstleister“ (+10 200 Personen bzw. 1,8%). Zum Bereich „Öffentliche und private Dienstleister“ gehören neben der öffentlichen Verwaltung auch Erziehung und Unterricht, Gesundheitswesen, persönliche Dienstleistungen sowie häusliche Dienste, zum Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ zählen neben dem Kredit- und

Versicherungsgewerbe die Dienstleister für Unternehmen, wie Softwarehäuser, Unternehmensberater, Ingenieurbüros u. Ä. Im Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ war nur eine geringe Beschäftigungszunahme zu verzeichnen. Hier stieg die Zahl der Erwerbstätigen im Vorjahresvergleich um 1 500 oder 0,3%. Auch in der Land- und Forstwirtschaft war in Rheinland-Pfalz ein Zuwachs um 1 000 Personen bzw. 2% festzustellen.

Die langfristige Betrachtung seit 1991 zeigt einen überdurchschnittlichen Anstieg der Erwerbstätigkeit in Rheinland-Pfalz. Hierzulande lag die Zahl der Erwerbstätigen 2006 um 7,4% (gut 124 000 Personen) über dem Niveau von 1991, während in den alten Bundesländern ohne Berlin ein Anstieg um 5,8% und in ganz Deutschland um 1,2% zu verzeichnen war.

Die Ergebnisse beruhen auf der ersten Fortschreibung des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung

des Bundes und der Länder“, die sich auf aktuell verfügbare Basisstatistiken stützt. Weitere Informationen zur Erwerbstätigenrechnung gibt es im Internetangebot des Arbeitskreises unter <http://www.statistik-hessen.de/erwerbstaetigenrechnung/>

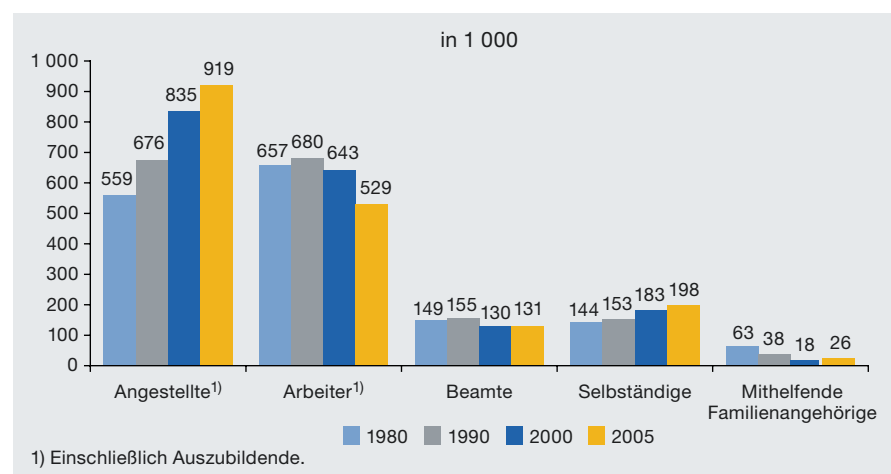
Die Erwerbstätigen werden hier am Arbeitsort nachgewiesen. Der Personenkreis umfasst sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Selbständige und mithelfende Familienangehörige, Beamte sowie geringfügig Beschäftigte.

### Struktur der Erwerbstätigkeit hat sich deutlich verändert

#### Ergebnisse des Mikrozensus zeigen den Wandel auf

Immer mehr Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer üben eine selbständige Tätigkeit aus. Im Jahr 1980 gingen rund 144 000 Erwerbstätige einer selbständigen Beschäftigung nach, im Jahr 2005 waren es

Erwerbstätige 1980–2005 nach der Stellung im Beruf





rund 198 000 und damit über 37% mehr als vor 25 Jahren. Allein im Vergleich zu 2004 nahm die Zahl um 7% oder fast 13 500 Personen zu. Das ist auch ein Zeichen dafür, dass immer mehr Menschen in selbständiger Tätigkeit einen Ausweg aus bestehender oder drohender Arbeitslosigkeit suchen. Nicht zuletzt dürfte staatliche Förderung, wie z. B. die Ich-AG, eine Rolle spielen.

Der Anteil der Selbständigen an allen Erwerbstätigen wuchs zwischen 1980 und 2005 von 9 auf 11%. Dagegen nahm die Zahl der mithelfenden Familienangehörigen deutlich ab. Während vor 25 Jahren noch mehr als 4% der erwerbstätigen Bevölkerung in Rheinland-Pfalz dieser Kategorie zuzuordnen waren, arbeiten heute nur noch knapp 1,5% bei einem selbständig tätigen Familien- oder Haushaltsmitglied. Hinter dieser Entwicklung steht die deutliche Abnahme der Zahl landwirtschaftlicher Betriebe, auf die in der Vergangenheit das Gros der mithelfenden Familienangehörigen entfiel.

Auch der Anteil der Beamten geht weiter zurück. Im Jahr 2005 stand jeder 14. Erwerbstätige in Rheinland-Pfalz in diesem besonderen öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis; vor 25 Jahren war es noch jeder Zehnte.

Wie 1980 arbeitet auch heute der überwiegende Teil der Erwerbstätigen im Angestellten- oder Arbeiterverhältnis. So wuchs der Anteil der Angestellten und Arbeiter an den Erwerbstätigen in Rheinland-Pfalz von 77% im Jahr 1980 auf über 80% im

Jahr 2005. Die Unterscheidung dieser beiden Berufskategorien ist in den vergangenen Jahren durch tarif- und rentenversicherungsrechtliche Anpassungen immer mehr in den Hintergrund getreten. Die Zunahme der Zahl der Angestellten und der Rückgang bei den Arbeitern muss auch vor diesem Hintergrund gesehen werden.

**Einbruch im Baugewerbe hat vor allem größere Betriebe getroffen**

**Beschäftigungsrückgang in Kleinbetrieben gestoppt**

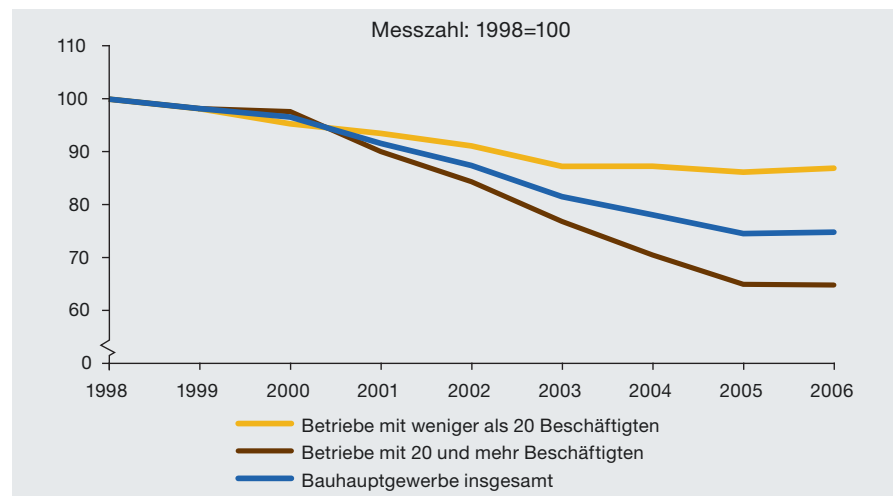
Der Umsatz- und Beschäftigtenrückgang in der rheinland-pfälzischen Baubranche hat größere Betriebe wesentlich stärker getroffen als kleine. Seit 1998 haben Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten ihr Personal um mehr als ein Drittel reduziert. Der Rückgang in den Kleinbetrieben fiel mit rund 13% wesentlich geringer

aus; im vergangenen Jahr wurde hier der Beschäftigtenabbau sogar gestoppt. Im Juni 2006 waren 36 751 Personen im Bauhauptgewerbe tätig, mehr als die Hälfte davon in kleineren Betrieben. 1998 lag der Anteil der Beschäftigten in kleinen Betrieben noch bei 45%.

Die Anzahl der größeren Betriebe ist seit 1998 von 533 auf 340 gesunken, das entspricht einem Rückgang um 36%. Die Zahl der kleinen Betriebe stieg dagegen um 65 auf 3 503 (+1,9%).

Trotz des zahlenmäßigen Rückgangs und des deutlichen Beschäftigungsabbaus erwirtschafteten die Betriebe mit 20 und mehr Mitarbeitern zwei Drittel des baugewerblichen Umsatzes. Im Jahr 2005 lag der baugewerbliche Umsatz bei insgesamt 3,85 Mrd. Euro, zu denen die Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten 2,45 Mrd. Euro beisteuerten. Der Umsatz des gesamten Bauhauptgewerbes

**Beschäftigte im Bauhauptgewerbe 1998–2006 nach Beschäftigtengrößenklassen**





lag um 11% unter dem Wert des Jahres 1997; die größeren Betriebe mussten einen Rückgang um 15,6% hinnehmen, Betriebe mit weniger als 20 Beschäftigten machten 1,9% weniger Umsatz als 1997.

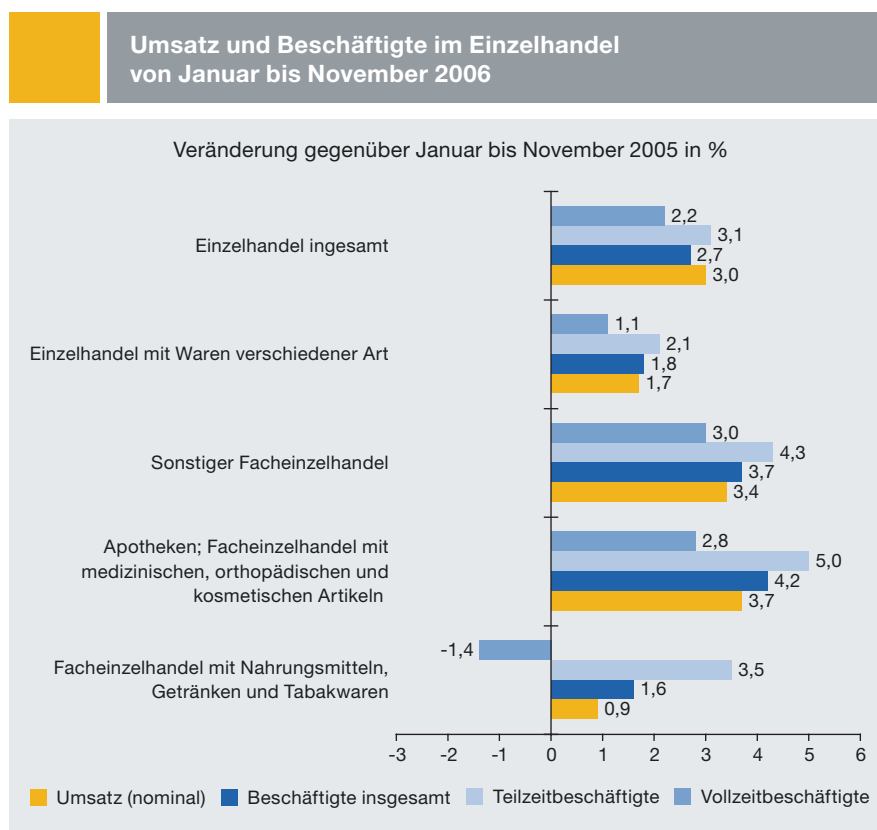
Der größte Anteil am Umsatz wird nach wie vor im Hochbau erwirtschaftet. Der Tiefbau legte jedoch in den letzten neun Jahren kräftig zu. Während der Hochbau fast 8% verlor, konnte der Tiefbau seinen baugewerblichen Umsatz um 10,5% steigern. Zu der Entwicklung hat vor allem der Straßenbau beigetragen, dessen Umsätze um 34,8% zunahm. Im Tiefbau dominieren klar die größeren Betriebe, die 2005 z. B. im Straßenbau 87,3% des Umsatzes auf sich vereinigten. Dagegen herrschen die Kleinbetriebe im Wohnungsbau vor; sie generierten 76,5% der Umsätze in dieser Bauart.

Die Daten stammen aus der Totalerhebung von 3 843 Betrieben aus dem Bauhauptgewerbe im Juni 2006. Hier werden alle Betriebe im Bereich der vorbereitenden Baustellenarbeiten sowie im Hoch- und Tiefbau befragt.

### Einzelhandel legt in Rheinland-Pfalz kräftig zu

#### Umsatzplus deutlich über dem Bundesdurchschnitt

Der rheinland-pfälzische Einzelhandel – ohne Kraftfahrzeughandel und Tankstellen – hat seine Umsätze in den ersten elf Monaten des vergangenen Jahres deutlich gesteigert. Die



Umsatzerlöse nahmen gegenüber dem Zeitraum Januar bis November 2005 nominal, also zu jeweiligen Preisen, um 3% zu. Real, d. h. um Preisveränderungen bereinigt, war ein Umsatzplus von 2,1% zu verzeichnen. Die Umsatzsteigerungen lagen damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt von nominal +0,8% und real +0,1%.

Ein überdurchschnittliches Umsatzplus erzielten die Apotheken und der Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln, ebenso der Einzelhandel mit sonstigen Waren (hierzu zählen u. a. der Einzelhandel mit Büromöbeln, Reinigungsmitteln, Brennstoffen usw.). Eine unterdurchschnittliche Umsatzsteigerung verzeichnete in den ersten

elf Monaten dagegen der Fachhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren. Ähnlich ging es dem Einzelhandel mit Waren verschiedener Art; hierzu gehören insbesondere Kauf- und Warenhäuser sowie Super- und Verbrauchermärkte.

Das freundlichere Konsumklima schlug sich auch in der Beschäftigtenzahl nieder. Die Zahl der Vollzeitkräfte nahm um 2,2% zu, die der Teilzeitkräfte um 3,1%.

Im November 2006 setzte der rheinland-pfälzische Einzelhandel nominal 3,5% mehr um als ein Jahr zuvor. Preisbereinigt lag das Umsatzplus im November bei 2,6%. Bundesweit nahmen die Umsätze nominal um 0,2% zu, real lagen sie um 0,3% unter dem Wert vom November 2005.

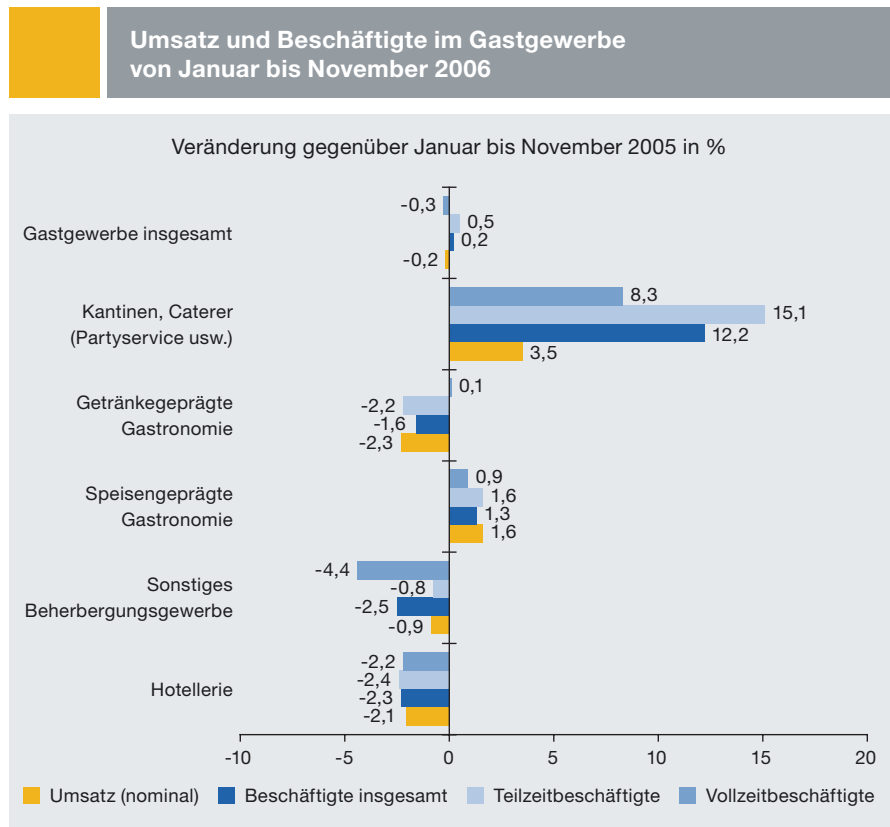
Die Daten stammen aus der monatlichen Stichprobenerhebung bei etwa 1 800 Einzelhandelsunternehmen in Rheinland-Pfalz. Das sind rund 9% aller Einzelhändler. Die Angaben für Filialbetriebe von Einzelhandelsketten mit Sitz in einem anderen Bundesland sind in den Ergebnissen enthalten. Da es sich um eine Stichprobenerhebung handelt, liegen absolute Werte sowie Regionalangaben nicht vor.

**Gastgewerbe spürt nichts von steigender Konsumlaune**

**Umsätze bis November unter Vorjahresniveau**

Das rheinland-pfälzische Gastgewerbe hat in den ersten elf Monaten des Jahres 2006 weniger Umsatz gemacht. Die Umsätze lagen nominal, also zu jeweiligen Preisen, um 0,2% unter denen des entsprechenden Vorjahreszeitraumes; real – d. h. um Preisveränderungen bereinigt – bedeutete das einen Umsatzrückgang um 1,5%. Bundesweit setzte das Gastgewerbe in den ersten elf Monaten nominal 1,5% mehr um, real erhöhte sich der Umsatz gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 0,1%.

Überdurchschnittliche Zuwächse waren bei Kantinen und Cateringbetrieben zu beobachten, zu denen unter anderem die Lieferanten von Fluggesellschaften gehören. Aber auch die speisengeprägte Gastronomie – Restaurants, Cafés, Eisalons und Imbissstuben – konnte das Umsatzvolumen in den ersten elf Monaten ausweiten. Dagegen lagen



die Umsätze des Beherbergungsgewerbes und der getränkegeprägten Gastronomie deutlich unter denen des gleichen Zeitraums 2005.

Die Zahl der Vollbeschäftigten war in den Monaten Januar bis November 2006 etwas niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum, bei den Teilzeitstellen gab es ein leichtes Plus.

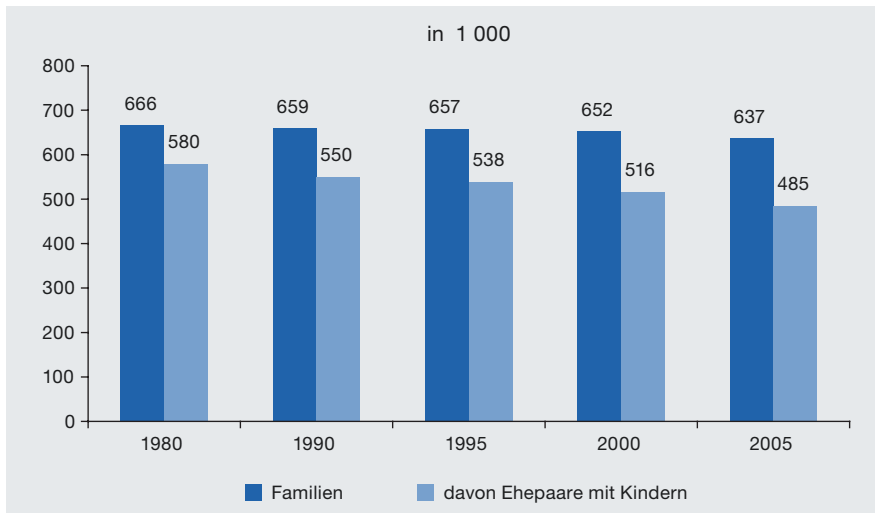
Im November 2006 setzte das rheinland-pfälzische Gastgewerbe nach ersten Ergebnissen nominal 1,6% mehr um als im Vorjahresmonat. Preisbereinigt ging der Umsatz gegenüber November 2005 um 0,6% zurück. Bundesweit lagen die Umsätze nominal um 2,6% höher als im November des vorangegangenen Jahres, real bedeutete dies einen Zuwachs um 0,3%.

Die Daten stammen aus der monatlichen Stichprobenerhebung bei etwa 700 Gastronomieunternehmen in Rheinland-Pfalz. Das sind rund 4% aller Gastronomiebetriebe im Land. Die Angaben für Filialbetriebe von Hotel- und Restaurantketten mit Sitz in einem anderen Bundesland sind in den Ergebnissen enthalten. Da es sich um eine Stichprobenerhebung handelt, liegen absolute Werte sowie Regionalangaben nicht vor.

**Anteil der Ehepaare mit Kindern geht zurück**

Die klassische Familie, das Ehepaar mit Kindern, verliert an Bedeutung. Im Jahr 1980 bestanden 87% aller Familien in Rheinland-Pfalz aus verheirateten Eltern mit Kindern, im Jahr 2005 waren es nur noch 76%. Dem

### Familien und Ehepaare mit Kindern 1980–2005



steht ein steigender Anteil anderer Formen des familiären Zusammenlebens gegenüber.

Als Familien gelten statistisch gesehen alle Eltern-Kind-Gemeinschaften (Ehepaare, Lebensgemeinschaften oder alleinerziehende Mütter und Väter, die mit ihren ledigen Kindern zusammenleben).

Im Jahr 2005 gab es in Rheinland-Pfalz 637 000 Familien, das waren 29 000 weniger als im Jahr 1980. Die Zahl der Ehepaare mit Kindern sank von 579 600 auf 485 000, während die Zahl der sonstigen Formen der Eltern-Kind-Gemeinschaft von 86 400 auf 152 000 stieg; davon waren 122 500 Alleinerziehende. Die Zahl der nichtehelichen Lebensgemeinschaften mit Kindern lag im Jahr 2005 bei gut 29 000.

Die Zahl der Ehepaare ohne Kinder – die statistisch nicht zu den Familien gerechnet werden – ist zwi-

schen 1980 und 2005 von 333 100 auf 466 700 angewachsen. Hierbei ist zu beachten, dass in diesen Ergebnissen auch Ehepaare enthalten sind, deren Kinder den Haushalt bereits verlassen haben. Darin spiegelt sich auch die steigende Lebenserwartung wieder, die zu einer größeren Anzahl älterer Ehepaare führt.

Die Daten stammen aus dem Mikrozensus (siehe Seite 84).

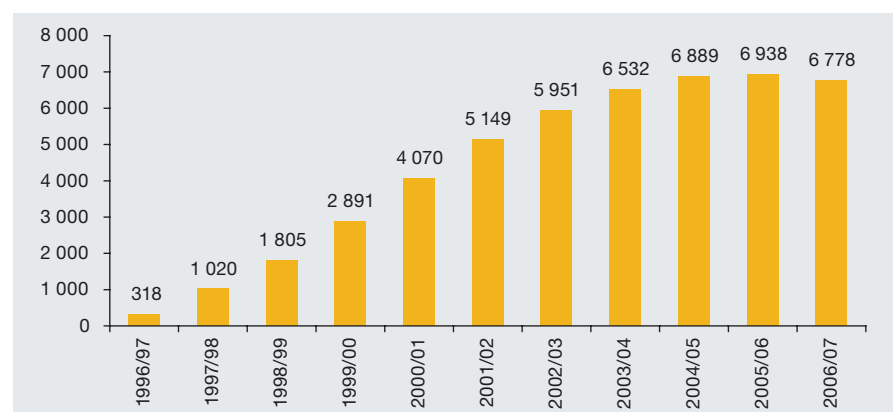
### 6 778 Schülerinnen und Schüler an dualen Oberschulen

#### 14 Schulen bieten ein attraktives Alternativangebot zu Haupt- und Realschule

Im laufenden Schuljahr besuchen 3 004 Mädchen und 3 774 Jungen die Duale Oberschule. Diese Schulform, die zunächst in einer zehnjährigen Modellphase erprobt wurde, hat sich zum laufenden Schuljahr als Regelschule im rheinland-pfälzischen Bildungssystem etabliert. Inzwischen wurden insgesamt 14 duale Oberschulen, davon neun im nördlichen Landesteil, eingerichtet.

Die Schülerinnen und Schüler werden hier in den Klassenstufen 5 bis 10 durch eine systematische Berufsvorbereitung (hoher Praxisbezug, Vermittlung von Schlüsselqualifikationen, enge Verknüpfung allgemeiner und beruflicher Bildung) weniger auf akademische als vielmehr auf Berufe in Handwerk, Gewerbe und Technik, Wirtschaft und Sozialwesen sowie Verwaltung vorbereitet. Die Duale

### Schülerinnen und Schüler an dualen Oberschulen 1996/97–2006/07



Oberschule richtet sich dementsprechend in erster Linie an Schülerinnen und Schüler, die nach der Grundschule alternativ eine Haupt- oder Realschule besuchen würden, weil sie ihre Perspektive in einer beruflichen Ausbildung sehen.

Neben der Berufsreife (Hauptschulabschluss) und dem qualifizierten Sekundarabschluss I (mittlere Reife) kann an der Dualen Oberschule auch die Berufsreife mit Qualifikationsvermerk erlangt werden, die nach dem Übergang in eine Berufsschule ausbildungsbegleitend den Besuch des Fachhochschulreife-Unterrichts ermöglicht. Die Duale Oberschule hält damit auch den Zugang zur Hochschule offen; leistungsstarken Schülerinnen und Schülern ebnet sie einen schnellen Weg, berufsbegleitend eine Hochschulreife zu erlangen.

Im vergangenen Schuljahr erwarben 662 Schülerinnen und Schüler dualer Oberschulen die Berufsreife, insgesamt 503 gingen mit qualifiziertem Sekundarabschluss I ab. 78 Mädchen und Jungen verließen die Schule, ohne einen Abschluss erlangt zu haben. Damit lag der Anteil der Absolventen mit mittlerer Reife bei 40,5%.

**Mehr als die Hälfte der Studierenden an rheinland-pfälzischen Hochschulen sind keine „Landeskinder“**

Das Bildungsangebot der rheinland-pfälzischen Hochschulen findet bei Studieninteressenten außerhalb des Landes wachsenden Zuspruch. Im Wintersemester 2005/06 hatten von

**Studierende im Wintersemester 2005/06 nach dem Land des Erwerbs der Hochschulzugangsberechtigung und dem Land des Studienorts**

Land	Aus Rheinland-Pfalz studieren in ...	In Rheinland-Pfalz studieren aus ...	Wanderungsüberschuss (+)/-defizit (-)	
	WS 2005/06		WS 2004/05	
Baden-Württemberg	10 561	8 203	-2 358	-2 577
Bayern	2 303	2 805	502	405
Berlin	1 343	629	-714	-898
Brandenburg	224	434	210	158
Bremen	235	222	-13	-14
Hamburg	576	385	-191	-202
Hessen	7 434	15 435	8 001	8 116
Mecklenburg-Vorpommern	194	299	105	94
Niedersachsen	961	2 331	1 370	1 308
Nordrhein-Westfalen	11 301	8 539	-2 762	-2 779
Rheinland-Pfalz	44 424	44 424	-	-
Saarland	2 088	6 798	4 710	4 370
Sachsen	598	793	195	144
Sachsen-Anhalt	264	467	203	160
Schleswig-Holstein	309	672	363	335
Thüringen	359	689	330	297
Zusammen	83 174	93 125	9 951	8 917
Außerhalb des Bundesgebietes und ohne Angaben	.	8 720	.	.
Insgesamt	.	101 845	.	.

den gut 101 800 an rheinland-pfälzischen Hochschulen Immatrikulierten rund 48 700 (47,8%) ihre Hochschulzugangsberechtigung in einem anderen Bundesland erlangt. Mehr als 8 700 (8,6%) der Studierenden stammten aus dem Ausland.

Von den bundesweit knapp 83 200 Studierenden, die ihre Hochschulreife in Rheinland-Pfalz erworben hatten, waren etwas mehr als 44 400 (53,4%) an einer hiesigen Hochschule eingeschrieben, die übrigen studierten an Hochschulen anderer Bundesländer. Damit ergibt sich für Rheinland-Pfalz hinsichtlich der „Bildungswanderung“ zwischen den Ländern ein Überschuss von fast 10 000 Studierenden aus den übrigen Bundesländern. Dieser

Überschuss ist gegenüber dem Vorjahr erneut kräftig um mehr als 1 000 Personen gestiegen (+11,6%).

Insbesondere mit den benachbarten Bundesländern bestehen starke Austauschbeziehungen. Von den „Nicht-Landeskindern“ an den hiesigen Hochschulen stammten über 15 400 aus Hessen, gut 8 500 aus Nordrhein-Westfalen, 8 200 aus Baden-Württemberg und annähernd 6 800 aus dem Saarland.

Von den auswärts studierenden rheinland-pfälzischen Studienberechtigten waren 11 300 Personen in Nordrhein-Westfalen, knapp 10 600 in Baden-Württemberg, mehr als 7 400 in Hessen und knapp 2 100 im Saarland eingeschrieben. Somit

ergeben sich unter dem Strich mit Hessen (+8 001) und dem Saarland (+4 710) große Wanderungsüberschüsse; Wanderungsdefizite werden gegenüber Nordrhein-Westfalen (-2 762) und Baden-Württemberg (-2 358) verzeichnet.

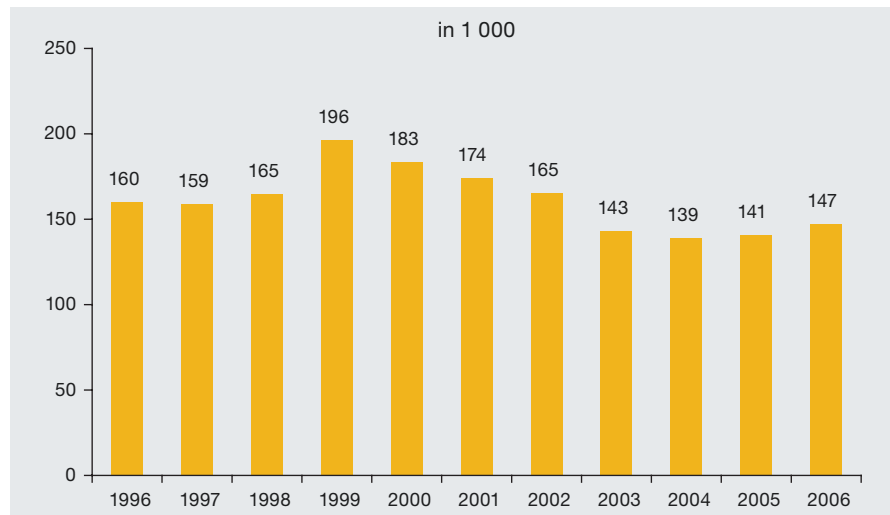
Gegenüber dem Vorjahr ist damit der Studierendenzustrom aus dem Saarland per Saldo um 7,8% gestiegen. Der Wanderungsüberschuss aus Hessen schmolz dagegen leicht um 1,4%. Ebenfalls vermindert wurden die im Wintersemester 2004/05 bestehenden Wanderungsdefizite mit Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg. Während das Defizit mit Nordrhein-Westfalen nur leicht um 0,6% abnahm, betrug der Rückgang des Defizits mit Baden-Württemberg immerhin 8,5%.

### Rheinland-Pfälzer kauften 2006 mehr neue Pkws

#### Starker Anstieg der Neuzulassungen von Lkws und Zugmaschinen

In Rheinland-Pfalz wurden im Jahr 2006 mehr neue Pkws zugelassen als im Jahr zuvor. Die Lust auf neue Autos war aber noch immer deutlich verhaltener als in früheren Jahren. Erstmals zugelassen wurden 146 961 Pkws, das waren 4,2% mehr als im Jahr 2005. Bundesweit lag die Zahl der Neuzulassungen um 3,8% über dem Vorjahreswert. Vor dem Einbruch der Nachfrage zu Beginn dieses Jahrzehnts waren in

Neuzulassungen von Personenkraftwagen 1996–2006



Rheinland-Pfalz zwischen 1996 und 2000 durchschnittlich jedes Jahr mehr als 170 000 Pkws neu zugelassen worden.

Die Nachfrage nach Pkws zog zum Jahresende deutlich an; im Dezember 2006 wurden gut 25% mehr Neuzulassungen gezählt als ein Jahr zuvor. Das kann sicherlich auf Kaufanreize von Herstellern und Händlern im Zusammenhang mit der Mehrwertsteuererhöhung zurückgeführt werden, die für einen gewissen Vorzieheffekt gesorgt haben dürften.

Die Zahl der Besitzumschreibungen von Pkws, die Aufschlüsse über den Gebrauchtwagenmarkt gibt, lag mit 360 483 um 1,1% über dem Vorjahreswert.

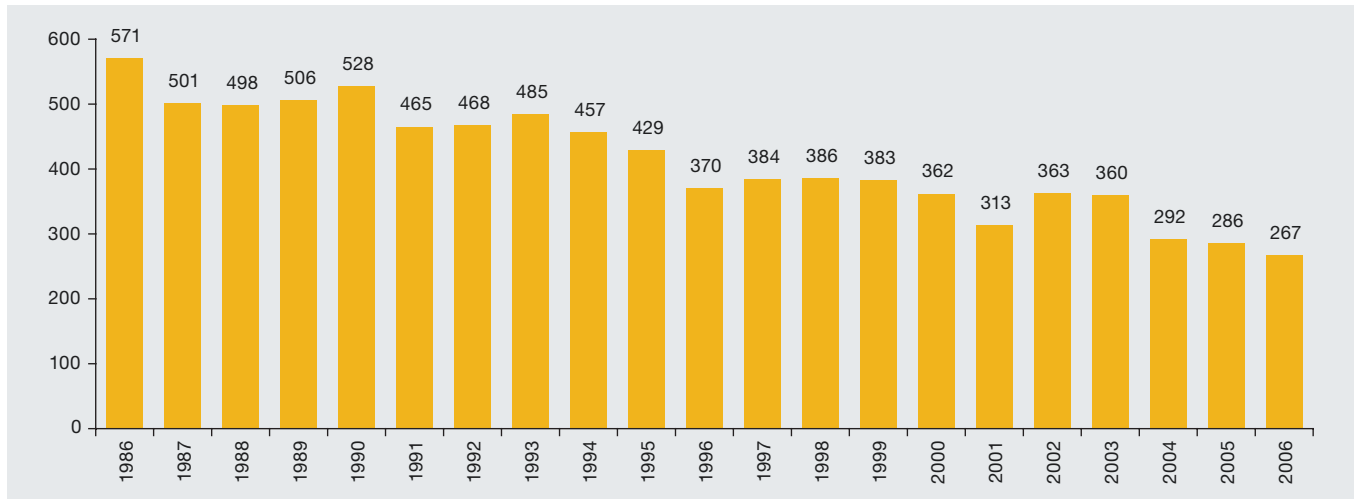
Stark angestiegen ist im Jahr 2006 die Zahl der Erstzulassungen von Lastkraftwagen (+15,6%) und Zugmaschinen (+13%). Auch hier dürfte der Vorzieheffekt wegen der Mehr-

wertsteuererhöhung eine Rolle gespielt haben; hinzugekommen ist aber auch die seit Oktober 2006 geltende strengere Abgasnorm Euro 4. Mit dem Ziel, den Ausstoß von Stickoxiden und Partikeln zu senken, werden Lastwagen und Zugmaschinen, die diese Norm erfüllen, mit niedrigeren Straßennutzungsgebühren gefördert.

#### Zahl der Todesopfer im Straßenverkehr 2006 auf historischem Tiefstand

Deutlich weniger Verletzte und Getötete waren im Jahr 2006 bei einer leicht rückläufigen Zahl von Verkehrsunfällen zu verzeichnen. Im Straßenverkehr verloren 267 Menschen ihr Leben, das waren 19 Todesopfer weniger als im Jahr zuvor – die niedrigste Zahl an Getöteten in Rheinland-Pfalz seit Einführung der Straßenverkehrsunfallstatistik im Jahr 1950. In den 1970er-Jah-

Verkehrstote in Rheinland-Pfalz 1986–2006



ren lag die Zahl der Getöteten noch über 1 000. Die Sicherheitstechnik in den Fahrzeugen, Aufklärung, Kontrollen, die Verbesserung des Rettungssystems und die bauliche Entschärfung von Unfallschwerpunkten haben zum Rückgang der Zahl der Todesopfer beigetragen.

Schwer verletzt wurden im vergangenen Jahr 3 955 Unfallbeteiligte, fast 9% weniger als im Jahr 2005. Die Zahl der Leichtverletzten lag mit 17 007 Personen um 6,3% unter der des Vorjahres.

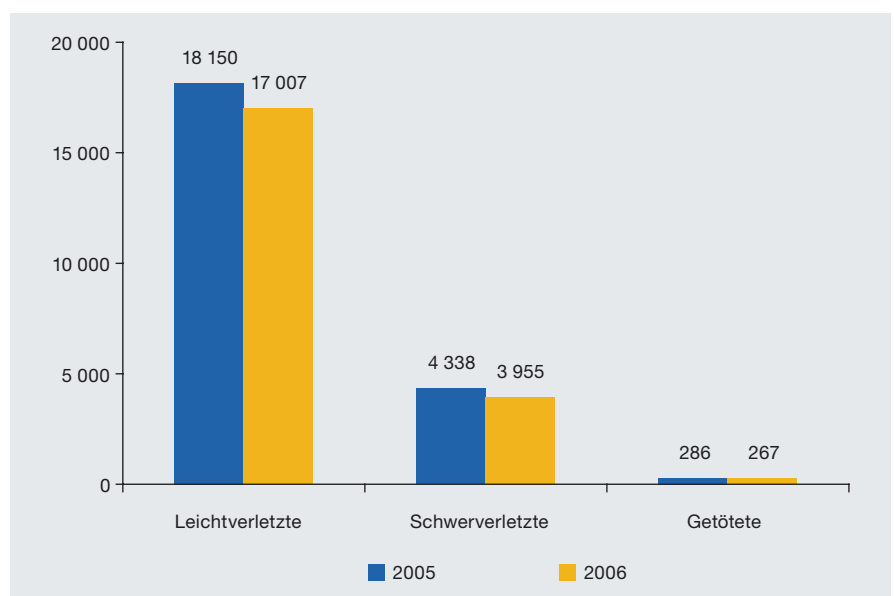
Insgesamt registrierte die Polizei im vergangenen Jahr 122 153 Unfälle im Straßenverkehr, 1,4% weniger als im Vorjahr (123 920). In 105 975 Fällen (86,8%) entstand lediglich Sachschaden, bei 16 178 Unfällen (13,2%) wurden Menschen verletzt, darunter waren 255 Verkehrsunfälle, bei denen Todesopfer zu beklagen waren.

Die meisten Unfälle ereigneten sich in den Monaten März (10 952) und November (10 824). Im Februar (9 025) und im April (8 927) lag die Zahl der Unfälle deutlich unter dem Durchschnitt von rund 10 200. Die meisten Todesopfer gab es in den Monaten September (33) und Ok-

tober (30), während in den Wintermonaten Januar und Februar 10 bzw. 16 Menschen bei Unfällen getötet wurden.

Die Ergebnisse basieren auf den monatlichen Meldungen der Polizeidienststellen in Rheinland-Pfalz.

Verunglückte in Rheinland-Pfalz 2005 und 2006





## Verbraucherpreise in Rheinland-Pfalz im Januar 2007

Zu Beginn des neuen Jahres lag der Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz 1,6% höher als im Januar 2006 und 0,1% unter dem Niveau des Vormonats Dezember 2006. Im Vergleich zum Januar 2006 waren deutliche Preissteigerungen in den Gruppen „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+3,9%) sowie „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (+2,2%) zu verzeichnen, wobei die Entwicklung bei den Nahrungsmitteln durch höhere Preise bei saisonabhängigen Produkten wie frisches Gemüse und Salat (+8,3%) geprägt war.

Vor dem Hintergrund der Mehrwertsteuererhöhung fiel der Anstieg des Gesamtindex zum Vorjahresmonat

wesentlich geringer aus, als viele Beobachter angenommen hatten.

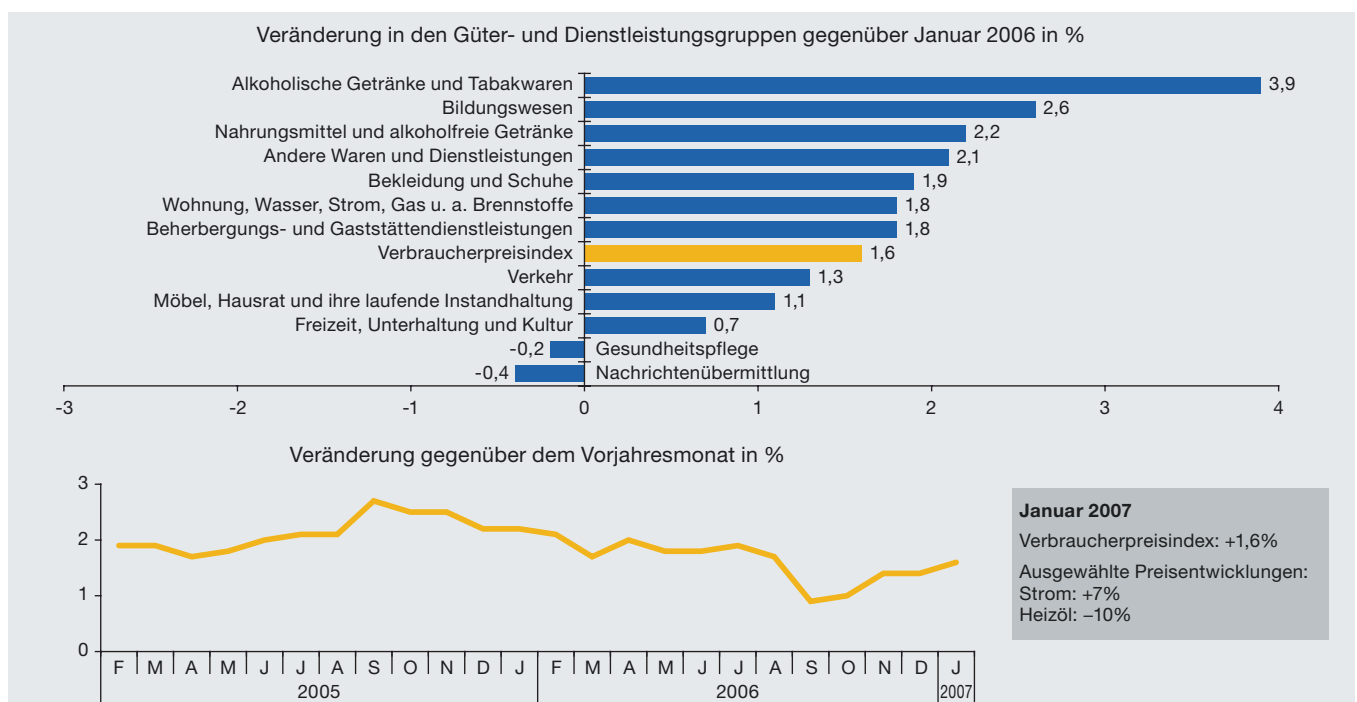
Gegenüber Januar 2006 waren insbesondere bei den Strompreisen (+7%) deutliche Preissteigerungen zu verzeichnen. Demgegenüber mussten die Verbraucherinnen und Verbraucher für Heizöl (-10%) und Kraftstoffe (-2,2%) weniger ausgeben als im Vorjahresmonat. Ohne die dämpfende Wirkung der Heizöl- und Kraftstoffpreise hätte die Jahresteuersatzrate 1,9% betragen. Im Vergleich zum Dezember 2006 verbilligten sich – saisonüblich – Pauschalreisen (-23,6%) und Beherbergungsdienstleistungen (-15,6%), was maßgeblich zu dem leichten Rückgang des Gesamtindex gegenüber dem Vormonat beigetragen hat.

## Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung der Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Berücksichtigt werden Güter des täglichen Bedarfs, Mieten, langlebige Gebrauchsgüter und Dienstleistungen. Der Verbraucherpreisindex dient als Indikator für die Beurteilung der Geldwertstabilität und als Inflationsmaßstab.

Rund um die Monatsmitte erheben in Rheinland-Pfalz in 11 Berichtsgemeinden 16 Preisermittler im Auftrag des Statistischen Landesamtes in ca. 2000 Berichtsstellen (z.B. Kaufhäuser) etwa 18000 Einzelpreise. Dabei werden die Preisveränderungen von etwa 750 genau beschriebenen Waren und Dienstleistungen erfasst. Die Preisveränderungen werden gemäß der Verbrauchsbedeutung, die den Waren und Dienstleistungen bei den Ausgaben der privaten Haushalte zukommt, im Preisindex berücksichtigt.

## Verbraucherpreisindex im Januar 2007





## Mikrozensus 2007: Interviewerinnen und Interviewer sind auch im neuen Jahr unterwegs

Welche Berufe üben die Menschen in Rheinland-Pfalz aus? Wie ist deren persönliche Situation am Arbeitsplatz? Wie steht es um die Altersvorsorge der Bevölkerung? Antworten auf diese von Politik, Wissenschaft und Medien häufig gestellten Fragen gibt der Mikrozensus. Die Erhebung erfolgt jährlich bei 1 % aller Haushalte in Deutschland. In Rheinland-Pfalz werden rund 18 000 Haushalte von Interviewerinnen und Interviewern des Statistischen Landesamtes befragt.

Seit 2005 hat der Mikrozensus, den es seit 1957 gibt, ein neues Gesicht. Wurden bis vor drei Jahren alle ausgewählten Haushalte während einer festgelegten so genannten „Berichtswoche“ (meist Ende April) befragt, so wird die Mikrozensus-erhebung seit 2005 gleichmäßig auf alle Wochen des Jahres verteilt und damit an europäische Standards angepasst. Neben den verbesserten internationalen Vergleichsmöglichkeiten liegt der Vorteil des geänderten Konzepts auch in der größeren Aktualität der Ergebnisse, die bundesweit nicht nur jährlich, sondern auch vierteljährlich vorliegen werden.

Auch 2007 werden in Rheinland-Pfalz wieder rund 180 mit Laptops ausgerüstete Interviewerinnen und Interviewer das ganze Jahr über unterwegs sein. Sie wurden sorgfältig ausgewählt, intensiv auf ihre Aufgabe vorbereitet und können sich durch einen Ausweis des Statistischen Landesamtes legitimieren. Die Interviewerinnen und Interviewer kündigen ihren Besuch einige Tage vorher schriftlich an und geben den Befragten mit dieser Ankündigung auch Informationsmaterial über die Erhebung an die Hand. Das Interviewerteam besteht aus ehrenamtlichen Erhebungsbeauftragten und ist ebenso zur strikten Geheimhaltung verpflichtet wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Statistischen Landesamt. Monatlich werden in Rheinland-Pfalz durchschnittlich rund 1 500 der insgesamt 18 000 Haushalte befragt.

### Mikrozensus

Der Mikrozensus wird seit 1957 jedes Jahr bei 1 % aller Haushalte im gesamten Bundesgebiet durchgeführt.

Der Mikrozensus ist eine so genannte Flächenstichprobe. Das heißt, es werden nach einem mathematischen Zufallsverfahren Straßenzüge bzw. Gebäude ausgewählt. Die Haushalte, die in diesen Gebäuden wohnen, werden befragt.

Die ausgewählten Haushalte sind zur Auskunft verpflichtet. Für einen Teil der Fragen, beispielsweise zur Erwerbstätigkeit vor einem Jahr, ist ihnen die Beantwortung freigestellt.

Die Auskunftspflicht erstreckt sich über höchstens vier Jahre. In jedem Jahr wird zur Entlastung der Befragten ein Viertel der Haushalte durch andere ersetzt.

Die Interviewerinnen und Interviewer sind zur absoluten Geheimhaltung verpflichtet. Dasselbe gilt für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Statistischen Landesamtes, welche die Fragebogen weiter auswerten.

## Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz erhält Grundzertifikat zum „audit berufundfamilie®“

Das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz hat jetzt das Grundzertifikat des von der Gemeinnützigen Hertiestiftung entwickelten „audit berufundfamilie®“ erhalten. Damit wurden die von einer Arbeitsgruppe aus Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Amtes formulierten Handlungsstrategien zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf honoriert. Die Arbeitsgruppe, der Frauen und Männer verschiedener Alters- und Vergütungsgruppen sowie mit unterschiedlichen familiären Situationen angehören, hat die bereits vorhandenen Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie begutachtet sowie Stärken und Schwächen der bestehenden Personalmaßnahmen identifiziert. Diese Analyse mündete schließlich in die Formulierung behördenspezifischer Handlungsstrategien, die in einem auf drei Jahre angelegten Prozess umgesetzt werden müssen.

Das Statistische Landesamt bietet schon seit Jahren Möglichkeiten, Familie und Beruf miteinander zu verbinden, vor allem durch Arbeitszeitmodelle, die auf die individuellen Bedürfnisse der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abgestellt sind. Durch die intensive Auseinandersetzung mit der demographischen Entwicklung ist hier geläufig, dass der Wunsch nach Kindern bei Vereinbarkeit von Kindererziehung und Erwerbsarbeit eher realisiert werden kann; aber auch die Pflege von Angehörigen gewinnt bei einer älter werdenden Belegschaft zunehmend an Bedeutung. Neben der Fortsetzung der individuellen Teilzeitmodelle soll in Zukunft u. a. auch Telearbeit dafür sorgen, dass Familie und Arbeitswelt besser miteinander in Einklang gebracht werden können.

# Das Rekrutierungspotenzial der Polizei im Spannungsfeld zwischen demographischer Entwicklung und personalpolitischen Strategien – Ein Ausblick bis ins Jahr 2030\*



Von Dr. Stefan Weil

Die Altersstruktur der Belegschaften in den Betrieben und Dienststellen ist immer häufiger unausgewogen. Eine kontinuierliche und langfristig orientierte, demographische Komponenten beinhaltende Personalentwicklung wurde kaum praktiziert. Als Folge sind immer wieder Schübe altersbedingter Personalabgänge zu beobachten. Soweit ein Substanzerhalt der Belegschaft gewollt oder notwendig ist, werden diese durch die Rekrutierung neuer (zumeist junger) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgeglichen. Vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung ist es fraglich, ob das Schulsystem und der Arbeitsmarkt künftig sowohl quantitativ als auch qualitativ ein entsprechendes Rekrutierungspotenzial zur Verfügung stellen können. In diesem Beitrag wird versucht, am Beispiel der Polizei in Rheinland-Pfalz zu klären, ob diese Zweifel berechtigt sind.

## Alternde Belegschaften in Betrieben und Dienststellen

Die Bevölkerung schrumpft ...

Modellrechnungen des Statistischen Landesamtes zeigen, dass die Bevölkerungszahl in den nächsten Jahrzehnten deutlich abnehmen wird.<sup>1)</sup>

Das eigentliche Problem liegt jedoch nicht in der Entwicklung der Bevölkerungszahl, sondern im Wandel der Altersstruktur: Durch den dramatischen Rückgang der Geburten gibt es weniger junge, durch den Anstieg der Lebenserwartung mehr ältere Menschen.<sup>2)</sup>

... und altert

Die erwerbsfähige Bevölkerung umspannt die Altersgruppe der 20- bis 65-Jährigen. Aus dieser Altersgruppe rekrutieren die Betriebe und Dienststellen ihre Belegschaften. Wie bei der Bevölkerung insgesamt ist auch innerhalb dieser Altersgruppe eine Verschiebung der prozentualen Anteile hin zu den höheren Altersjahren zu beobachten.

Strukturelle Verschiebungen auch bei der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

\* Überarbeitete und erweiterte Fassung einer Auswertung für das Polizeipräsidium Mainz. Dem Ministerium des Innern und für Sport gebührt Dank für die Unterstützung der Arbeiten.

1) Siehe Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz: Rheinland-Pfalz 2050 – Zeitreihen, Strukturdaten, Analysen, I. Bevölkerungsentwicklung und -struktur. Bad Ems 2002, sowie dasselbe: Rheinland-Pfalz 2050 – Zeitreihen, Strukturdaten, Analysen, II. Auswirkungen der demographischen Entwicklung. Bad Ems 2004.

2) Für die vorliegende Analyse wird unterstellt, dass die nicht genannten Faktoren unverändert bleiben.

Die Abgänge wurden nicht durch eine entsprechende Anzahl junger Mitarbeiter ersetzt

Alterungsprobleme und die dabei entstehenden Kosten wurden in der Vergangenheit häufig externalisiert. Das heißt, man entließ ältere und damit (aufgrund des Senioritätsprinzips) teurere sowie vermeintlich weniger produktive Mitarbeiter in den Ruhestand oder in die Arbeitslosigkeit.

Vor dem Hintergrund der Befürchtung einer rückläufigen Innovationsfähigkeit und der Erwartung, die Freisetzung älterer Mitarbeiter würde durch die Neueinstellung jüngerer kompensiert, wurde dies durch die Einführung von Vorruhestandsregelungen sogar noch gefördert.

Neueinstellungen waren jedoch in vielen Fällen betriebswirtschaftlich gar nicht notwendig, da genügend Produktivitätsreserven vorhanden waren. Die verbliebene Arbeit wurde auf weniger Mitarbeiter verteilt oder verstärkt von Maschinen übernommen. Kosten wurden gesenkt, die Altersstruktur der Belegschaft – aus der kurzfristigen und kostenorientierten Sicht der Betriebe – wieder „ins Lot gebracht“. Wurden damit die Probleme aber auch langfristig gelöst?

Im Zusammenhang mit der demographischen Entwicklung standen bisher hauptsächlich die Zukunft der sozialen Sicherung sowie der künftige Bedarf an infrastrukturellen Einrichtungen (z. B. Kindergärten, Schulen und Hochschulen) oder Wohnungen im Blickpunkt. Die Verbindungen zwischen der Bevölkerungs- und der Personalentwicklung in Betrieben und Dienststellen wurden dabei lange vernachlässigt.

Zukünftig wird man sich dem Thema „Alterung der Belegschaften“ verstärkt widmen müssen, da sich durch die Alterung der Gesellschaft bereits mittelfristig Konsequenzen für den Arbeitsmarkt ergeben werden.

Demographische Komponente blieb weitgehend unberücksichtigt

## Info

### **Sollstärke des Polizeidienstes und demographische Entwicklung – zur Problematik der Ermittlung des Personalbedarfs der Polizei**

„Es gibt bis heute in keinem Bundesland ein anerkanntes und wissenschaftlich objektiviertes Verfahren zur Berechnung des polizeilichen Personalbedarfs. Das Bemühen, solche Verfahren zu entwickeln, reicht weit zurück.

So stellte die Innenministerkonferenz im Programm Innere Sicherheit aus dem Jahr 1974 die so genannte Polizeidichte, also das Zahlenverhältnis Polizeibeamte/Einwohner, als einzigen Anhalt für eine Personalbedarfsplanung dar. Auf der Basis des damals vorhandenen Personals sowie dessen Jahresarbeitszeit sollte landesweit ein Verhältnis von 1 : 400 angestrebt werden.

In der Fortschreibung des Programms Innere Sicherheit im Jahr 1993 relativierte die Innenministerkonferenz diese Aussage. Sie führte aus, dass die Relation Polizeibeamte zur Einwohnerzahl wegen der Vielfalt der Einflussfaktoren und ihrer unterschiedlichen wechselseitigen Abhängigkeiten nicht ausreichend differenziert sei. Deshalb sei es angezeigt, diese ausschließlich an der Einwohnerzahl orientierte Personalbedarfsberechnung durch Modelle zu ergänzen, bei denen aufbauend auf den jeweiligen landesspezifischen Besonderheiten Arbeitsbelastungsdaten als Grundlage für die Personalzumessung herangezogen werden.

Diese Bewertung beruhte auf den Ergebnissen einer von der Innenministerkonferenz eingerichteten Arbeitsgruppe (1990), die den Auftrag hatte, Kriterien zur Ermittlung des Personalbedarfs der Polizei zu ermitteln. Im Ergebnis stellte die Arbeitsgruppe u. a. fest, dass die Polizeidichte allein kein probates Mittel zur Personalberechnung sei.

Die Polizeidichte ist danach für sich allein genommen kein verlässlicher Gradmesser für die Gewährleistung der inneren Sicherheit.

Letztlich ist der Personalbedarf tatsächlich von vielen unterschiedlichen Faktoren abhängig, die nur eingeschränkt oder überhaupt nicht zu beeinflussen sind. Dies haben die schrecklichen Ereignisse am 11. September 2001 deutlich gezeigt.“

[Quelle: Ministerium des Innern und für Sport (2004): Zukunft der Polizei in Rheinland-Pfalz. Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Beschluss des Landtags vom 3. April 2003 zu Drucksache 14/2100 (Plenarprotokoll 14/14, S. 2974). Landtagsdrucksache 14/2791 (08.01.2004).]

## Demographische Entwicklung und Arbeitsmarkt

Die Folgen der demographischen Entwicklungen auf den Arbeitsmarkt sind einerseits quantitativer, andererseits qualitativer und struktureller Natur.

Zu niedrige  
Geburtenzahlen  
führen zu ...

Die Modellrechnungen zur künftigen Bevölkerungsentwicklung in Rheinland-Pfalz zeigen, dass die Bevölkerungszahl langfristig deutlich zurückgehen wird. Ein Hauptgrund dafür ist, dass die Zahl der Geburten in Rheinland-Pfalz – wie generell in Deutschland – in den vergangenen 40 Jahren nach dem so genannten „Pillenknicke“ stark gesunken ist. Pro Frau kommen statistisch gesehen nur noch 1,4 Kinder zur Welt. Das „Bestandserhaltungsniveau“ liegt bei 2,1.

... sinkenden  
Schülerzahlen

Hieraus resultieren sinkende Schülerzahlen. Das Rekrutierungspotenzial für die Betriebe und Dienststellen wird schmaler (quantitativer Aspekt). Gleichzeitig altert das bestehende Arbeitskräfteangebot sukzessive, weil immer weniger junge Menschen nachkommen.

Rückläufiges  
Rekrutierungspotenzial zieht  
Folgen für die  
Personalpolitik  
nach sich

Die Problemstellung kann nicht ohne Konsequenzen für die personalpolitischen Entwicklungsstrategien bleiben. Bei verminderten Schüler- und Absolventenzahlen wird es zunehmend schwieriger, Mitarbeiter mit den nötigen Qualifikationen zu rekrutieren (qualitativer Aspekt).

Bei sinkenden Schülerzahlen wird es auch insgesamt schwieriger, die Qualifikationsstrukturen von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage in Übereinstimmung zu bringen. Zukünftig müssen erhebliche Anstrengungen unternommen werden, um die Problem-

gruppen der Berufsbildung (z. B. Auszubildende mit Lernschwierigkeiten bzw. -defiziten) verstärkt zu fördern. Nur so wird es möglich sein, in ausreichender Zahl Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt vorzufinden, die bestimmten Mindestanforderungen genügen.

## Eine Betrachtung am Beispiel des Polizeidienstes in Rheinland-Pfalz

Die bisher abstrakt beschriebene Problemlage soll am Beispiel der Beschäftigten des rheinland-pfälzischen Polizeidienstes verdeutlicht werden.

Im Vergleich zum Erwerbspersonenpotenzial in Rheinland-Pfalz ist die Altersstruktur der Beschäftigten im Polizeidienst unausgewogen. Die Altersgruppe der 40- bis 60-Jährigen ist überrepräsentiert, während die Altersgruppe der unter 40-Jährigen unterrepräsentiert ist. Für die kommenden Jahrzehnte deutet sich an, dass aufgrund der demographischen Entwicklung die altersbedingten Abgänge aus dem Polizeidienst vorübergehend kräftig zunehmen werden. Zeitgleich wird das Rekrutierungspotenzial deutlich abnehmen.<sup>3)</sup>

Hoher Anteil an  
Beschäftigten  
in höheren  
Altersgruppen  
im Polizeidienst

Es soll nun der Frage nachgegangen werden, wie sich die Personalabgänge aus dem Polizeidienst einerseits und das Rekrutierungspotenzial in Rheinland-Pfalz andererseits in den nächsten Jahrzehnten entwickeln und inwiefern es zu „Rekrutierungsengpässen“ kommen könnte. Ziel ist es, solche Engpässe zeitlich einzuordnen und ihr Ausmaß zu bestimmen.

Zur Identifizierung von  
Rekrutierungsengpässen ...

Hierzu wird in einem ersten Schritt die Altersstruktur der Beschäftigten im Polizeidienst analysiert. Die erwarteten Abgänge aus dem Polizeidienst werden dazu in Bezug gesetzt.

... werden die  
altersbedingten  
Abgänge aus  
dem Polizeidienst ...

3) Vgl. auch Ette, A./Micheel, F.: Die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Bundesverwaltung in Deutschland. In: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft, 30. Jg. (2005), S. 508 ff.

... dem Rekrutierungspotenzial gegenübergestellt

In einem zweiten Schritt erfolgt die modellhafte Berechnung des Rekrutierungspotenzials für den Polizeidienst, basierend auf den Bevölkerungsvorausberechnungen des Statistischen Landesamtes.

Im dritten und damit letzten Schritt wird das ermittelte Rekrutierungspotenzial den Abgängen aus dem Polizeidienst gegenübergestellt.

Die Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Landesamtes ermöglicht keine Aussagen über die zukünftige Entwicklung der Altersstruktur der Polizei. Auch die Abgänge können daraus nicht abgeleitet werden. Aus diesem Grund wurde auf Zahlen aus dem Personalentwicklungskonzept zurückgegriffen, das das Innenministerium im Jahr 2003 erstellt hat.<sup>4)</sup>

## Die Altersstruktur der Beschäftigten der Polizei und ihre Auswirkung auf den Rekrutierungsbedarf in der Zukunft

Altersstruktur unausgewogen

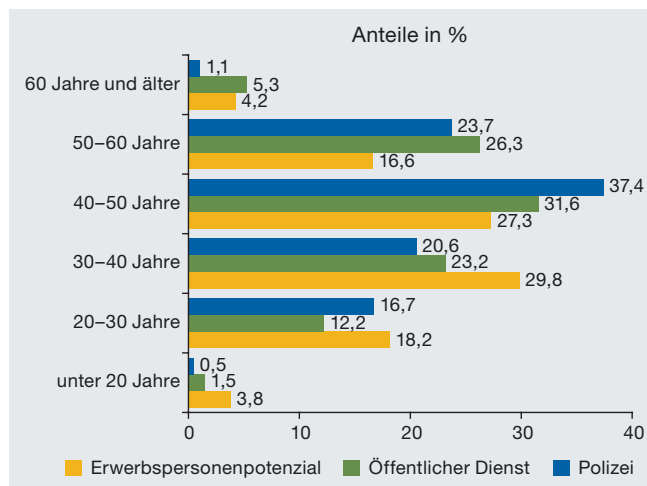
Bei einem Vergleich der Altersstruktur des gesamten Erwerbspersonenpotenzials, der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sowie der Beschäftigten der Polizei in Rheinland-Pfalz ist erkennbar, dass gegenwärtig die Altersstruktur beim Erwerbspersonenpotenzial noch einigermaßen „ausgewogen“ ist. Beim öffentlichen Dienst fallen allerdings die überproportionalen Anteile der höheren Altersgruppen auf. So sind die unter 40-Jährigen unterrepräsentiert, während die über 40-Jährigen überrepräsentiert sind (vgl. Schaubild 1).

4) Ministerium des Innern und für Sport (2004): Zukunft der Polizei in Rheinland-Pfalz. Unterrichtung durch die Landesregierung zu dem Beschluss des Landtags vom 3. April 2003 zu Drucksache 14/2100 (Plenarprotokoll 14/14, S. 2974). Landtagsdrucksache 14/2791 (08.01.2004).

5) Dies ist allerdings durch die spezifischen, in § 208 Landesbeamtengesetz (LBG) festgelegten Altersgrenzen im Polizeidienst bedingt.

S 1

## Altersstruktur des Erwerbspersonenpotenzials, der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und der Polizei 2003



Bei der Polizei ergeben sich demgegenüber auffällige Abweichungen bei folgenden Altersgruppen:

- Die 20- bis 30-Jährigen sind deutlich stärker repräsentiert als beim öffentlichen Dienst insgesamt.
- Die 50- bis 60-Jährigen sind weniger stark überrepräsentiert als beim öffentlichen Dienst insgesamt.
- Die über 60-Jährigen sind deutlich unterrepräsentiert, während diese Altersgruppe beim öffentlichen Dienst insgesamt überrepräsentiert ist.<sup>5)</sup>

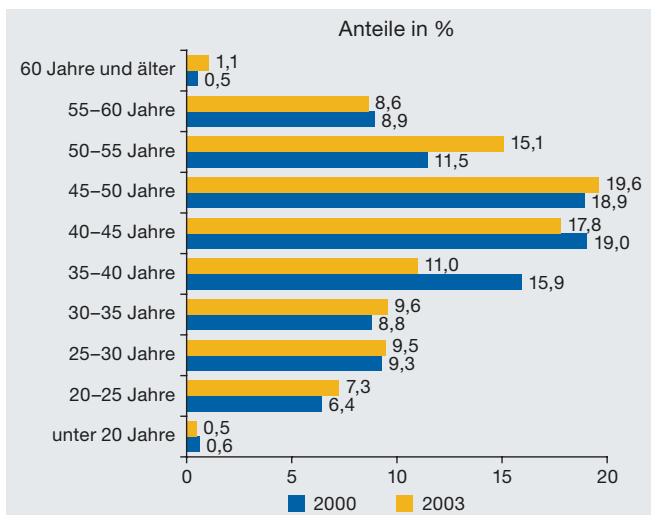
Diese Heterogenität in der Altersstruktur der Beschäftigten der Polizei im Jahr 2003 bestätigt sich auch bei der dynamischen Betrachtung der letzten Jahre. Bei einem etwas detaillierteren Vergleich der Jahre 2000 und 2003 wird deutlich, dass in der Tendenz bereits in diesem relativ kurzen Zeitraum die Beschäftigten im Polizeidienst immer älter werden. Dies zeigt sich in der fast durchgängigen Zunahme der Anteile der „höheren“ Altersgruppen (45 Jahre und älter), während die „mittleren“ Altersgruppen (35 bis 45 Jahre) anteilsmäßig abnehmen.

Die Belegschaften altern



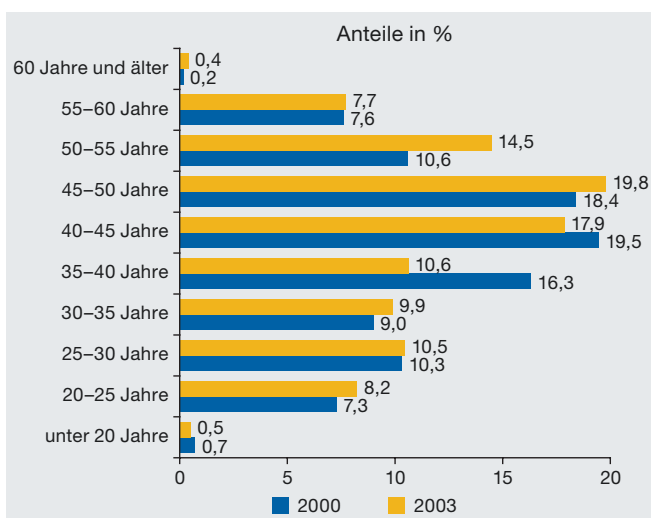
## S 2 a

### Beschäftigte des Landes im Aufgabengebiet Polizei 2000 und 2003 nach Altersgruppen – Alle Beschäftigten



## S 2 b

### Beschäftigte des Landes im Aufgabengebiet Polizei 2000 und 2003 nach Altersgruppen – Beamte



Auffällig ist die Zunahme des Anteils der 20- bis 35-Jährigen. Dies ist auf verstärkte Neueinstellungen von Berufsanfängern in den vergangenen Jahren zurückzuführen.

Aus der gegebenen Altersstruktur folgt, dass in den kommenden Jahren mit zuneh-

menden Abgängen aus dem Polizeidienst zu rechnen ist. Dies bestätigen sowohl die vom Innenministerium im Rahmen des Personalkonzepts für die Jahre 2004 bis 2030 ermittelten Abgangszahlen als auch die gegenwärtig für die kommenden Jahre absehbaren Zahlen (vgl. auch Schaubild 3).<sup>6)</sup>

Zwischen 2004 und 2017 werden die Abgänge aus dem Polizeidienst von 128 auf 436 steigen. Danach gehen die Abgangszahlen bis 2030 wieder auf 169 zurück.

Nach den Vorausberechnungen des Innenministeriums werden in dem gesamten Zeitraum regulär rund 6 800 Polizeibeamtinnen und -beamte nach Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand treten. Hinzu kommen unvorhersehbare Abgänge, wie z. B. durch Versetzungen in den vorzeitigen Ruhestand, Ausscheiden aus dem Beamtenverhältnis, Tod usw. Nach den Erkenntnissen des Innenministeriums aus den letzten zehn Jahren werden hierfür ab dem Jahr 2004 jahresdurchschnittlich 80 und ab dem Jahr 2011 jahresdurchschnittlich 100 Beamtinnen und Beamte mit eingerechnet. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Abgänge während der Ausbildung durch zusätzliche Neueinstellungen zum nächsten Einstellungstermin wieder ausgeglichen werden. Ferner werden die unvorhersehbaren Abgänge nach einer bestimmten Zeitspanne bei den regulären Abgängen wieder abgesetzt, da über einen längeren Zeitraum betrachtet die unvorhersehbaren Abgänge in der Summe der regulären Ruhestandsversetzungen enthalten sind.

Daraus errechnet das Innenministerium Personalabgänge in den Jahren 2004 bis 2030 von insgesamt etwa 7 800 Polizeibeamtinnen und -beamten.<sup>7)</sup> Das heißt, dass nach diesen Berechnungen bis 2030

Zunehmende Abgänge aus dem Polizeidienst

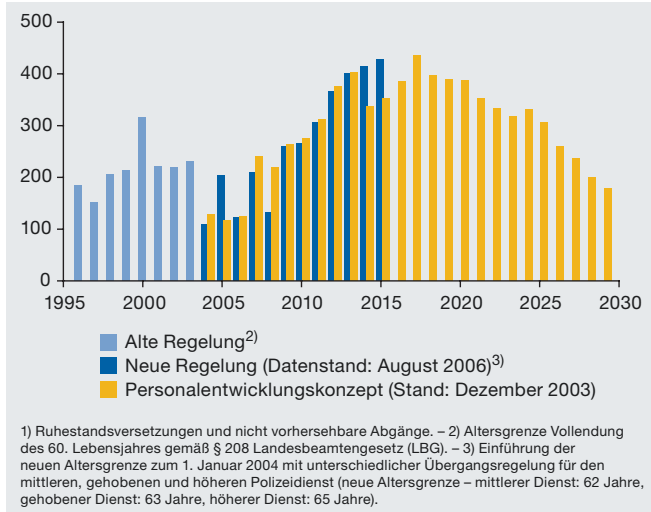
Bis 2030 scheiden mehr als 7 800 Polizeibeamtinnen und -beamte aus dem Dienst aus

6) Vgl. Ministerium des Innern und für Sport, a. a. O., S. 22.

7) Vgl. Ministerium des Innern und für Sport, a. a. O., S. 5 f.

S 3

## Abgänge aus dem Polizeidienst<sup>1)</sup> 1996–2030



gut 67% des zahlenmäßigen Bestandes an Polizeibeamten von 2003 ersetzt werden müssen.

Sollbestand muss berücksichtigt werden

Bei der Analyse eines zukünftigen Rekrutierungsbedarfs ist darüber hinaus zu berücksichtigen, dass – gründend auf dem Koalitionsbeschluss des Jahres 2001 – vom Landtag für den Polizeidienst eine Sollstärke von etwa 9 000 Beamten langfristig vorgegeben wurde.<sup>8)</sup> Daher stellen die Abgänge für die Zeitabschnitte, in denen der Sollbestand nicht erreicht ist, faktisch die Untergrenze des Rekrutierungsbedarfes dar. In den Zeitabschnitten, in denen der Personalbestand über dem Sollbestand liegt, ergibt sich rechnerisch ein entsprechender Minderbedarf an Anwärtinnen und Anwärtern (vgl. Schaubild 4).

8) Vgl. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Landesverband Rheinland-Pfalz/ Freie Demokratische Partei, Landesverband Rheinland-Pfalz: Verantwortung für Rheinland-Pfalz: Unsere Heimat. Unsere Zukunft. Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 14. Wahlperiode des rheinland-pfälzischen Landtags 2001–2006, Mainz 2001 <http://www.spd-rlp.de/content/politik/koalitionsvereinbarung.pdf> [10. Januar 2007]. Siehe dazu auch Textkasten.

9) Die Daten für die folgenden Auswertungen wurden freundlicherweise vom Ministerium des Innern und für Sport zur Verfügung gestellt.

10) Vgl. <http://www.polizei.rlp.de/einstellung/med/46f/46f4bf5e-99fe-0014-4b94-615af5711f80,22222222-2222-2222-2222-222222222222,isDownload.pdf> [9. Januar 2007].

## Das Rekrutierungspotenzial für den Polizeidienst

Um das zukünftige Rekrutierungspotenzial bestimmen und bewerten zu können, ist zunächst ein Blick auf die bisherige Entwicklung der Schulabgängerzahlen sowie die Rekrutierungspraxis der Polizei in Rheinland-Pfalz hilfreich.<sup>9)</sup>

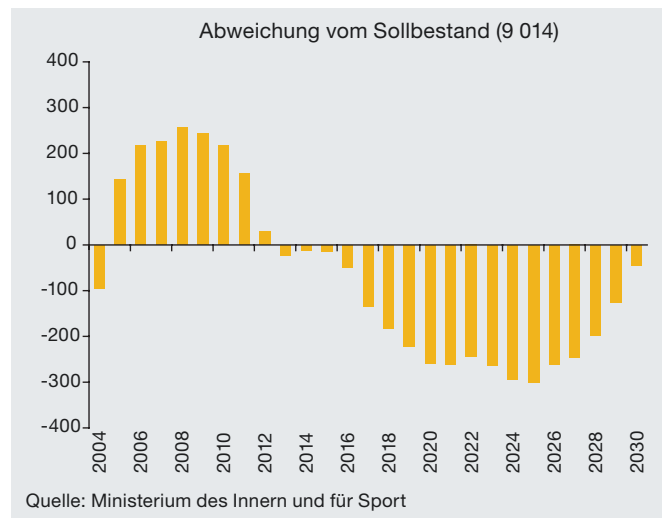
Die Einstellungsrichtlinien der rheinland-pfälzischen Polizei legen u. a. fest, dass die Bewerberinnen und Bewerber zum Polizeidienst Deutsche im Sinne des Grundgesetzes bzw. Staatsangehörige eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union oder ausländische Mitbürger mit unbefristeter Aufenthaltserlaubnis oder -berechtigung sein müssen. Ferner müssen sie in der Regel im Besitz der allgemeinen oder der Fachhochschulreife bzw. einer gleichwertigen Qualifikation sein.<sup>10)</sup>

Hochschulreife ist Mindestqualifikation

Für den Polizeidienst ist das Rekrutierungspotenzial – absolut betrachtet – in den vergangenen zehn Jahren um rund ein Viertel von 13 500 (1996; geschätzt) auf

S 4

## Personalbestand der Polizei bei variablen Einstellungsquoten 2004–2030





rund 16 900 Schülerinnen und Schüler mit Fachhochschulreife oder Abitur (2005) angestiegen.<sup>11)</sup>

Nach Rückgang 2001/2002 ist die Bewerberzahl wieder stark angestiegen

Seit 2001<sup>12)</sup> haben sich jahresdurchschnittlich etwa 1 300 Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer bei der Polizei beworben. Nach einem Rückgang zwischen 2001 und 2002 von 1 130 auf etwa 850 Bewerbungen stieg die Zahl bis 2006 wieder deutlich an (auf 1 800).

Fast die Hälfte der Bewerber kommt aus anderen Bundesländern

Die rheinland-pfälzischen Bewerberinnen und Bewerber stellen etwas mehr als die Hälfte aller Bewerbungen. Zwischen 2001 und 2006 kamen durchschnittlich 42% der Bewerbungen aus anderen Bundesländern.

2% der Bewerber sind Ausländer

Seit 1996 ist die Gesamtzahl der Bewerber von rund 2 350 auf etwa 2 900 gestiegen. Etwa 2% der Bewerber waren bisher Ausländer.<sup>13)</sup>

Anteil der Bewerber ohne Hochschulreife in den letzten Jahren deutlich rückläufig

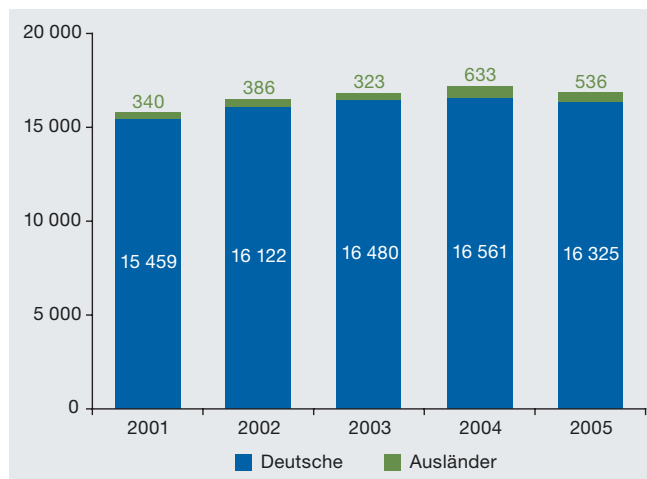
Der Anteil von Bewerbern ohne Hochschulreife ist in den vergangenen Jahren deutlich zurückgegangen und beläuft sich gegenwärtig auf weniger als 10%. Im Jahr 2001 lag er noch bei 25%.

Ausländer sind bei Einstellungen deutlich unterrepräsentiert

Gegenüber den Bewerbern sind die Ausländerinnen und Ausländer unter den Eingestellten unterrepräsentiert. Im Durchschnitt wurde im Zeitraum zwischen 1998

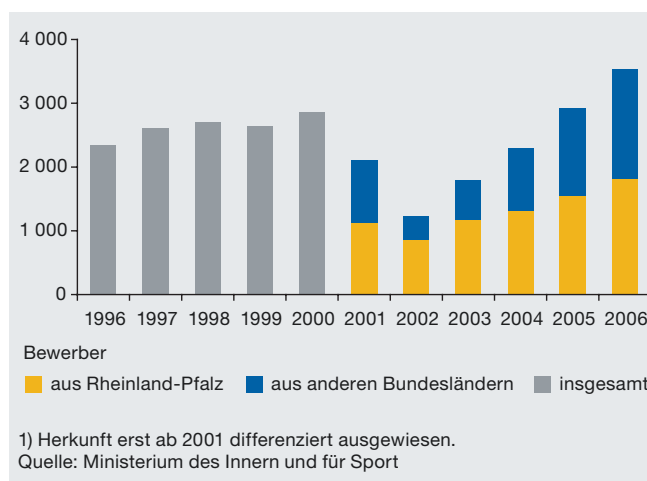
## S 5

### Schulabgänger mit Fachhochschulreife oder Abitur 2001–2005 nach Nationalität



## S 6

### Bewerbungen bei der Polizei 1996–2006 nach Herkunft<sup>1)</sup>



und 2005 lediglich eine ausländische Bewerberin bzw. ein ausländischer Bewerber jährlich eingestellt.

Bei der Bestimmung des Rekrutierungspotenzials für den Polizeidienst in der Zukunft wurde vor dem Hintergrund dieser Analyse von folgenden vereinfachenden Annahmen ausgegangen:

Vereinfachte Annahmen für die Vorausberechnung

- In den Polizeidienst werden ausschließlich Schulabgänger mit Hochschulreife<sup>14)</sup> übernommen.

11) Bis zum Jahr 2000 wurden die Abgänger mit Fachhochschulreife nur bei den beruflichen Schulen erfasst, so dass erst ab 2001 eine differenzierte Darstellung erfolgen kann (siehe Schaubild 5).

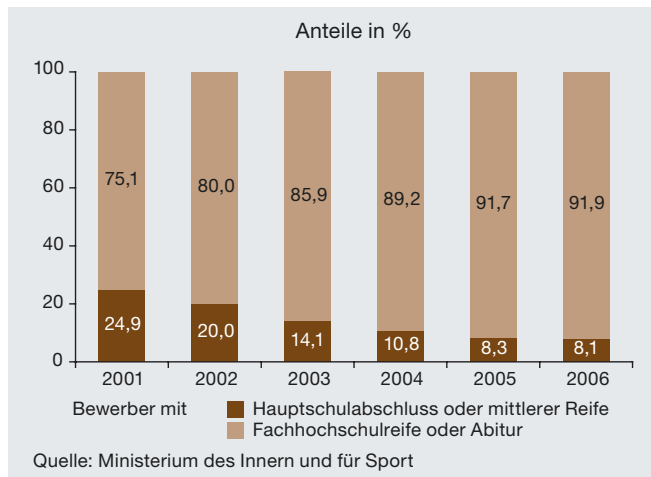
12) Die Bewerbungen werden erst seit dem Jahr 2001 nach Herkunft erfasst.

13) Welcher Anteil dabei wiederum auf rheinland-pfälzische Bewerber entfällt, lässt sich auf der Grundlage der vom Innenministerium zur Verfügung gestellten Daten nicht sagen.

14) Im Folgenden sind hier die allgemeine Hochschulreife und die Fachhochschulreife gemeint.

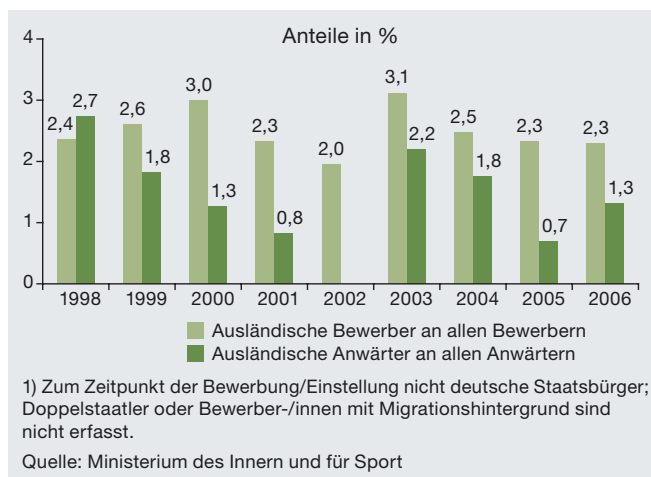
S 7

## Bewerbungen bei der Polizei 2001–2006 nach Schulabschluss



S 8

## Ausländische Bewerber und Anwärter<sup>1)</sup> bei der Polizei 1998–2006



- In den Polizeidienst werden nur Personen mit deutscher Staatsbürgerschaft übernommen.

Im Folgenden geht es darum, das Rekrutierungspotenzial für den Polizeidienst (also

15) Der Zeitraum deckt sich mit dem des Polizeientwicklungskonzepts. Die Aufnahme der Jahre von 2004 bis zum aktuellen Rand ermöglicht für diese Jahre einen Ex-post-Abgleich der Projektionswerte mit den Ist-Werten.

16) Die mittlere Variante der Bevölkerungsvorausberechnung für Rheinland-Pfalz geht von folgenden Annahmen aus: Geburtenrate von 1,4 Kindern je Frau; Lebenserwartung steigt bis 2050 um vier Jahre; Wanderungssaldo sinkt von +10 000 (2001) bis auf +5 000 (2016), danach ausgeglichene Wanderungsbilanz.

die Zahl der deutschen Schülerinnen und Schüler mit Hochschulreife) für die Jahre 2004 bis 2030 zu bestimmen.<sup>15)</sup> Zugrunde gelegt werden hier die Ergebnisse der Vorausberechnung der Schülerzahlen für Rheinland-Pfalz, die vom Statistischen Landesamt – basierend auf der mittleren Variante der Vorausberechnung der Bevölkerung – durchgeführt wurde.<sup>16)</sup> Anzu-merken ist allerdings:

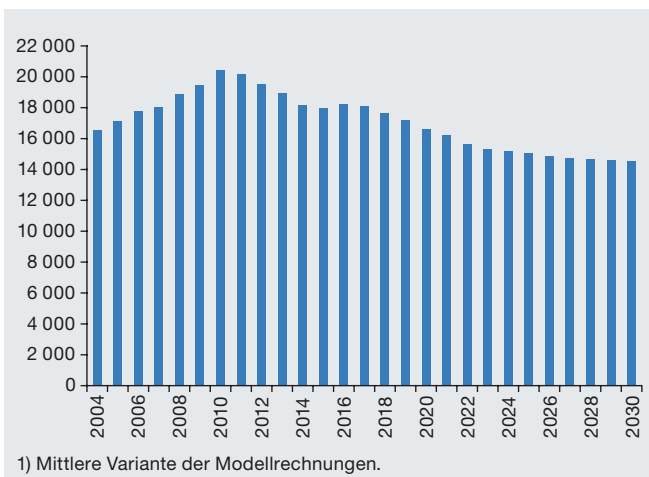
- Die Schulabgängerzahlen wurden nicht getrennt nach der Nationalität der Abgänger vorausberechnet und enthalten nur die Zahlen der allgemein bildenden Schulen, nicht aber der beruflichen Schulen. Deshalb wurden mithilfe von Quoten, die aus den Durchschnitten der Jahre 2001 bis 2005 ermittelt wurden, einerseits die ausländischen Schulabgänger herausgerechnet, andererseits die Zahlen der Absolventen der beruflichen Schulen berechnet und zu den Abgängern aus den allgemein bildenden Schulen hinzu-addiert.
- Es wird eine Konstanz der Schulformen und des Ausländeranteils an den Schulabgängern unterstellt.

Nach den Berechnungen steigt die Zahl der Schulabgänger mit Hochschulreife von 16 500 im Jahr 2004 auf einen Höchstwert von rund 20 400 im Jahr 2010. Von 2010 bis 2030 geht ihre Zahl auf gut 14 500 zurück.

Die Zahl der Schulabgänger mit Hochschulreife erreicht den Höchstwert bereits im Jahr 2010

Das heißt mit anderen Worten: Das Rekrutierungspotenzial wird tatsächlich nachhaltig zurückgehen – allerdings erst nach 2010. Es stellt sich jedoch die Frage, wie sich diese Entwicklung in Relation zur Entwicklung der Abgänge aus dem Polizeidienst darstellt (vgl. Schaubild 3).

Deutsche Schulabgänger mit Fachhochschulreife oder Abitur 2004–2030<sup>1)</sup>



1) Mittlere Variante der Modellrechnungen.

**Die Entwicklung des relativen Rekrutierungspotenzials für den Polizeidienst in Rheinland-Pfalz von 2004 bis 2030**

Um diese Frage zu beantworten, wird in einem ersten Schritt für alle Jahre des betrachteten Zeitraums (2004 bis 2030) das relative Rekrutierungspotenzial für den Polizeidienst errechnet, indem die jeweilige Zahl der deutschen Schulabgänger mit Hochschulreife zur Zahl der Abgänge aus dem Polizeidienst in Relation gesetzt wird. Das Ergebnis ist in Schaubild 11 dargestellt.

Relatives Rekrutierungspotenzial bereits nach 2005 rückläufig

Es zeigt sich, dass das relative Rekrutierungspotenzial, ausgehend von einem Wert von 129 deutschen Schulabgängern mit Hochschulreife je Abgang aus dem Polizeidienst im Jahr 2004, zunächst auf den Höchstwert von 147 im Jahr 2005 ansteigt, um anschließend bis 2017 auf 41 Schulabgänger mit Hochschulreife je Abgang aus dem Polizeidienst abzunehmen. Erst

danach steigt das relative Rekrutierungspotenzial wieder an, und zwar bis auf einen Wert von 86 im Jahr 2030.

Der rapide Rückgang des relativen Rekrutierungspotenzials nach 2005 lässt sich wie folgt begründen: Zwischen 2004 und 2017 steigen die Abgänge aus dem Polizeidienst um rund 240%. In derselben Zeit steigt die Zahl der Schulabgänger mit Hochschulreife ebenfalls, aber nur um gut 9%. Ihren höchsten Stand wird diese Zahl – wie oben erläutert – bereits im Jahr 2010 erreichen und danach wieder zurückgehen.

Die Abgänge aus dem Polizeidienst steigen bis 2017 schneller als die Zahl der Schulabgänger

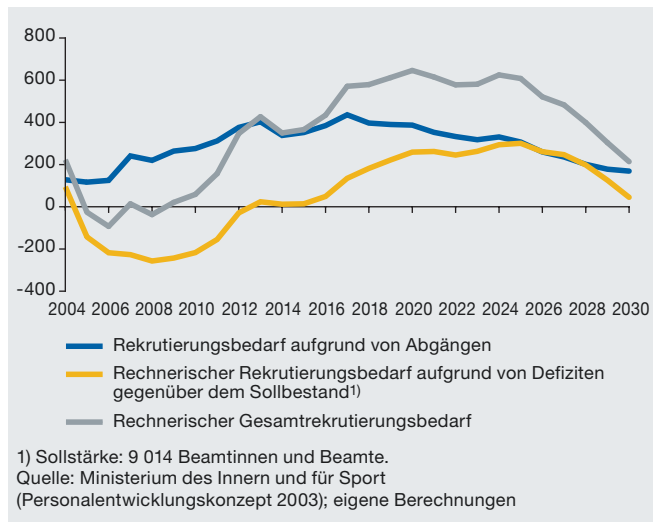
Erst nach 2017 kehrt sich die Entwicklung des Rekrutierungspotenzials um, allerdings nur deshalb, weil dann die Zahl der Abgänge aus dem Polizeidienst stärker sinken wird als die Zahl der Schulabgänger.

Nach 2017 steigt das relative Rekrutierungspotenzial wieder

Bei der Interpretation der Ergebnisse ist allerdings Folgendes zu beachten:

- Die ermittelten Absolutwerte für das Rekrutierungspotenzial stellen das Maximalpotenzial dar. Nicht alle Schulabgänger mit Hochschulreife werden sich für den Polizeiberuf interessieren und selbst von denen, die sich dafür interessieren, sind nicht alle für den Polizeiberuf tauglich.
- Die Entwicklung wird „ceteris paribus“ betrachtet. Man geht also davon aus, dass sich andere Einflussfaktoren auf das Rekrutierungspotenzial im Zeitablauf nicht verändern.
- Das ermittelte Potenzial bezieht sich nur auf Schulabsolventen aus Rheinland-Pfalz. Wie oben bereits dargelegt, kommen von den Bewerbern gut 42% aus anderen Bundesländern. Dabei ist zu bedenken, dass die Bevölkerungsentwicklung in den anderen Bundesländern ähnlich abläuft, so dass dies auf das prinzipielle Ergebnis keine Auswirkung hat.<sup>17)</sup>

17) Allerdings muss man modelltheoretisch die Präferenz der Schulabgänger aus den anderen Bundesländern, sich für den Polizeidienst in Rheinland-Pfalz zu bewerben, ebenfalls als konstant annehmen („ceteris paribus“).



Bei der Analyse eines zukünftigen Rekrutierungsbedarfs ist darüber hinaus die Sollstärke von etwa 9 000 Beamten von Bedeutung. Die vom Innenministerium projizierte Personalstärke liegt zeitweise unter diesem Zielwert, zeitweise jedoch auch darüber (vgl. Schaubild 4). Der Gesamt-rekrutierungsbedarf beläuft sich somit rechnerisch auf die Summe der Abgänge aus dem Polizeidienst (Ersatzbedarf) und des Defizits in Relation zur Sollstärke.

Hier zeigt sich, dass bis 2012 der so ermittelte Gesamt-rekrutierungsbedarf rechnerisch unter dem Ersatzbedarf liegt, da bis dahin die Sollstärke überschritten ist. Danach steigt der Gesamt-rekrutierungsbedarf bis zu einem Höchstwert im Jahr 2020 an (646 rechnerisch notwendige Einstellungen), um bis 2030 wieder deutlich zurückzugehen. In diesem Jahr liegt der Rekrutierungsbedarf mit einem Wert von 214 bereits deutlich unter dem Niveau des Jahres 2012.

18) Hier ergibt sich für das relative Rekrutierungspotenzial jeweils ein nicht sinnvoller negativer Wert.

## Die Entwicklung des relativen Rekrutierungsbedarfs unter Berücksichtigung der Sollstärke

Darauf gründend kann unter Berücksichtigung der Sollstärke ein „korrigiertes“ relatives Rekrutierungspotenzial ermittelt werden: Mit Ausnahme des Jahres 2004 ergibt sich für die Jahre bis 2012 ein hohes Rekrutierungspotenzial, da – per Saldo – wegen der Übererfüllung der Sollstärke nur ein geringer Rekrutierungsbedarf besteht und der Bedarf in drei Jahren dieses Zeitraums sogar negativ ist.<sup>18)</sup> Die für das relative Rekrutierungspotenzial resultierenden extremen Schwankungen sind jedoch nicht sehr realistisch, da die punktgenaue Ist-Stärke nicht für jedes Jahr erreicht werden kann. Daher wurden für die vergleichende grafische Darstellung des relativen Rekrutierungspotenzials (siehe Schaubild 11) gleitende Dreijahresdurchschnitte gewählt.

Bei Berücksichtigung der Sollstärke ...

Noch augenfälliger als ohne Berücksichtigung der Sollstärke sieht man hier den Rückgang des relativen Rekrutierungspotenzials, der zwar etwas später (nach 2011) einsetzt, sich jedoch viel deutlicher vollzieht.

... stärkerer Rückgang

## Bewertung der Ergebnisse

Die Aussagekraft der Berechnungsergebnisse muss stets vor dem Hintergrund der genannten Einschränkungen bewertet werden. Jedenfalls wird die Tendenz deutlich, die nicht unwesentlich auf demographische Ursachen zurückzuführen ist.

Die beschriebene Entwicklung kann langfristig nicht ohne Konsequenzen für die personalpolitischen Strategien bleiben. Denn selbst wenn man es wollte, lassen sich langfristig ältere Mitarbeiter nicht mehr

Fachkräftemangel wird sich verschärfen

S 11

Relatives Rekrutierungspotenzial für den Polizeidienst<sup>1)</sup> 2001 – 2030<sup>2)</sup>



1) Deutsche Schulabgänger mit Fachhochschulreife oder Abitur in Relation zum Rekrutierungsbedarf. – 2) Mittlere Variante der Modellrechnung. – 3) Gleitende Dreijahresdurchschnitte – 4) Sollstärke: 9014 Beamtinnen und Beamte. – 5) Nur Ersatz der Abgänge.

Quelle: Ministerium des Innern und für Sport; eigene Berechnungen

ohne weiteres durch jüngere ersetzen. Bei geringeren Schüler- und Absolventenzahlen wird es schwieriger sein, diejenigen zu finden, die die notwendigen Qualifikationen aufweisen. Ein Missverhältnis der qualifikatorischen Strukturen auf der Nachfrageseite einerseits und der Angebotsseite des Arbeitsmarkts andererseits lässt sich bereits heute feststellen. Schon jetzt besteht in vielen Bereichen ein Fachkräftemangel. In Zukunft wird sich dieses Problem aller Wahrscheinlichkeit nach noch verschärfen.

Das bedeutet für die Zukunft eine verstärkte Konkurrenz um hoch qualifizierte Absolventen des Bildungssystems. Die kleiner werdende Gruppe der Schulabgängerinnen und -abgänger mit Hochschulreife wird in Zukunft eine wahrscheinlich steigende Zahl lukrativer Berufe zur Auswahl haben. Soweit der Polizeiberuf hinsichtlich der „Lukrativität“ nicht „mitziehen“ kann, wird sich das faktische Rekrutierungspotenzial weiter reduzieren.

Ausblick

Die Analyse hat gezeigt, dass es in den nächsten Jahren – nach diesen Berechnungen – tatsächlich zu einem Rückgang des relativen Rekrutierungspotenzials für den Polizeidienst kommt. Der Grund ist ein schneller Anstieg des Rekrutierungsbedarfs bei gleichzeitigem Rückgang der Zahl der Schulabgänger mit Hochschulreife. Die Entwicklung kehrt sich jedoch im Laufe der zweiten Hälfte des Betrachtungszeitraums um, weil der Rekrutierungsbedarf dann schneller zurückgehen wird als die Zahl der Schulabgänger mit Hochschulreife.

Die kommenden Jahre sind durch einen Rückgang des relativen Rekrutierungspotenzials gekennzeichnet

Der Polizeidienst wird wegen des wachsenden Fachkräftemangels in Zukunft verstärkt im Wettbewerb zu anderen – auch in finanzieller Hinsicht – attraktiven beruflichen Tätigkeiten stehen.

Deshalb wird das faktische Rekrutierungspotenzial künftig nicht nur von der Zahl der Schulabgänger, ihrem generellen Interesse für den Polizeiberuf und ihrer Eignung dafür abhängen, sondern verstärkt auch davon, wie attraktiv der Polizeiberuf im Vergleich zu anderen Berufen von den Schulabgängern eingestuft wird.

Attraktivität des Polizeiberufes in Zukunft ausschlaggebend

Dr. Stefan Weil ist Referent im Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen.

## Bruttoanlageinvestitionen 2004



Von Simone Emmerichs

Rund 18,1 Mrd. Euro wurden im Jahr 2004 in Rheinland-Pfalz in neue Sachanlagen investiert. Davon flossen 11,8 Mrd. Euro in neue Bauten, wie z. B. Gebäude, Straßen und Brücken. 6,3 Mrd. Euro wurden für neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen ausgegeben, dazu gehören Maschinen und Fahrzeuge, aber auch Computerprogramme. Fast die Hälfte aller Investitionsausgaben entfiel auf den Wirtschaftsbereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“, da hier die gesamten Investitionen in Wohngebäude enthalten sind. Das produzierende Gewerbe tätigte 2004 nur knapp ein Fünftel aller Investitionen in neue Ausrüstungen und neue Bauten.

Bruttoanlageinvestitionen als Bestandteil der Verwendungsrechnung

In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden die Bruttoanlageinvestitionen im Rahmen der Verwendungsrechnung ermittelt, die auf die letzte Verwendung der Waren und Dienstleistungen abstellt. Zu den Aggregaten der Verwendungsrechnung gehören neben den Bruttoanlageinvestitionen auch die privaten Konsumausgaben, die Konsumausgaben des Staates, die Vorratsveränderungen und der Nettozugang an Wertsachen sowie die Ausfuhr. Nach Abzug der Einfuhr ergibt sich das Bruttoinlandsprodukt.

Die Bruttoanlageinvestitionen setzen sich aus dem Erwerb neuer Anlagen und dem Saldo aus Käufen und Verkäufen von gebrauchten Anlagen und Land zusammen. Sie umfassen die Käufe von dauerhaften und reproduzierbaren Produktionsmitteln sowie selbst erstellte Anlagen und größere Wert

steigernde Reparaturen. Es werden auch gewisse Werterhöhungen bei nichtproduzierten Vermögensgütern berücksichtigt, insbesondere erhebliche Verbesserungen an Grund und Boden (z. B. Trockenlegung von Marschland). Militärische Anlagen werden berücksichtigt, soweit sie zivil nutzbar sind. Als dauerhaft gelten diejenigen Produktionsmittel, deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt. Da ein vollständiger Nachweis der Transaktionen mit gebrauchten Anlagen zwischen den investierenden Wirtschaftsbereichen statistisch nicht möglich ist, können die Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen nur auf Grundlage der neuen Anlagen dargestellt werden. Die Ergebnisse beruhen auf der so genannten Investorenrechnung, bei der die Investoren als Nachfrager von Investitionen im Mittelpunkt der Betrachtung stehen.

Darstellung nach Wirtschaftsbereichen nur für neue Anlagen möglich



Neue Anlagen  
umfassen:  
Ausrüstungen, ...

Die neuen Anlagen gliedern sich nach der Art der Güter in Ausrüstungen, sonstige Anlagen und Bauten. Zu den Ausrüstungen zählen Maschinen, maschinelle Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattungen, Fahrzeuge sowie ähnliche nicht fest mit den Bauten verbundene Anlagen. Die sonstigen Anlagen umfassen Investitionen in immaterielle Anlagegüter (z. B. Computerprogramme und Urheberrechte), Nutztiere und Nutzpflanzungen sowie Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden. Die Ergebnisse der sonstigen Anlagen werden mit den neuen Ausrüstungen zusammengefasst. Bei den Bauten werden neben Wohn- und Nichtwohngebäuden auch sonstige Bauten (Straßen, Brücken, Flugplätze, Kanäle u. Ä.) und die mit Bauten fest verbundenen Einrichtungen wie Aufzüge, Heizungs-, Lüftungs- und Klimaanlage oder gärtnerische Anlagen berücksichtigt.

... sonstige  
Anlagen ...

... und Bauten

Im Rahmen der Revision 2005 der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wurden die Ergebnisse der Investorenrechnung ab 1991 überarbeitet. Die Konzepte und Definitionen der Investitionen haben sich dabei nicht geändert. Ergebniskorrekturen resultierten in erster Linie aus der Einarbeitung von neuem statistischen Ausgangsmaterial, und hier insbesondere der Dienstleistungsstatistik. Gemäß europäischen Rechtsvorschriften erfolgt die Deflationierung nicht mehr in Preisen eines festen Basisjahres (zuletzt 1995), sondern in Preisen des jeweiligen Vorjahres.

Deflationierung  
in Vorjahres-  
preisen

## Neue Anlagen 2004

Die rheinland-pfälzische Wirtschaft investierte 2004 rund 18,1 Mrd. Euro in neue Anlagen, das waren 3,1% mehr als im Jahr

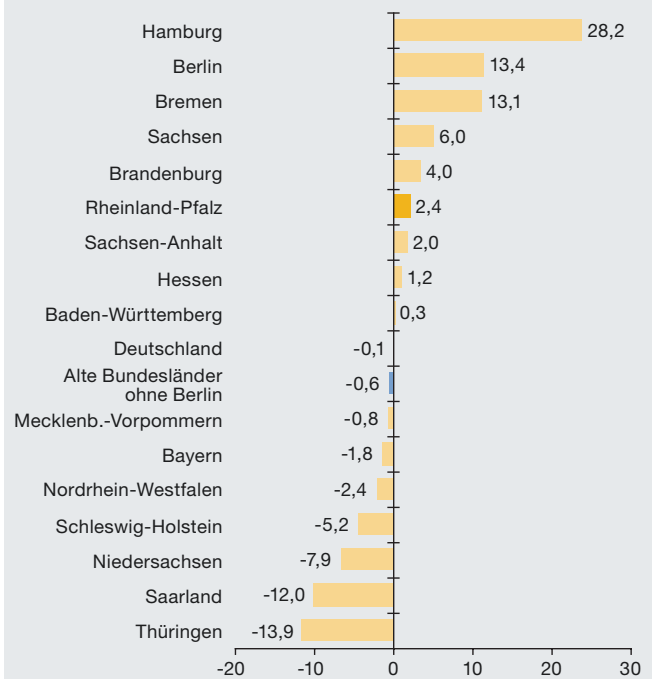
zuvor. Preisbereinigt erhöhte sich das gesamtwirtschaftliche Investitionsvolumen um 2,4%. Damit war die Belebung der Investitionstätigkeit in Rheinland-Pfalz deutlich stärker als im Bundesdurchschnitt (nominal +0,3% bzw. preisbereinigt -0,1%). Rheinland-Pfalz hatte 2004 einen Anteil von 4,5% an allen in Deutschland getätigten Investitionen in neue Anlagen.

Überdurchschnittlich verstärkte Investitionstätigkeit in Rheinland-Pfalz

S 1

## Neue Anlagen 2004 nach Ländern

Preisbereinigte Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



## Sektorale Unterschiede

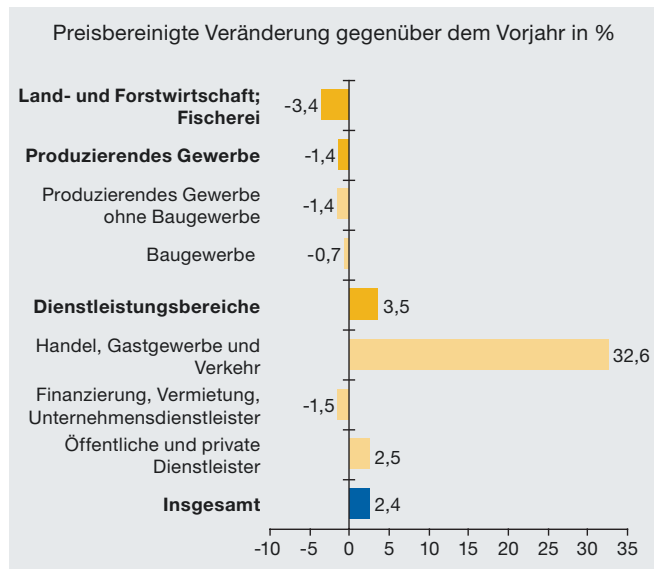
In den einzelnen Wirtschaftsbereichen verlief die Entwicklung im Jahr 2004 sehr unterschiedlich:

In der Land- und Forstwirtschaft gingen die Anlageinvestitionen preisbereinigt um 3,4% zurück. Aufgrund des geringen Gewichts dieses Wirtschaftsbereichs wurde das Gesamtergebnis dadurch aber nur wenig beeinflusst.



S 2

## Neue Anlagen nach Wirtschaftsbereichen 2004



Investitionsrückgang im verarbeitenden Gewerbe

Auch im produzierenden Gewerbe wurde weniger investiert als 2003 (preisbereinigt -1,4%); dies ist überwiegend auf das verarbeitende Gewerbe zurückzuführen (preisbereinigt -2%). Im Baugewerbe wurde nur ein leichter Rückgang registriert. Dagegen stiegen die Investitionsausgaben in der Energie- und Wasserversorgung preisbereinigt um 0,8%.

Ausschlaggebend für die positive Entwicklung in Rheinland-Pfalz waren die Dienstleistungsbereiche, auf die im Jahr 2004 rund vier Fünftel aller Investitionsausgaben entfielen.

Das größte Plus wurde im Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ registriert (preisbereinigt +32,6%). Ursache für diesen Anstieg waren die stark gewachsenen Bauinvestitionen im Bereich „Verkehr und Nachrichtenübermittlung“.

Gesteigerte Investitionstätigkeit in Verkehr und Nachrichtenübermittlung

Knapp die Hälfte aller Anlageinvestitionen entfielen auf den Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“. Hier sind die Investitionsausgaben im Vergleich zum Vorjahr preisbereinigt um 1,5% gesunken. Der Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen konnte den Rückgang bei den wesentlich gewichtigeren Bauinvestitionen nicht kompensieren. In diesem Bereich ist das Grundstücks- und Wohnungswesen enthalten, das die gesamten Investitionen in Wohngebäude umfasst.

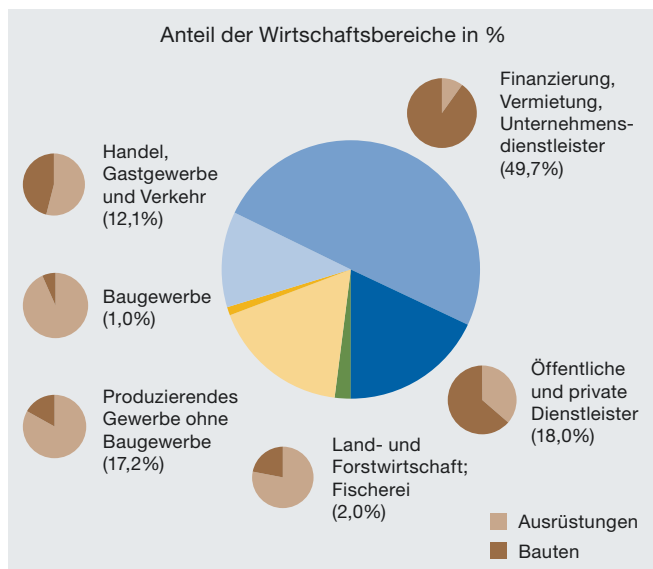
T 1

## Neue Anlagen nach Wirtschaftsbereichen und Güterarten 2004

Wirtschaftsbereich	Neue Anlagen	Davon		Neue Anlagen	Davon			
		Ausrüstungen	Bauten		Ausrüstungen	Bauten		
			Mill. EUR			Anteil an insgesamt in %		
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	353	276	77	2,0	4,4	0,7		
Produzierendes Gewerbe	3 300	2 761	539	18,2	43,9	4,6		
produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	3 111	2 585	526	17,2	41,1	4,5		
Baugewerbe	189	176	13	1,0	2,8	0,1		
Dienstleistungsbereiche	14 437	3 252	11 184	79,8	51,7	94,8		
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	2 195	1 185	1 011	12,1	18,8	8,6		
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	8 992	887	8 105	49,7	14,1	68,7		
öffentliche und private Dienstleister	3 249	1 180	2 069	18,0	18,8	17,5		
<b>Insgesamt</b>	<b>18 089</b>	<b>6 289</b>	<b>11 800</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>100</b>		

S 3

## Neue Anlagen 2004



Bei den öffentlichen und privaten Dienstleistern ist die Investitionstätigkeit 2004 insgesamt gestiegen (preisbereinigt +2,5%). Zurückzuführen ist dies auf den Bereich „Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen“, während die Investitionen in der öffentlichen Verwaltung sowie bei Erziehung und Unterricht zurückgegangen sind.

## Neue Ausrüstungen und sonstige Anlagen

In der Unterteilung nach der Güterart entfielen 34,8% der Investitionssumme (rund 6,3 Mrd. Euro) auf die neuen Ausrüstungen einschließlich sonstiger Anlagen. Bei den Ausrüstungsinvestitionen war 2004 – nach starken Rückgängen in den vorangegangenen drei Jahren – nominal eine Zunahme von 1,3% zu verzeichnen. Preisbereinigt ergibt sich ein Plus von 1,9%. Deutschlandweit sind die Ausrüstungsinvestitionen mit nominal +3,4% bzw. preisbereinigt +4,2% deutlich stärker gestiegen.

Vergleichsweise geringer Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen in Rheinland-Pfalz, aber ...

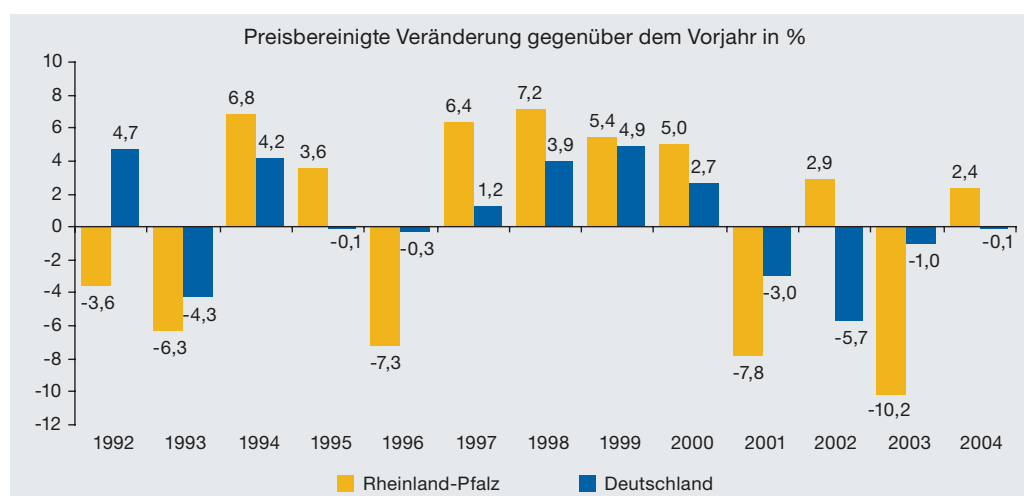
Besonders bedeutsam sind die Investitionen in Ausrüstungen in der Land- und Forstwirtschaft und im produzierenden Gewerbe. In Rheinland-Pfalz machten sie in diesen Bereichen jeweils rund vier Fünftel der gesamten Investitionen aus, in den Dienstleistungsbereichen dagegen im Durchschnitt nur gut ein Fünftel.

## Neue Bauten

Der Anteil der Bauinvestitionen lag 2004 bei 65,2% (11,8 Mrd. Euro). Mit einem Plus von

S 4

## Neue Anlagen 1992–2004



... überdurchschnittlicher Anstieg der Bauinvestitionen

nominal 4,1% zeigte sich hier ein starker Anstieg gegenüber dem Vorjahr. Preisbereinigt lag die Zunahme bei 2,7%. Im Bundesdurchschnitt sind die Investitionen in neue Bauten dagegen nominal um 2,5% gesunken, preisbereinigt waren es -3,8%.

Spiegelbildlich zu den Ausrüstungen ist der Anteil der Bauten an der Gesamtsumme der Investitionen in den Dienstleistungsbereichen mit 77,5% besonders hoch. Im produzierenden Gewerbe entfielen auf die Bauinvestitionen dagegen nur 16,3%. Allein die Bauinvestitionen im Bereich Grundstücks- und Wohnungswesen machten 44% der gesamten Investitionen und 67,5% der gesamten Bauinvestitionen aus.

## Entwicklung seit 1991

Die Investitionen in neue Anlagen beeinflussen maßgeblich die konjunkturelle Entwicklung. Die Investitionen reagieren sehr empfindlich auf Veränderungen der Rahmenbedingungen und sind deshalb – wie das Schaubild 4 zeigt – großen jährlichen Schwankungen unterworfen.

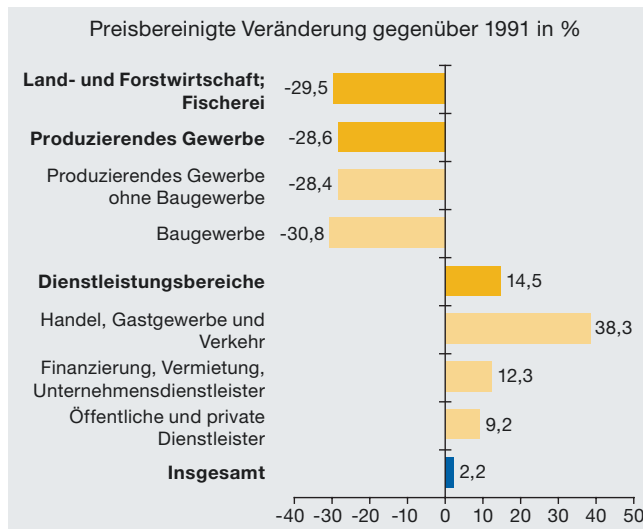
Im Gesamtzeitraum zwischen 1991 und 2004 ist das Investitionsvolumen in Rheinland-Pfalz preisbereinigt nur um 2,2% gestiegen. Im Bundesdurchschnitt war die Zunahme mit +6,6% deutlich höher. Auch in den alten Bundesländern (ohne Berlin) lag die Investitionssumme 2004 um 6,3% über dem Wert von 1991.

Bei der Betrachtung der Wirtschaftsbereiche zeigt sich, dass die Investitionstätigkeit, ähnlich dem Wandel der Wirtschaftsstruktur gemessen an der Bruttowertschöpfung, im produzierenden Gewerbe und auch in der Land- und Forstwirtschaft im Jahr 2004 deutlich unter dem Niveau von 1991

Wachstum konzentrierte sich auf die Dienstleistungsbereiche

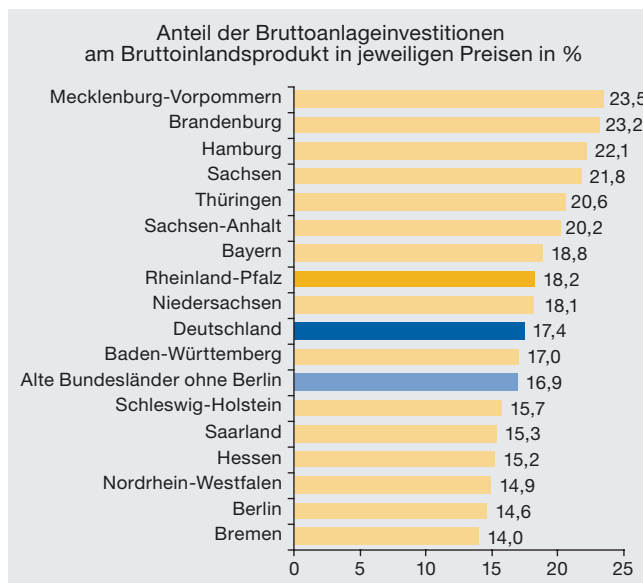
S 5

## Neue Anlagen nach Wirtschaftsbereichen 2004



S 6

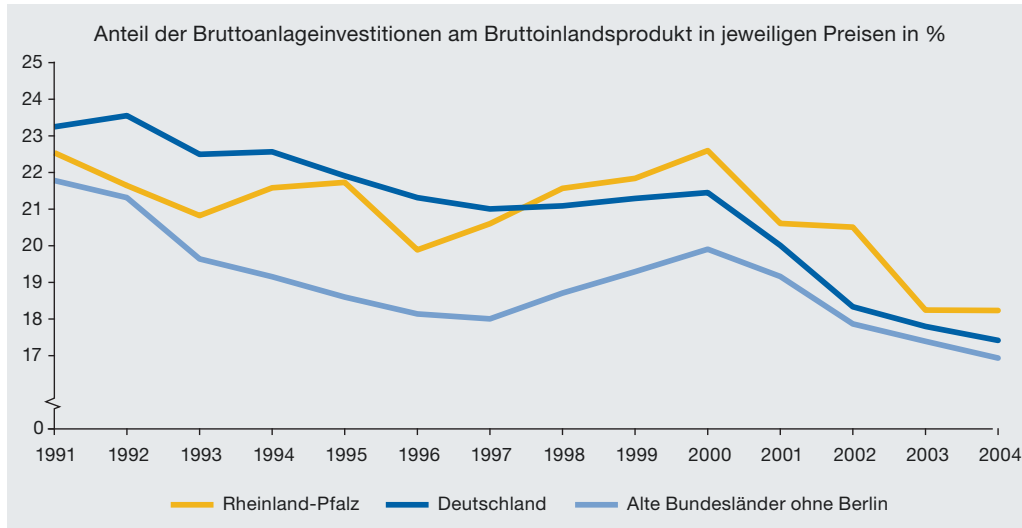
## Investitionsquote 2004 nach Ländern



lag. In einzelnen Jahren hat es auch in den Dienstleistungsbereichen einen Rückgang gegenüber dem Vorjahr gegeben, letztlich lagen die Investitionen jedoch 2004 preisbereinigt um 14,5% über denen von 1991. Besonders deutlich gestiegen sind die Ausgaben für neue Anlagen im Bereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“.

S 7

Investitionsquote 1991 – 2004



**Investitionsquote**

Die Bruttoanlageinvestitionen – die neuen Anlagen unter Berücksichtigung des Saldos aus Käufen und Verkäufen gebrauchter Anlagen – betragen in Rheinland-Pfalz im Jahr 2004 in jeweiligen Preisen rund 17,6 Mrd. Euro. Das waren 3% mehr als im Jahr zuvor. Preisbereinigt erhöhte sich der Wert um 2,3%. Im Bundesdurchschnitt sind die Investitionsausgaben nominal um 0,1% bzw. preisbereinigt um 0,4% gesunken.

marken wurden mit 22,6% im Jahr 2000 bzw. 22,5% im Jahr 1991 erreicht. Der Bundesdurchschnitt belief sich 2004 auf 17,4% und der Durchschnittswert der alten Länder (ohne Berlin) auf 16,9%. Im gesamten Betrachtungszeitraum lag die rheinland-pfälzische Quote über dem Durchschnitt der alten Länder (ohne Berlin), seit 1998 auch über dem Bundesdurchschnitt, der vor allem zu Beginn der 1990er-Jahre durch kräftige Investitionen in den neuen Bundesländern erhöht wurde.

Überdurchschnittliche Investitionsquote

Die Investitionsquote bezeichnet den Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt. Sie belief sich in Rheinland-Pfalz im Jahr 2004 auf 18,2%.

Die rheinland-pfälzische Investitionsquote lag damit – wie schon im Vorjahr – auf dem niedrigsten Stand seit 1991. Die Höchst-

Simone Emmerichs, Diplom-Betriebswirtin (FH), ist Mitarbeiterin im Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen.

## Wirtschaft in Rheinland-Pfalz

Von Dr. Ludwig Böckmann und Thomas Kirschey

### ifo Geschäftsklimaindex gibt leicht nach

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft gilt als wichtiger qualitativer Frühindikator für die Konjunktur in Deutschland. Für seine Ermittlung befragt das Münchener ifo Institut monatlich 7 000 Unternehmen.

ifo Geschäftsklima im Januar leicht gesunken

Das Geschäftsklima bekam im Januar den erwarteten Dämpfer. Erstmals seit August 2006 hat der Index gegenüber dem Vormonat nachgegeben; er sank von 108,7 auf 107,9 Punkte. Ursache hierfür dürfte in erster Linie die Mehrwertsteuererhöhung zum 1. Januar 2007 gewesen sein.

Schwächere Lagebeurteilung

Darauf deutet auch hin, dass die Beurteilung der aktuellen Lage schlechter, die Beurteilung der Aussichten für die kommenden Monate hingegen besser ausfiel. Die Einschätzung der Unternehmen hinsichtlich ihrer aktuellen Geschäftslage zeigte sich im Januar zwar immer noch vergleichsweise gut, war aber ungünstiger als im Dezember. Der Lageindex sank von 115,3 auf 112,8 Punkte.

Verbesserte Geschäftserwartungen

Die Geschäftsaussichten für die kommenden sechs Monate wurden von den Unternehmen dagegen positiver eingeschätzt als im Vormonat. Der Erwartungsindex stieg von 102,5 auf 103,2 Punkte. Das ifo Institut zieht hieraus den Schluss, dass die Konjunktur – nach der kleinen Delle zu Jahresbeginn – in den nächsten Monaten wieder an Fahrt aufnehmen wird.

Die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage verschlechterte sich im Januar in allen

Branchen. Im Bauhauptgewerbe und im Einzelhandel verbesserte sich jedoch die Einschätzung der Geschäftsaussichten für die kommenden sechs Monate so stark, dass in diesen Branchen der Gesamtindex stieg. Im verarbeitenden Gewerbe und im Großhandel haben sich dagegen auch die Geschäftserwartungen eingetrübt.

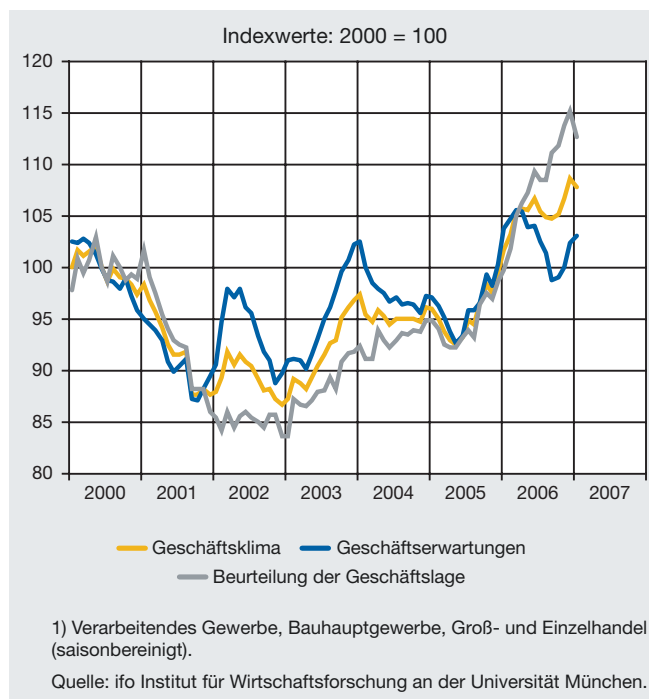
Klimaverbesserung im Bauhauptgewerbe und im Einzelhandel

### Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe stiegen wieder stärker als im Vormonat – Zuwachs auch im Bauhauptgewerbe

Die Auftragseingänge sind quantitative Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung; sie laufen der Konjunktur um mehrere Monate voraus. Die Beobachtung der

Stand: Januar 2007

ifo Geschäftsklima Deutschland  
ifo Konjunkturtest Gewerbliche Wirtschaft<sup>1)</sup>



Frühindikatoren ermöglicht einen gewissen Ausblick auf die künftige konjunkturelle Entwicklung. Da die Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes, etwa aufgrund von Großaufträgen, von Monat zu Monat stark schwanken können, wird zur Konjunkturbeurteilung der gleitende Drei-Monats-Durchschnitt herangezogen.

Auftragseingänge des verarbeitenden Gewerbes im Oktober 2006 gegenüber dem Vorjahr um 10,6% gestiegen

Im rheinland-pfälzischen verarbeitenden Gewerbe werden seit November 2003 steigende Auftragseingänge im Vergleich zum jeweiligen Vorjahresmonat festgestellt. Der Anstieg im April 2006 markierte mit +16,6% den höchsten Zuwachs, der in den letzten Jahren beobachtet wurde. Nachdem auch im Mai (+12,7%) und Juni (+14%) zweistellige Steigerungsraten registriert worden waren, lagen diese von Juli bis September etwas niedriger. Der Zuwachs der Auftragseingänge gegenüber dem Vorjahresmonat betrug im Oktober 2006 nun wieder 10,6%, nach 8,8% im September.

Zuwächse der Auftragseingänge aus dem Inland und vor allem aus dem Ausland

Die Auftragsentwicklung im verarbeitenden Gewerbe wurde im Oktober 2006 erneut von Zuwächsen sowohl auf den Inlands- als auch auf den Auslandsmärkten getragen. Von März bis August 2006 war die Auslandsnachfrage stärker gestiegen als die heimische Nachfrage. Nun wurde im Oktober mit +12,6% wieder ein höheres Auftragsplus aus dem Ausland registriert. Der Anstieg der Bestellungen aus dem Inland lag mit +8,6% zwar deutlich niedriger, blieb aber etwa auf dem Niveau des Vormonats. Im September waren identische Zuwachsraten von 8,8% auf beiden Märkten verzeichnet worden.

Im Wirtschaftszweig „Herstellung von chemischen Erzeugnissen“ (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 32%) erhöhten sich im Oktober 2006 die Auf-

tragseingänge um 10,6% gegenüber dem Oktober des Vorjahres. Der Anstieg war damit wieder stärker als zuletzt im August (+9,1%) und im September (+7,6%). Im Februar und März lagen die Auftragszuwächse im abgelaufenen Jahr mit jeweils +6,3% niedriger. Den Spitzenwert 2006 hatte es zwischenzeitlich mit +15% im Juni gegeben.

Auftragseingänge in der chemischen Industrie 10,6% über Vorjahresniveau

Die aktuelle Entwicklung wurde durch zweistellige Zuwachsraten auf den Märkten im In- und Ausland getragen. Die Bestellungen aus dem Inland stiegen zwar etwas weniger stark als im Vormonat, verbesserten sich aber zum dritten Mal in Folge stärker als die Auslandsaufträge, bei denen allerdings wieder deutliche Zuwächse zu verzeichnen waren. Die Inlandsnachfrage erhöhte sich im Oktober um 10,8%, nach 11,7% im September. Die Zuwachsrate bei den Aufträgen aus dem Ausland erreichte im Oktober 10,5%, nach lediglich 5,4% im Vormonat.

Im Fahrzeugbau, der etwa 16% zum Gesamtumsatz des verarbeitenden Gewerbes beisteuert, kam es im Oktober 2006 mit +12% wieder zu einem deutlichen Anstieg der Auftragseingänge gegenüber dem Vorjahresmonat. Davor gab es wenig Bewegung: Im August war mit -0,8% nach zwölf Monaten mit Auftragszuwächsen erstmals wieder ein Nachfragerückgang eingetreten; im September wurde dagegen ein leichtes Plus von 0,8% registriert. Bereits im Juli war das Auftragsplus klar hinter den Zuwächsen der vorangegangenen Monate zurückgeblieben. Von April bis Juni lagen die Steigerungsraten im Vorjahresvergleich zwischen 24,7 und 25,8%.

Starker Auftragszuwachs im Fahrzeugbau ausschließlich durch gestiegene Auslandsnachfrage

Die inländische Nachfrage nach Fahrzeugen und Komponenten aus der heimischen Produktion blieb im Drei-Monats-Durch-



schnitt im Oktober 2006 zum dritten Mal in Folge hinter dem Vorjahr zurück. Gegenüber Oktober 2005 sanken die Auftragseingänge um 2,5%, nach einem Minus von 4,3% im September. Die Nachfrage aus dem Ausland stieg dagegen – in erster Linie verursacht durch Großaufträge im Berichtsmonat November 2006 – wieder um kräftige 29,2%, nachdem sie im Vormonat nur um 6,7% gestiegen und im August sogar um 0,5% gesunken war.

Geringe Nachfragesteigerung in der Metall-erzeugung und -verarbeitung; Zuwächse nur aus dem Inland

In der Metall-erzeugung und -verarbeitung (Umsatzanteil im verarbeitenden Gewerbe: 11%) stiegen die Auftragseingänge im Oktober 2006 gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat lediglich um 0,5%. Zwar sind damit seit Mai 2005 Zuwächse gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat zu verzeichnen; so niedrig wie zu Beginn des vierten Quartals waren sie in diesem Zeitraum allerdings noch nie. Zuvor fiel die Steigerungsrate bereits im September (+4,7%) schwächer aus als zum Jahresbeginn 2006.

Bei den Inlandsbestellungen kam es im Oktober zu einem Zuwachs um 5,7%, nach einem Anstieg von 6,9% im Vormonat. Die Auslandsaufträge waren dagegen im Vorjahresvergleich mit –5,8% rückläufig. Im September (+1,5%) hatte es hier noch leichte Auftragssteigerungen gegeben.

Auftragseingänge im Maschinenbau weiter mit zweistelliger Zuwachsrate

Im Maschinenbau (Anteil am Umsatz des verarbeitenden Gewerbes: 9%) stieg die Nachfrage im Oktober 2006 im Vorjahresvergleich um 11,7% und damit wieder schwächer als im September (+16,2%). Die Entwicklung blieb damit weiterhin gegenüber den Ergebnissen des Frühjahrs zurück. Im April war mit +29,4% das mit Abstand höchste Auftragsplus der letzten Jahre registriert worden.

Die Inlandsaufträge nahmen im Oktober 2006 gegenüber dem Vorjahresmonat ähnlich stark zu wie im Vormonat bzw. im Frühjahr 2006. Der Anstieg erreichte 11,1%, nach 12,3% im September. Die Auftragszahlen aus dem Ausland verbesserten sich im Vorjahresvergleich mit +12,1% dagegen schwächer als in den 13 vorausgegangenen Monaten. Zuletzt wurde hier im September 2006 eine Steigerungsrate von 18,6% beobachtet.

Im Bauhauptgewerbe ist der Drei-Monats-Durchschnitt des Auftragseingangs im Oktober 2006 gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,8% gestiegen. Zuvor kam es im September erstmals seit Juli 2005 wieder zu einem Nachfragerückgang in der Baubranche (–2,4%). Bereits im August 2006 war mit +8,2% ein deutlich geringerer Zuwachs als in den Vormonaten registriert worden. Im Juni und Juli hatte das Auftragsplus noch bei 21,3 bzw. 17,6% gelegen. Allerdings werden im Bauhauptgewerbe die gleitenden Durchschnittswerte häufiger durch Großaufträge in einzelnen Berichtsmonaten geprägt. Die positive Entwicklung der Sommermonate wurde in erster Linie durch die starke Zunahme des Auftragseingangs in den Berichtsmonaten Juni und Juli bestimmt.

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe stiegen wieder leicht

Die Entwicklung bei den Baugenehmigungen im Wohnungsbau wurde zum Jahreswechsel 2005/2006 durch die Abschaffung der Eigenheimzulage stark beeinflusst. Die meisten der noch im vorangegangenen Jahr gestellten Bauanträge wurden erst Anfang 2006 bearbeitet. Dies löste vor allem in den Berichtsmonaten Januar und Februar einen Genehmigungsschub aus. In den Monaten Mai bis Juli kam es nur noch zu geringen Veränderungen gegenüber dem

Zahl der Baugenehmigungen im Vorjahresvergleich deutlich eingebrochen



Vorjahr. Nachdem anschließend im August (+5,6%) und im September (+12,9%) bei der Zahl der Baugenehmigungen wieder ein stärkeres Plus registriert worden war, brach der Drei-Monats-Durchschnitt im Oktober 2006 deutlich ein. Gegenüber dem Vorjahresmonat kam es zu einem Rückgang um 22%. Dabei fällt insbesondere die Entwicklung im Berichtsmontat November stark ins Gewicht: Im Vergleich zum November 2005 hat sich die Zahl der Baugenehmigungen fast halbiert.

## Umsatzsteigerungen im Einzelhandel, im Großhandel und im Gastgewerbe

Die Handelsumsätze – vor allem die Einzelhandelsumsätze – gelten als Einzelindikatoren, die fast zeitgleich mit der Konjunktur laufen. Auch hier wird zur Konjunkturbeobachtung mit gleitenden Drei-Monats-Durchschnitten gearbeitet, um starke monatliche Schwankungen zu glätten. Die nachgewiesenen ersten Ergebnisse der Umsätze in Handel und Gastgewerbe werden laufend aktualisiert. Diese Revisionen gehen in erster Linie auf vorläufige oder verspätete Mitteilungen der befragten Unternehmen zurück.

Zuwächse im Einzelhandel

Die Einzelhandelsumsätze weisen seit April 2005 reale Zuwächse auf. Im Oktober 2006 zeigte sich ein Plus von 1,7% gegenüber dem Vorjahresmonat. Damit blieb die Zunahme etwas hinter dem Niveau der Vormonate zurück: Zuvor lag der Anstieg im September bei 2%. Die positive Veränderung des gleitenden Drei-Monats-Durchschnitts war wieder von Umsatzsteigerungen in allen Berichtsmonaten (September bis November) bestimmt – das lässt auf eine Fortsetzung dieser Entwicklung hoffen.

Im Großhandel stiegen die Umsätze im Oktober 2006 real um 1,2% gegenüber Oktober 2005. Nachdem die Entwicklung im Jahresverlauf sehr uneinheitlich gewesen war, gab es nach zuletzt dreimal hintereinander rückläufigen Umsätzen (Juli bis September) wieder ein Plus. Davor wechselten sich Monate mit sinkenden Umsätzen (Januar, März und Mai) ab mit Monaten, in denen leichte Umsatzsteigerungen zu beobachten waren (Februar, April und Juni). Zuletzt gingen die Umsätze im Vorjahresvergleich im September um 0,2% zurück.

Umsatzsteigerung auch im Großhandel

Im Gastgewerbe zeigt sich bei der realen Entwicklung der Umsätze seit April 2005 wenig Bewegung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresmonat. Die Veränderungen variierten zwischen –4,3% im Februar 2006 und +0,7% im August 2005. In 14 der letzten 19 Monate lagen die Schwankungen sogar in einem engen Bereich von –2% bis +0,7%. Im Oktober 2006 kam es nun mit +0,3% zum ersten Mal nach Mai 2006 wieder zu einem leichten Anstieg, nachdem die Umsätze in Hotels, Pensionen, Gaststätten usw. noch im September (–0,6%) rückläufig gewesen waren.

Leichter Umsatzzuwachs im Gastgewerbe

## Verbraucherpreisindex im Januar um 1,6% höher als im Vorjahr

Preisindizes – insbesondere der Index der Verbraucherpreise – gelten als Spannungskennzeichen, welche die „Erhitzung“ oder „Entspannung“ der Konjunktur anzeigen.

Der rheinland-pfälzische Verbraucherpreisindex (Basis 2000 = 100) erreichte im Januar 2007 einen Wert von 110,8. Im Vergleich zum Vormonat ging er um 0,1% zurück. Gegenüber dem Januar des Vorjahres ist der Verbraucherpreisindex um 1,6% ge-

Verbraucherpreisanstieg zum Jahresbeginn bei 1,6%

stiegen. Damit war die Teuerungsrate im Jahresvergleich etwas höher als zuletzt im November und Dezember 2006 (jeweils +1,4%). Davor waren im September und Oktober 2006 mit +0,9% bzw. +1% die niedrigsten Preisanstiege seit zweieinhalb Jahren ermittelt worden.

Einfluss der Mehrwertsteuererhöhung lässt sich noch nicht beurteilen

Vor dem Hintergrund der Mehrwertsteuererhöhung fiel der Anstieg des Verbraucherpreisindex geringer aus als von vielen Beobachtern angenommen. Allerdings lässt sich der genaue Einfluss zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht beurteilen, da sich verschiedene Effekte (z. B. die gesunkenen Kraftstoffpreise oder der überproportionale Anstieg bei saisonabhängigen Nahrungsmitteln) überlagern und damit eine entsprechende Untersuchung erschweren. Festzustellen ist jedoch, dass die Preise der Güter und Dienstleistungen, die von der Steuererhöhung betroffen sind, im Durchschnitt stärker angezogen haben (+1,8%) als die der übrigen (+1,3%).

Preisentwicklung in den Güter- und Dienstleistungsgruppen uneinheitlich

Überproportionale Preisanstiege im Vorjahresvergleich gab es im Januar 2007 unter anderem in den Bereichen „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ (+3,9%), „Bildungswesen“ (+2,6%) sowie „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (+2,2%). Rückläufige Preise waren dagegen in den Bereichen „Gesundheitspflege“ (-0,2%) sowie „Nachrichtenübermittlung“ (-0,4%) zu verzeichnen.

### Nur geringer Anstieg der Arbeitslosigkeit im Januar

Die Zahl der Arbeitslosen ist ein nachlaufender Indikator, der weniger über die künftige konjunkturelle Entwicklung aussagt, dafür aber einen wichtigen Gesamtindikator für die Wirtschaftspolitik darstellt.

Zum Jahresbeginn macht sich der Winter auf dem rheinland-pfälzischen Arbeitsmarkt nun doch bemerkbar. Wegen der guten konjunkturellen Entwicklung schlugen die negativen saisonalen Einflüsse aber nicht so stark durch wie sonst in einem Januar üblich. Die Arbeitslosigkeit ist im Januar zwar gestiegen – aber im langjährigen Vergleich nur unterdurchschnittlich.

Unterdurchschnittlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit

Mitte Januar 2007 waren in Rheinland-Pfalz rund 153 700 Frauen und Männer arbeitslos gemeldet, also etwa 8 400 oder 5,8% mehr als im Dezember 2006. Im Vorjahresvergleich ging die Arbeitslosigkeit weiter zurück. Gegenüber Januar 2006 verringerte sich die Zahl der Arbeitslosen um 31 200 Personen oder 16,9%. Die Arbeitslosenquote, die den Anteil der Arbeitslosen an allen zivilen Erwerbspersonen angibt, stieg auf 7,5% (Dezember 2006: 7,1%). Vor einem Jahr hatte die Quote noch bei 9,1% gelegen.

Arbeitslosenquote beträgt 7,5%

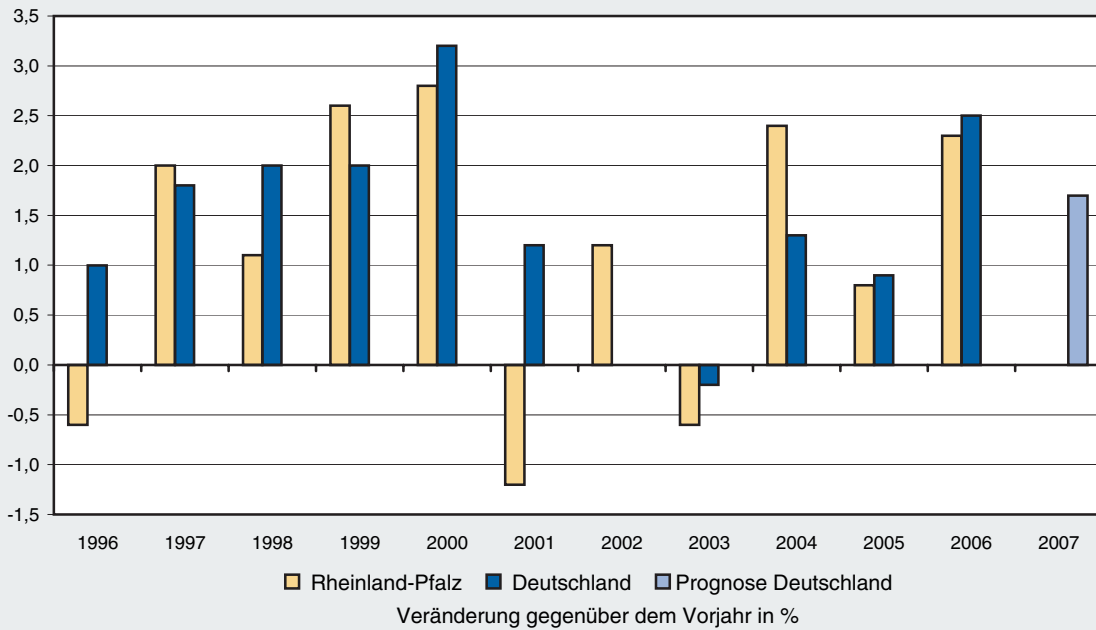
Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nimmt in Rheinland-Pfalz weiter zu. Die Aufwärtsentwicklung hält bereits seit dem letzten Frühjahr an. Vorläufige Werte für den November 2006 zeigen einen Anstieg um rund 19 300 Personen oder 1,7% im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat. Nach Angaben der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit tragen zu dieser positiven Entwicklung mittlerweile auch das verarbeitende Gewerbe und die Bauwirtschaft bei.

Mehr sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Dr. Ludwig Böckmann leitet das Referat Analysen, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Veröffentlichungen; Thomas Kirschey, Diplom-Volkswirt, ist in diesem Bereich als Referent tätig.

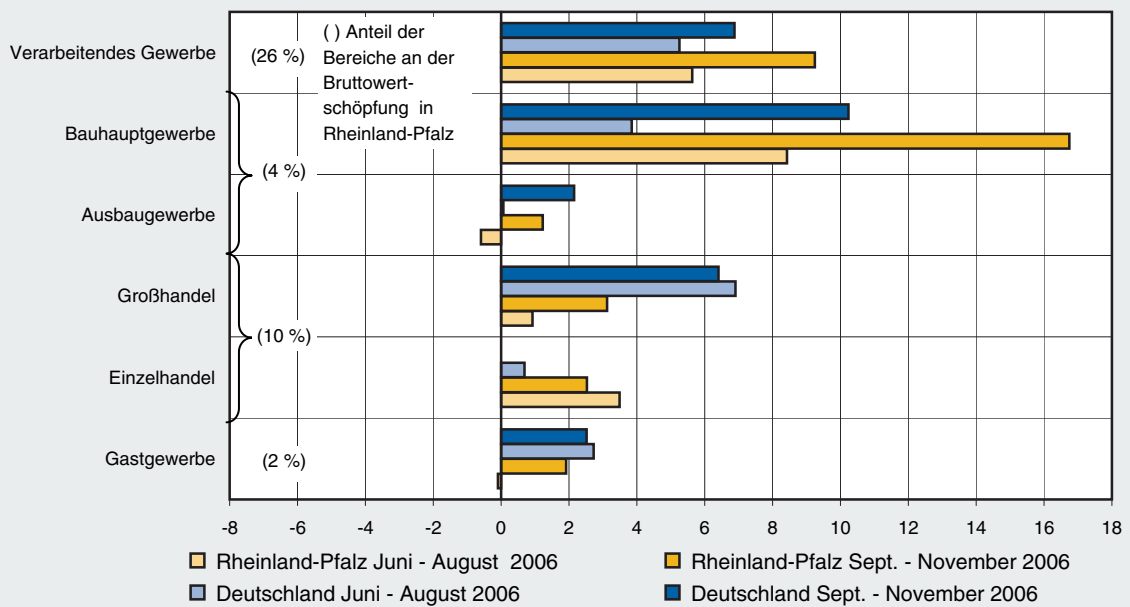
**Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt  
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland<sup>1)</sup>**

(Berechnungsstand: März 2006)



1) Nächster Fortschreibungstermin für das Jahr 2006 im März 2007. - Quelle Prognosewert 2007: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie: Jahresbericht 2007 der Bundesregierung.

**Umsatz (nominal) nach ausgewählten Bereichen  
in Rheinland-Pfalz und Deutschland**

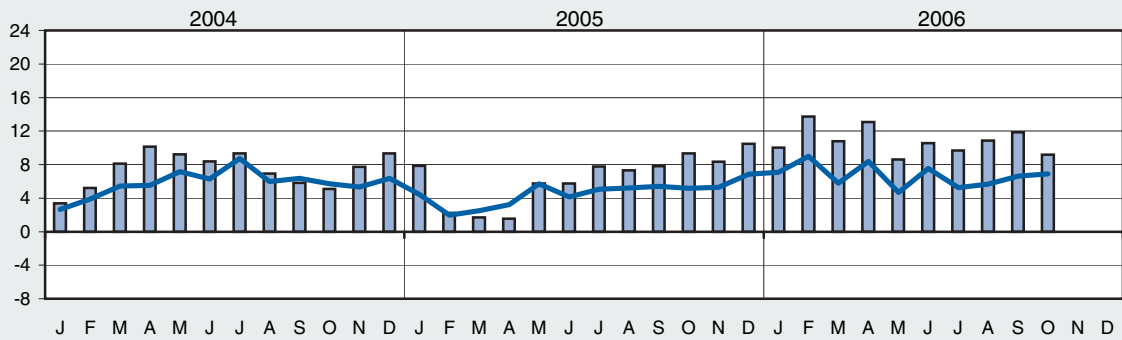


1) Ausbaugewerbe: Quartale

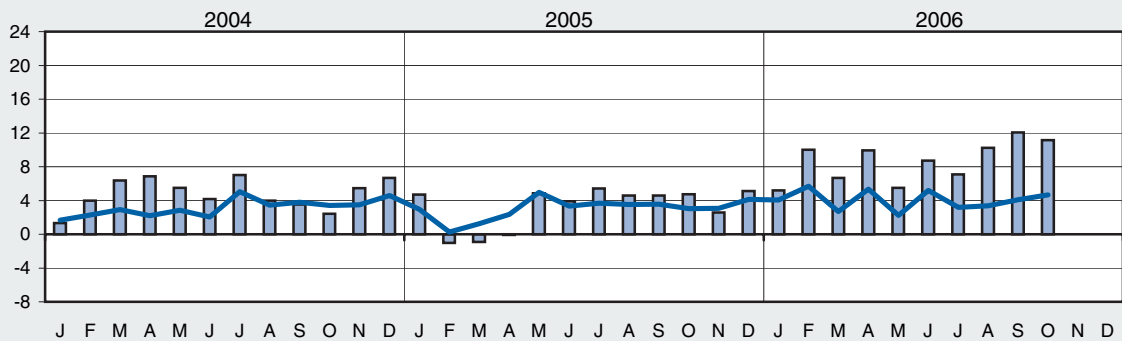
**Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal)  
im verarbeitenden Gewerbe**

**Deutschland**

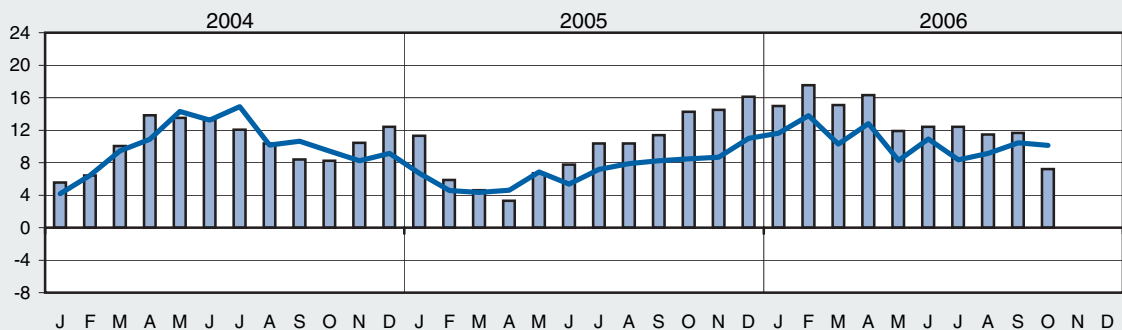
Insgesamt



Inland



Ausland



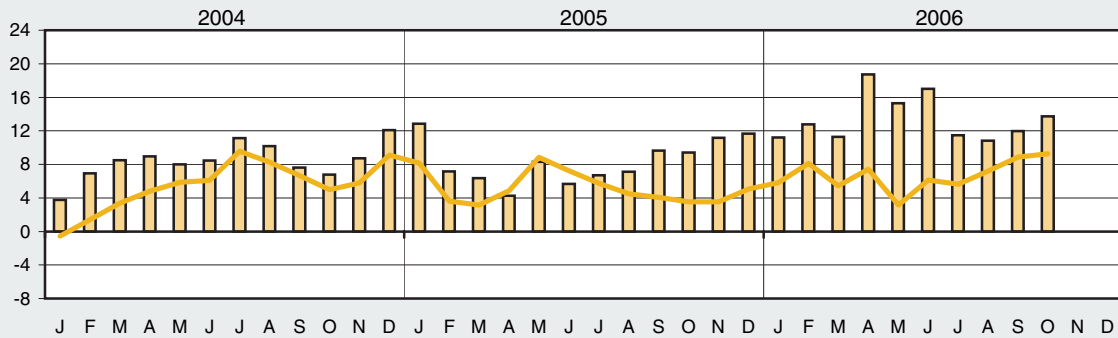
■ Auftragseingang    — Gesamtumsatz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

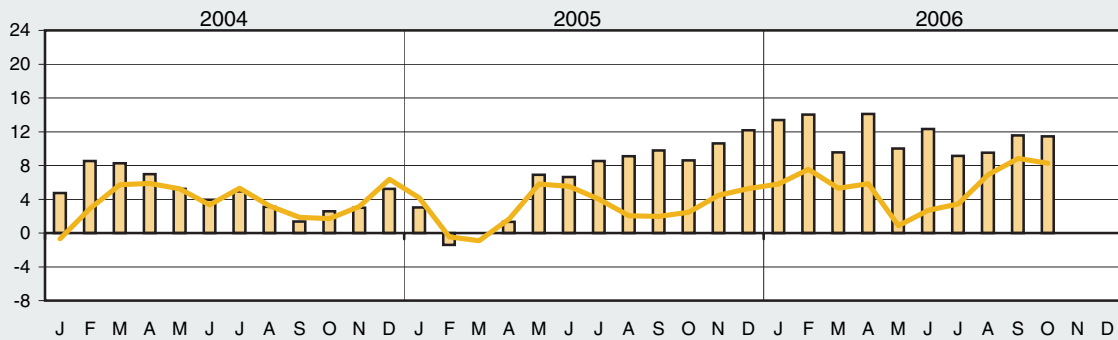
**Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal)  
im verarbeitenden Gewerbe**

**Rheinland-Pfalz**

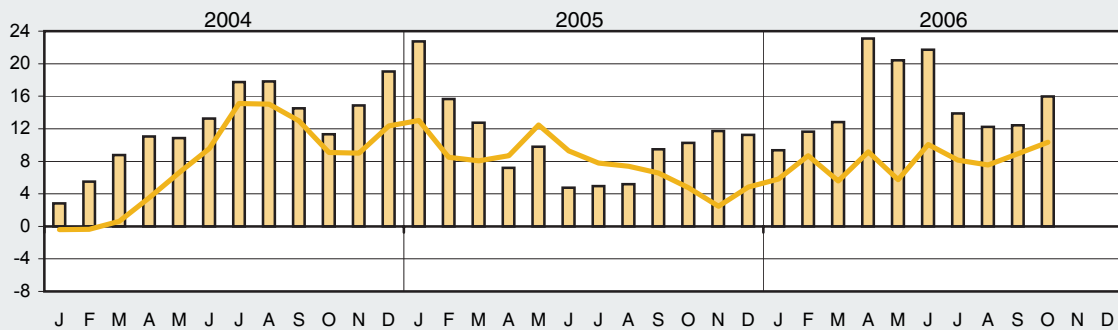
Insgesamt



Inland



Ausland

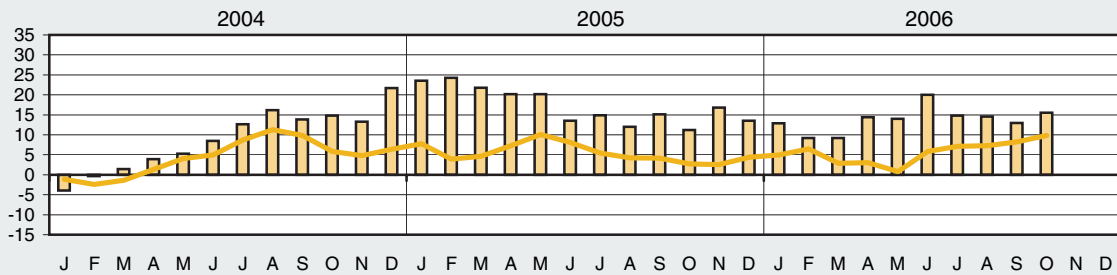


Auftragseingang
  Gesamtumsatz

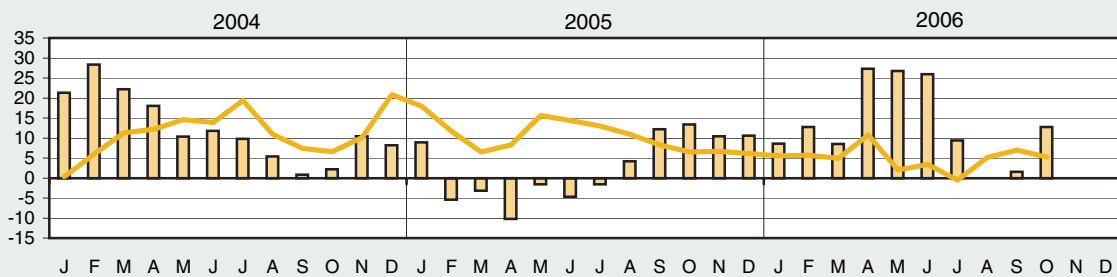
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

**Auftragseingang (Wertindex) und Umsatz (nominal)  
im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz nach ausgewählten Branchen**

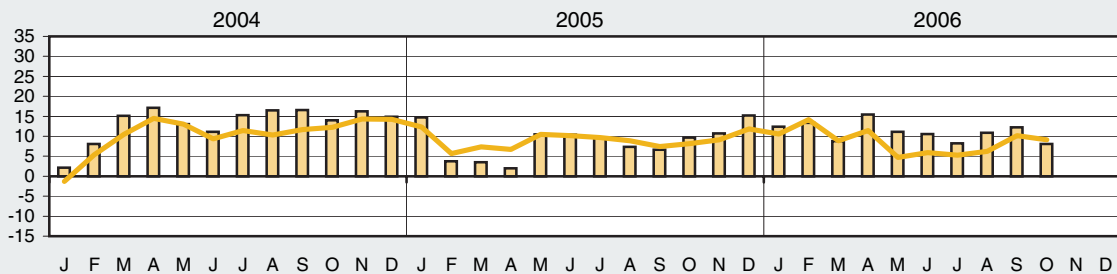
Chemische Erzeugnisse (Anteil am Gesamtumsatz 2005: 32%)



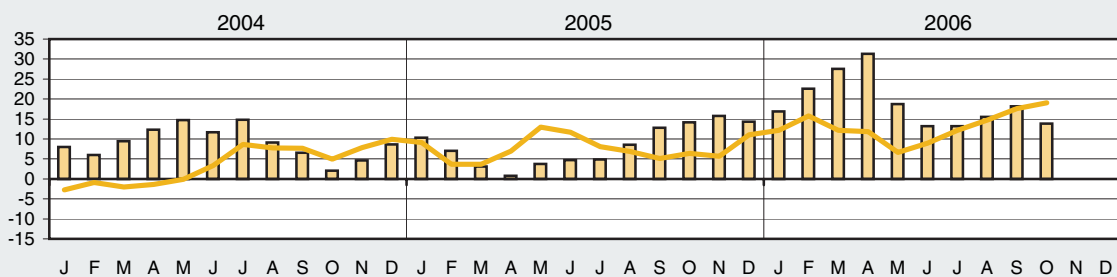
Fahrzeugbau (Anteil am Gesamtumsatz 2005: 16%)



Metallerzeugung und -verarbeitung (Anteil am Gesamtumsatz 2005: 11%)



Maschinenbau (Anteil am Gesamtumsatz 2005: 9%)

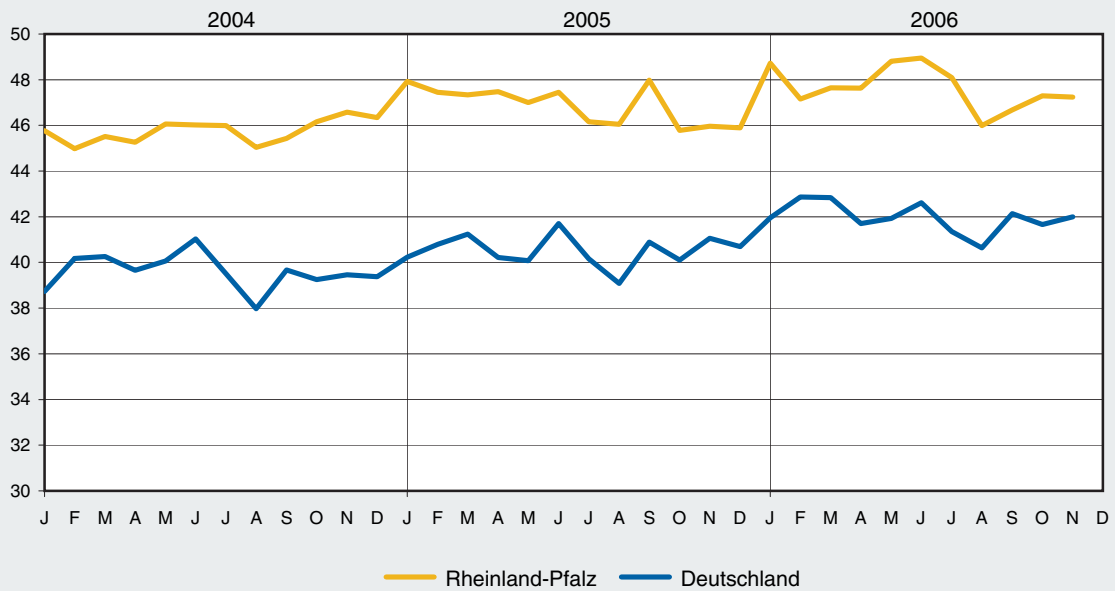


■ Auftragseingang    — Gesamtumsatz

Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

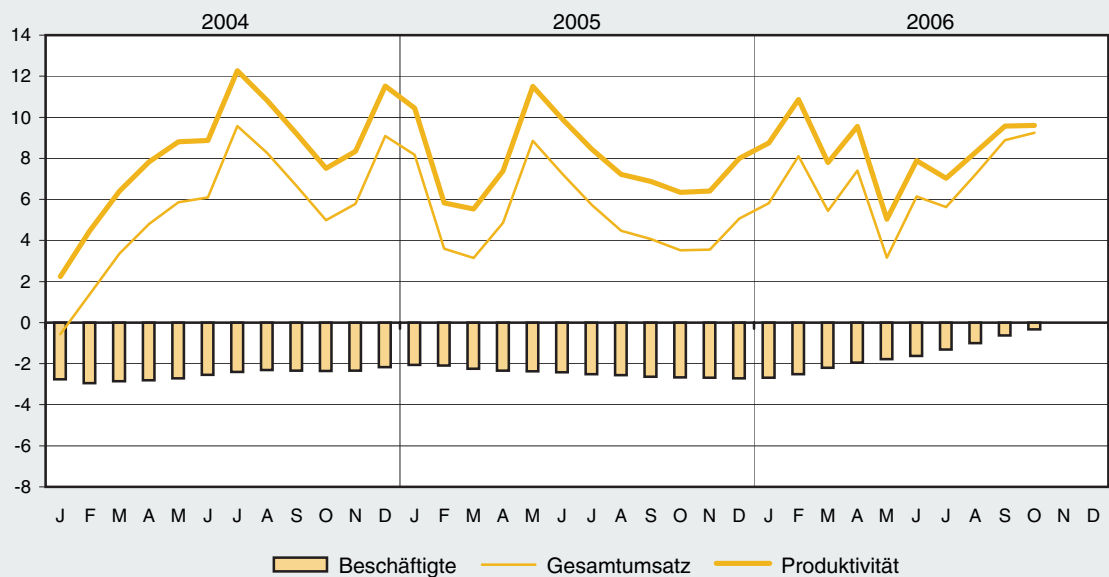


### Exportquote im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Exportquote: Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz in %.

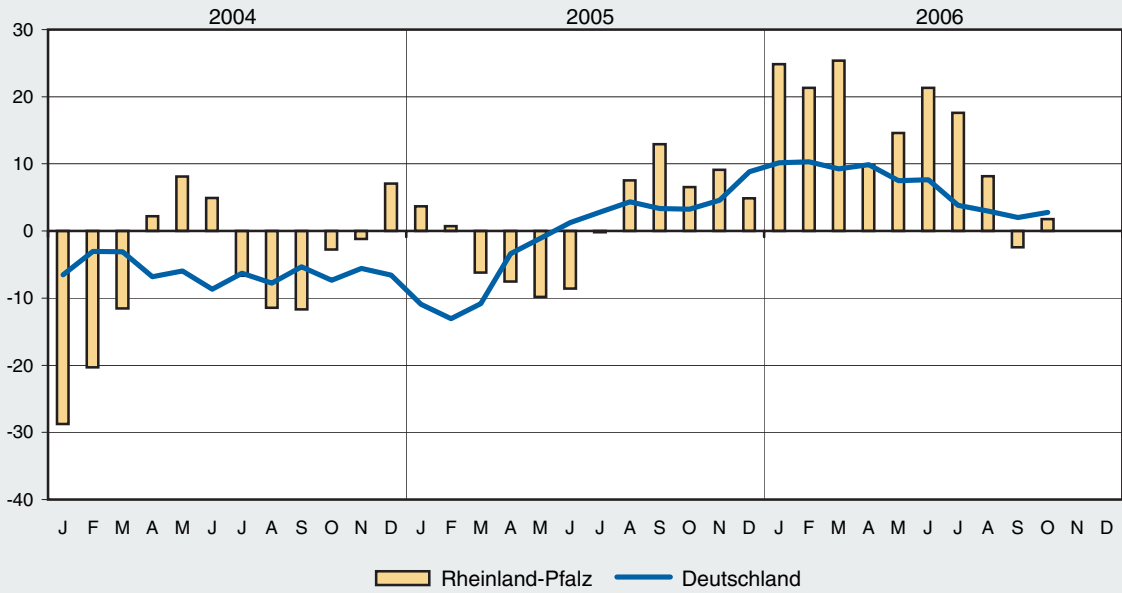
### Beschäftigte, Umsatz und Produktivität im verarbeitenden Gewerbe in Rheinland-Pfalz



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

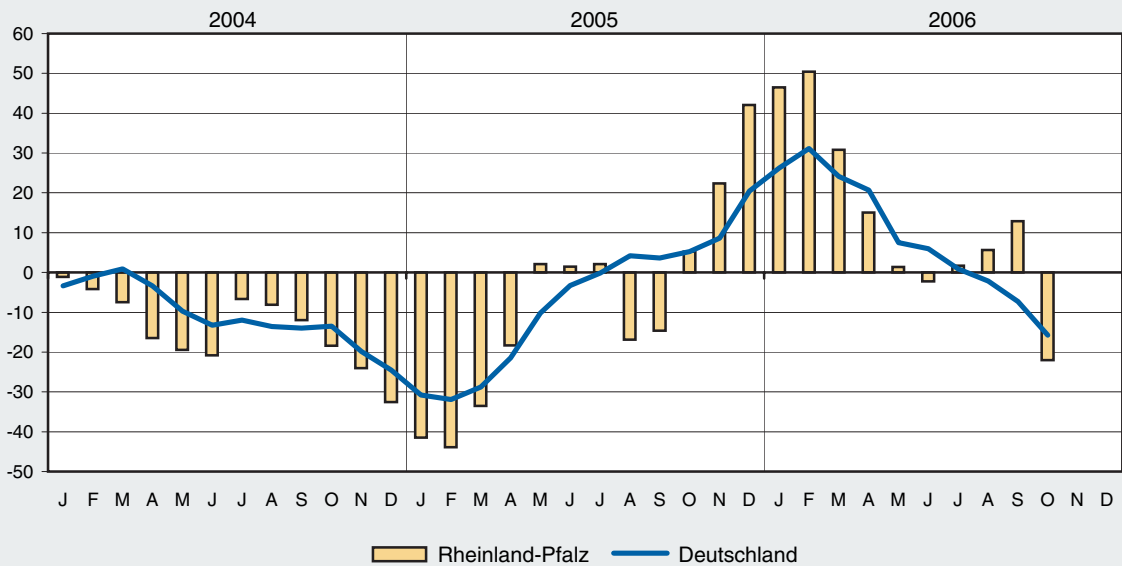
Produktivität: Umsatz je Beschäftigten.

**Auftragseingang im Bauhauptgewerbe  
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**



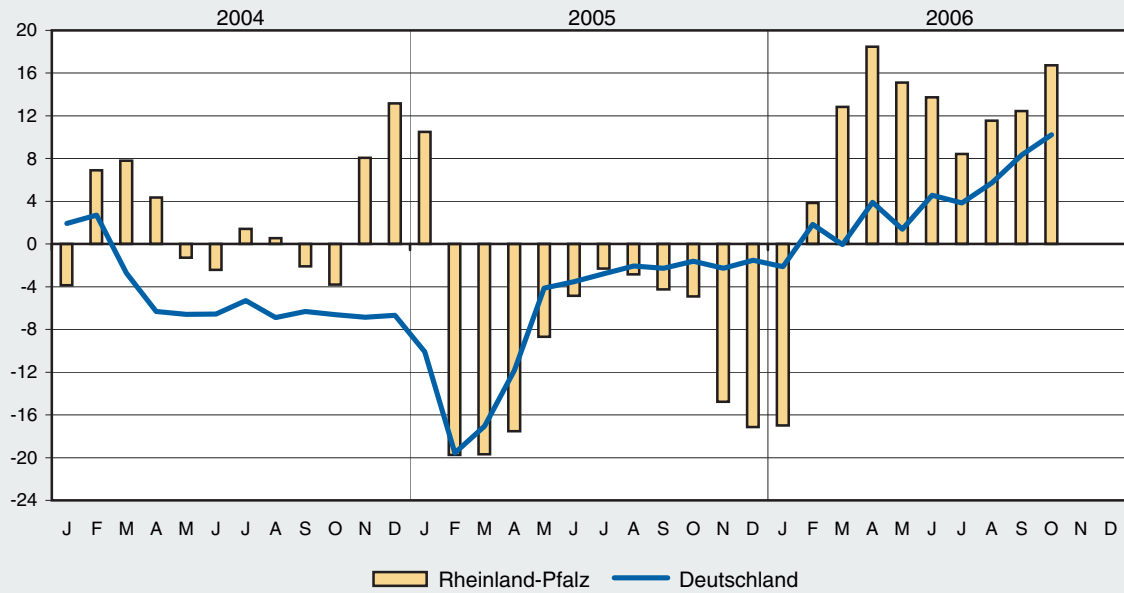
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

**Baugenehmigungen  
Wohnungen in neuerrichteten Wohngebäuden  
in Rheinland-Pfalz und in Deutschland**



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

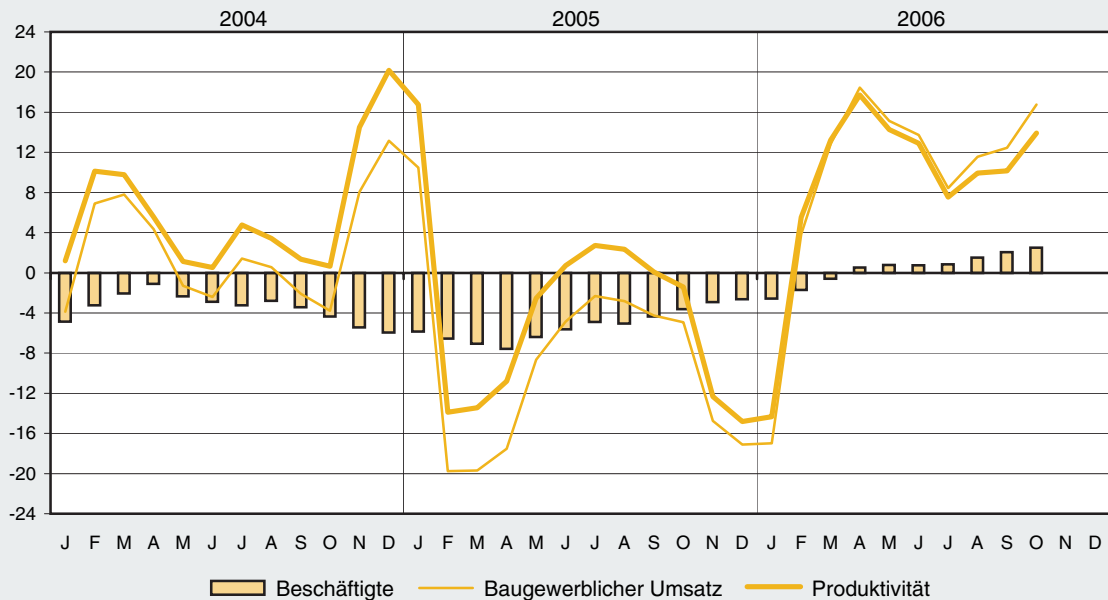
### Baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz und in Deutschland



Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Baugewerblicher Umsatz: Ohne Umsätze aus sonstigen Leistungen.

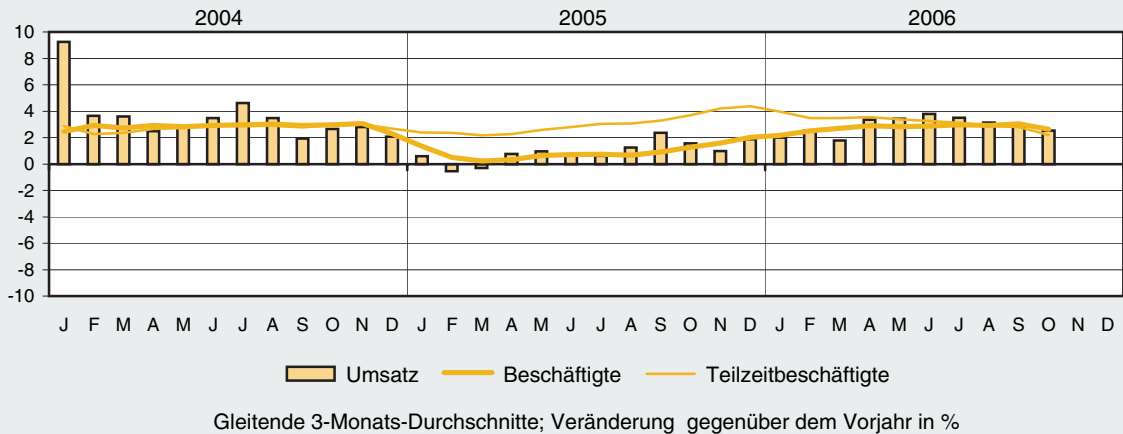
### Beschäftigte, baugewerblicher Umsatz und Produktivität im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz



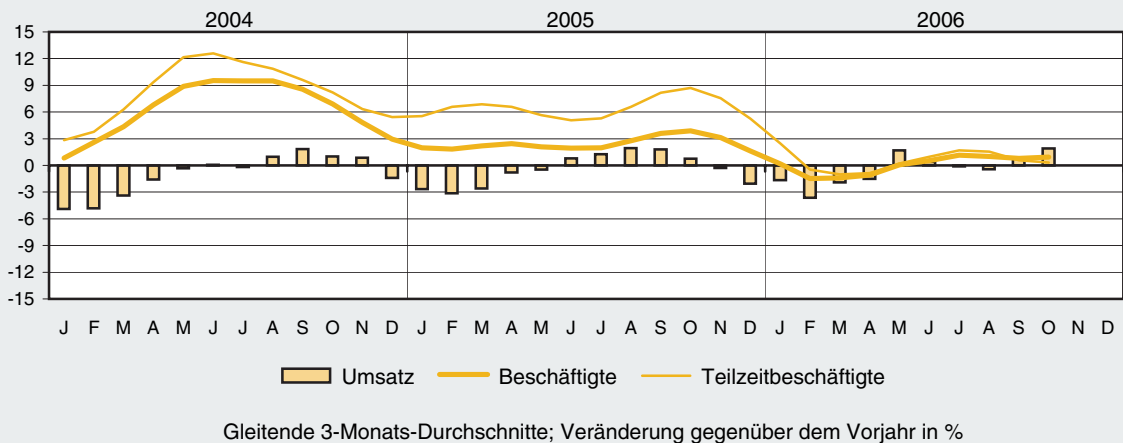
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Produktivität: Baugewerblicher Umsatz je Beschäftigten.

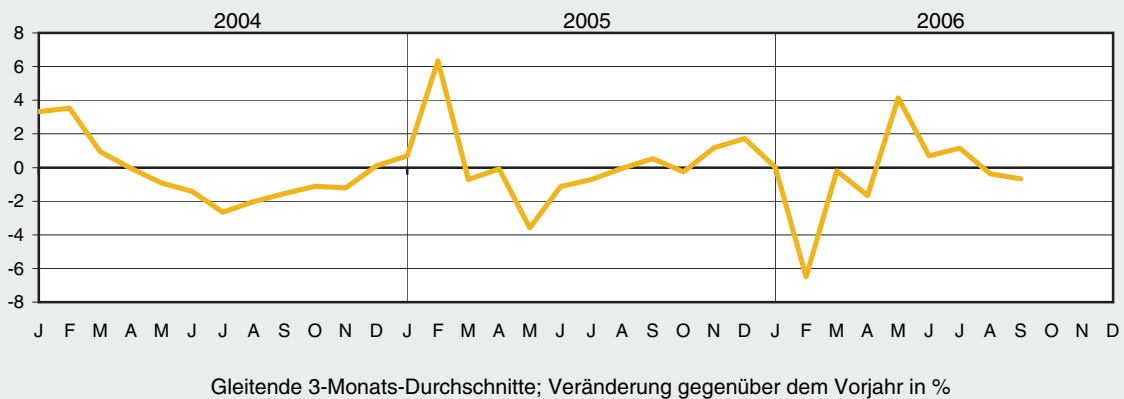
**Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Einzelhandel (2003=100)  
in Rheinland-Pfalz**



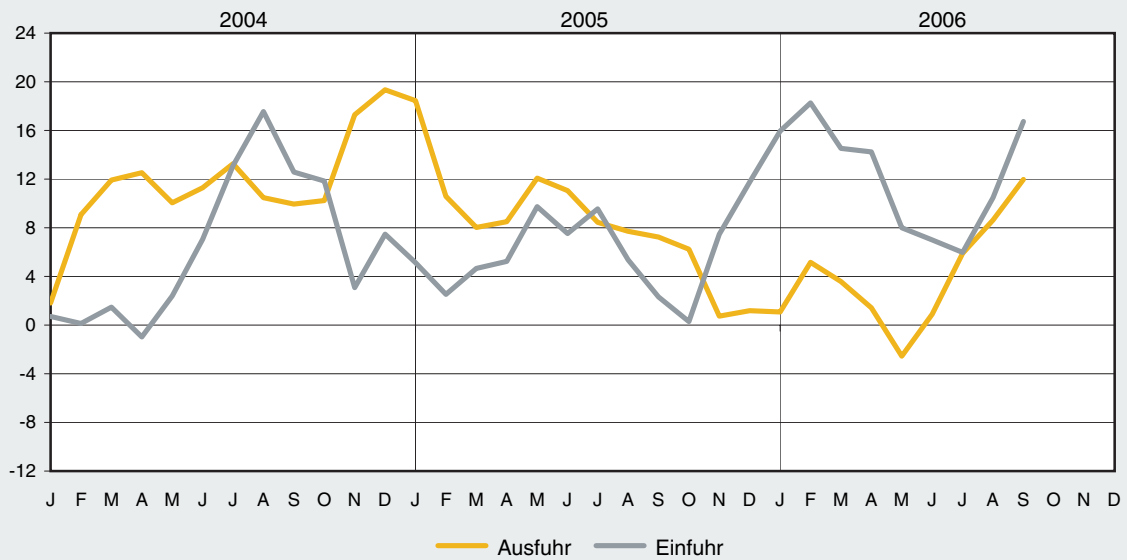
**Umsatz (nominal) und Beschäftigte im Gastgewerbe (2003=100)  
in Rheinland-Pfalz**



**Gästeübernachtungen in Rheinland-Pfalz**

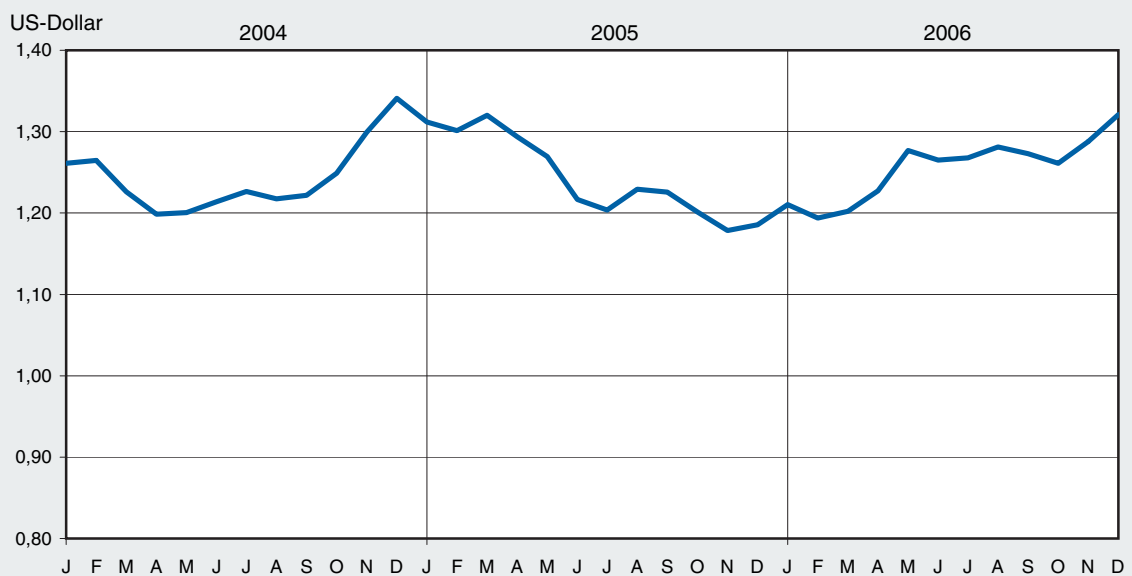


**Außenhandel (nominal) in Rheinland-Pfalz**  
(Grenzüberschreitender Warenverkehr der Bundesrepublik Deutschland)



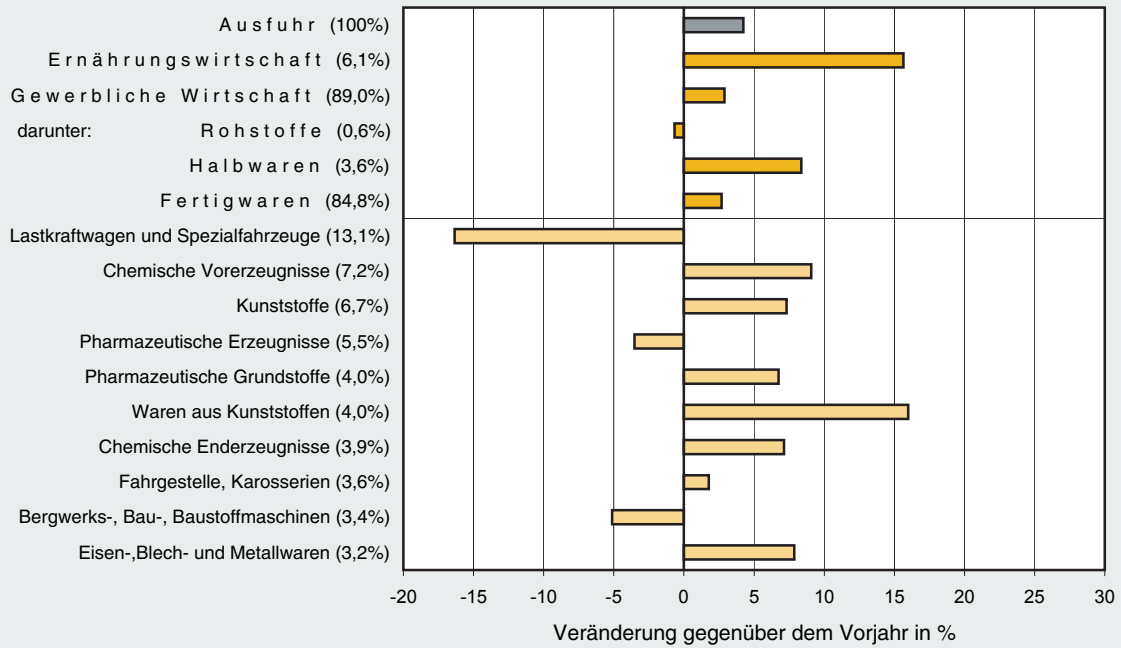
Gleitende 3-Monats-Durchschnitte; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

**Euro-Referenzkurs der Europäischen Zentralbank**  
**1 EUR = ... US-Dollar**  
(Monatsdurchschnitt)

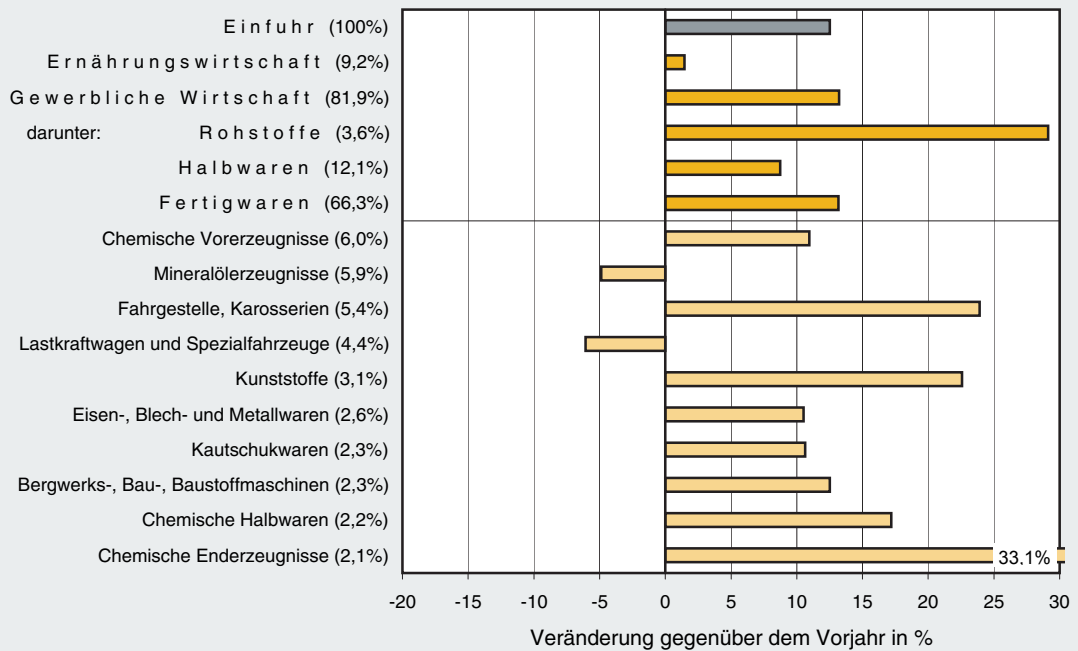


Quelle: Europäische Zentralbank.

**Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Warengruppen<sup>1)</sup>**  
(November 2005 - Oktober 2006)



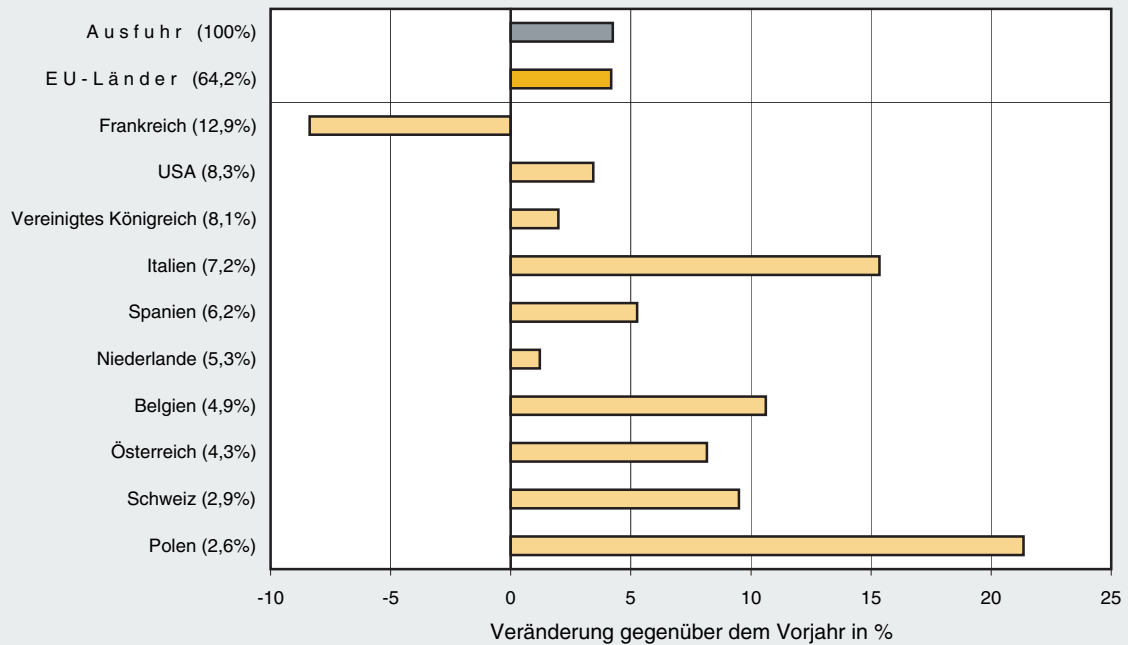
**Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Warengruppen<sup>1)</sup>**  
(November 2005 - Oktober 2006)



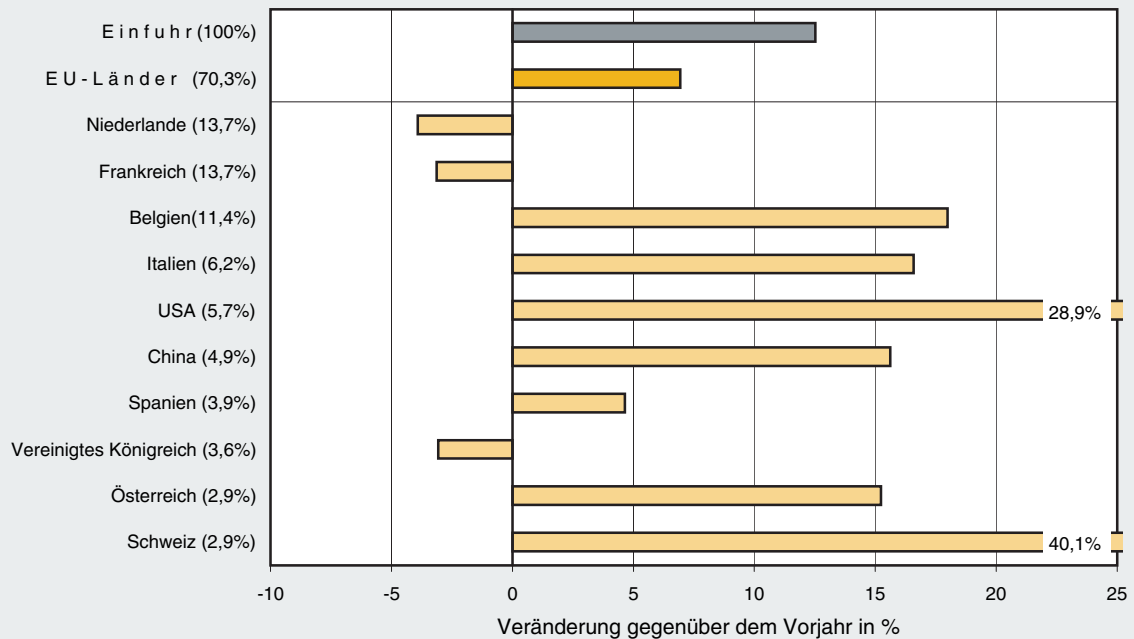
1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Warenuntergruppen erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2005.



**Ausfuhr (nominal) aus Rheinland-Pfalz - Bestimmungsländer<sup>1)</sup>**  
(November 2005 - Oktober 2006)

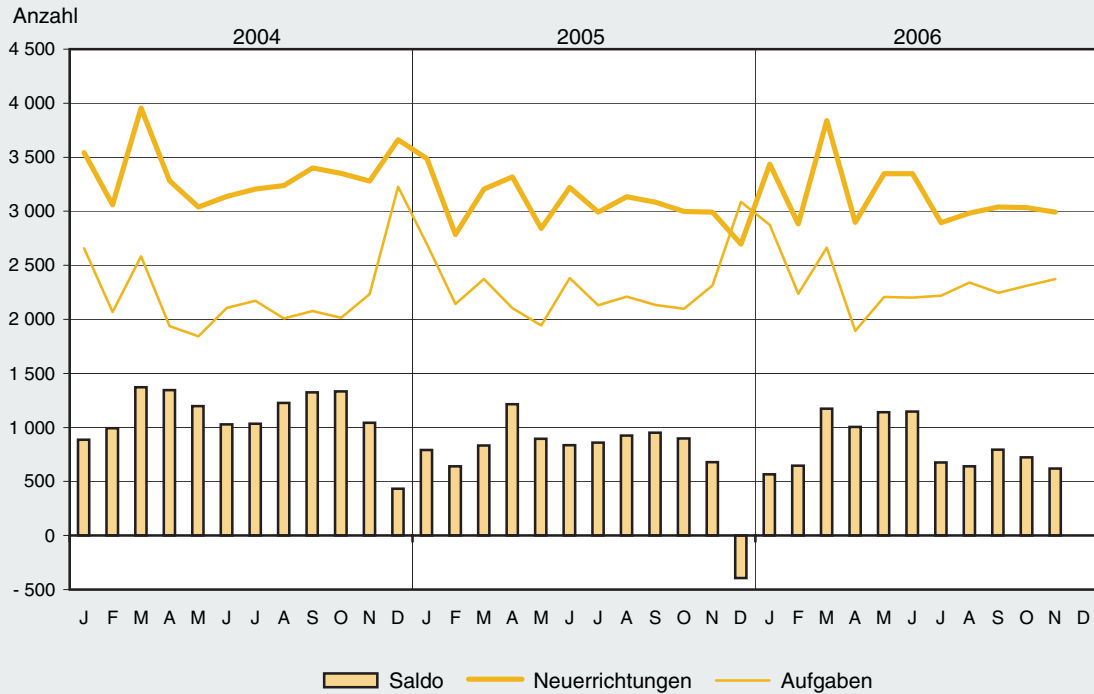


**Einfuhr (nominal) nach Rheinland-Pfalz - Herkunftsländer<sup>1)</sup>**  
(November 2005 - Oktober 2006)

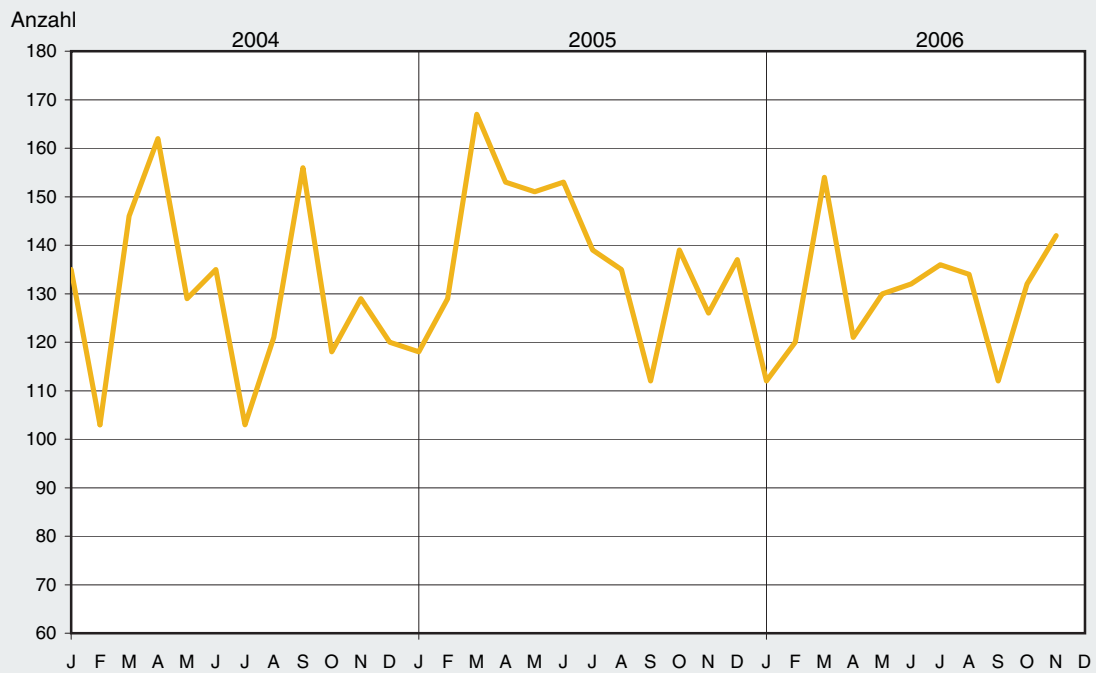


1) Die Abstufung der zehn wichtigsten Länder erfolgt nach dem Anteil am Warenwert insgesamt 2005.

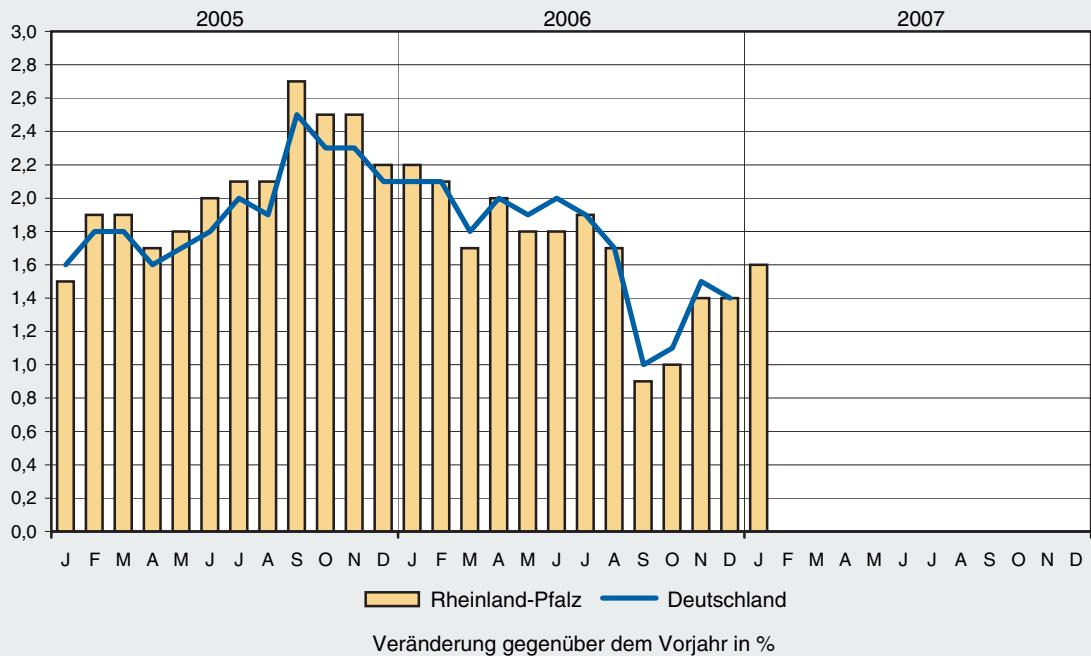
### Gewerbeanzeigen in Rheinland-Pfalz



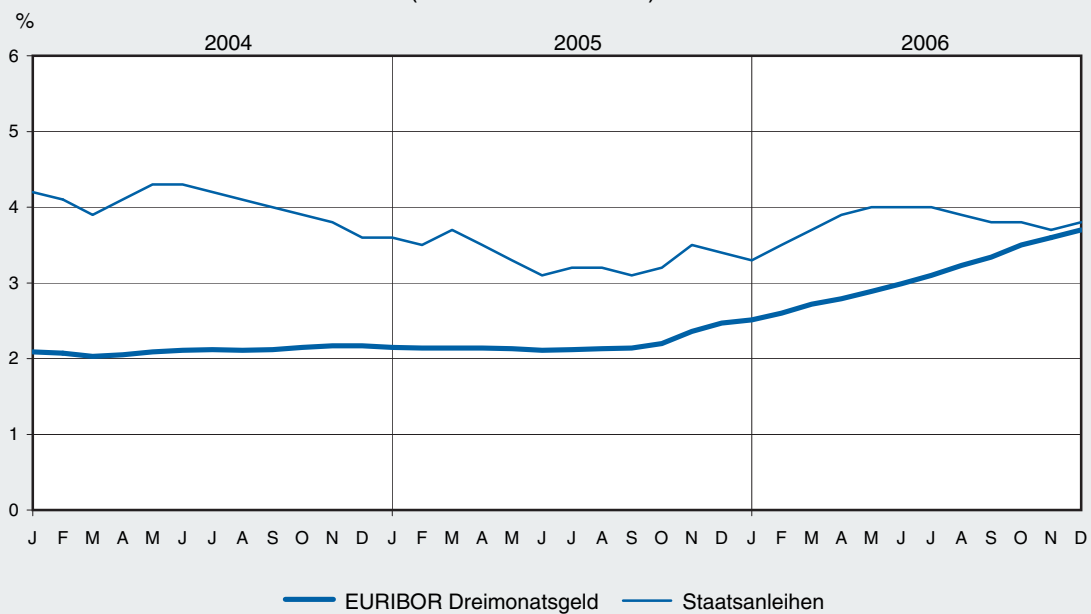
### Unternehmensinsolvenzen in Rheinland-Pfalz



### Verbraucherpreisindex in Rheinland-Pfalz und in Deutschland

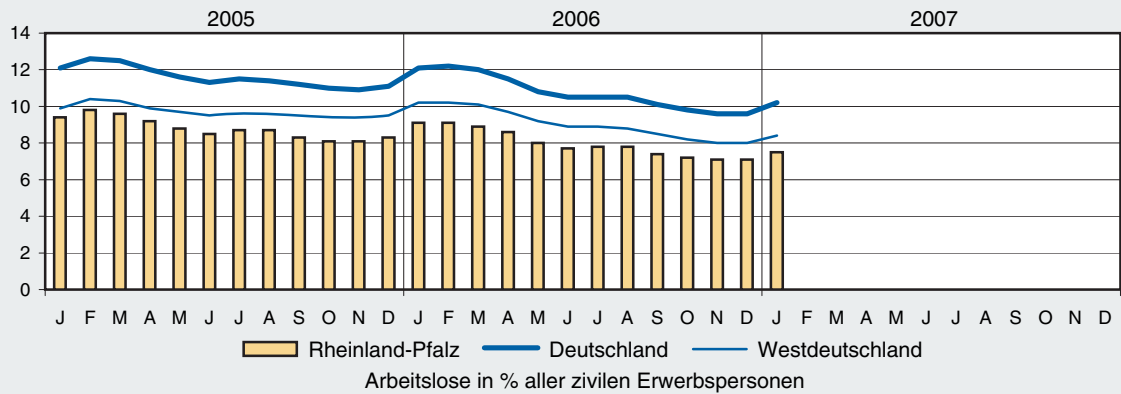


### Geldmarktsätze EURIBOR Staatsanleihen mit 10-jähriger Restlaufzeit (Monatsdurchschnitt)

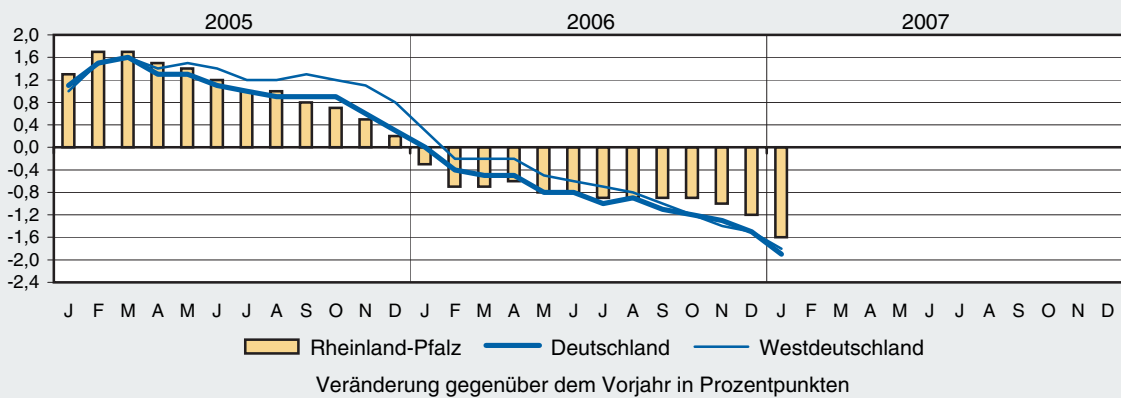


Quelle: Deutsche Bundesbank.

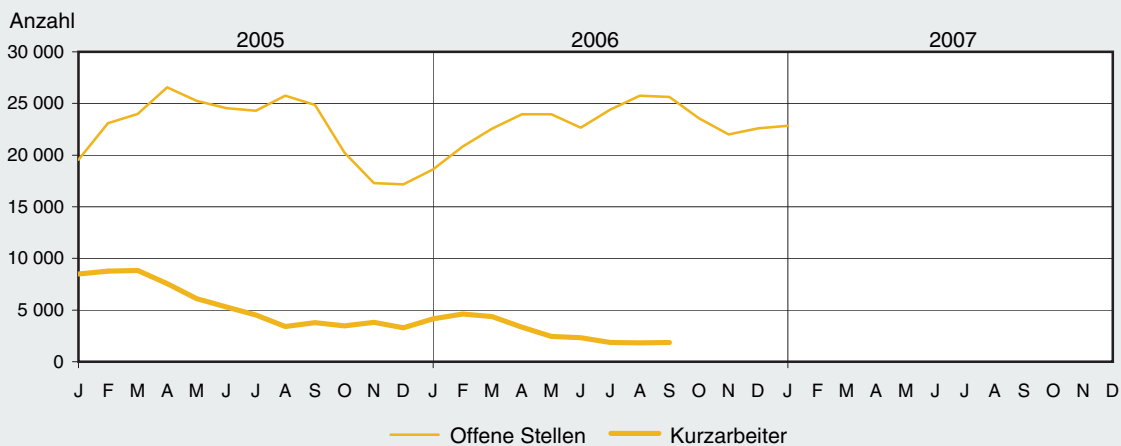
### Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland<sup>1)</sup>



### Veränderung der Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Westdeutschland<sup>1)</sup>

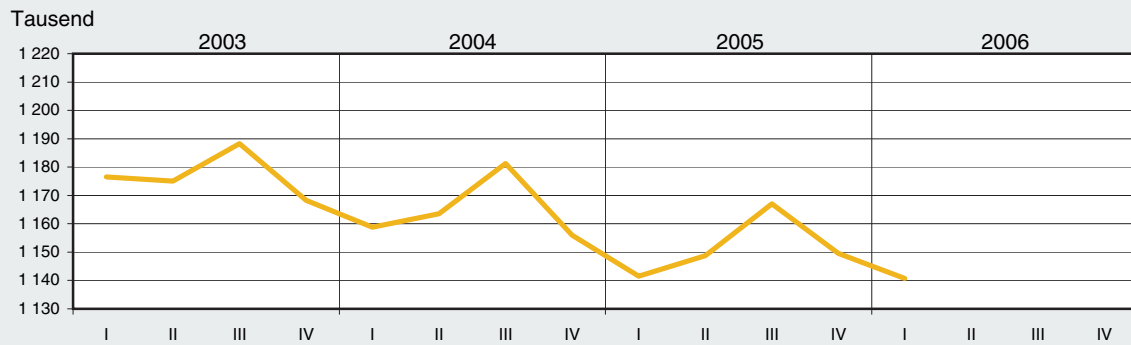


### Offene Stellen und Kurzarbeiter in Rheinland-Pfalz

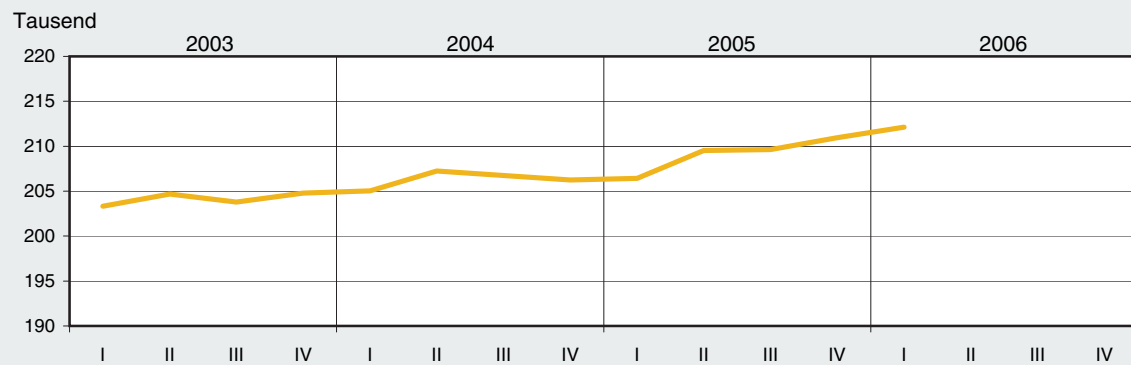


1) Vergleiche mit den Vorjahreszeiträumen sind wegen gesetzlicher Änderungen nur eingeschränkt möglich.

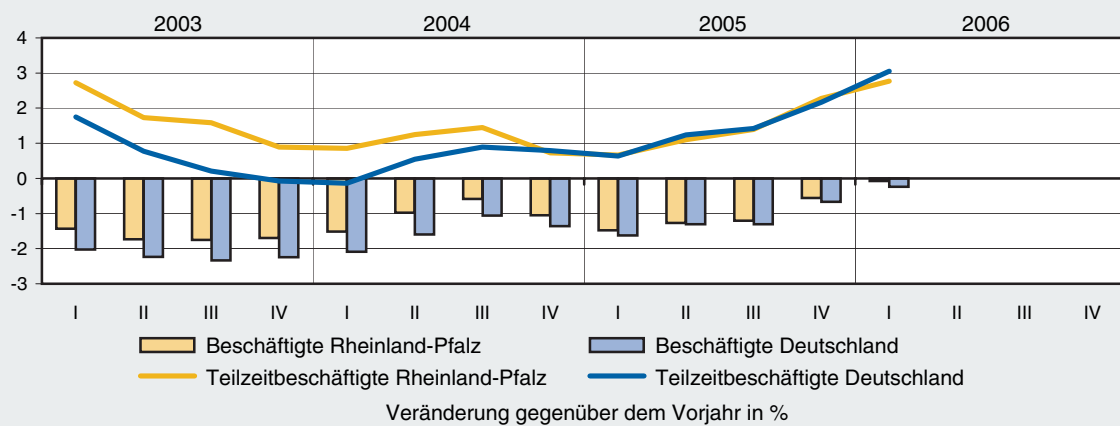
### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz



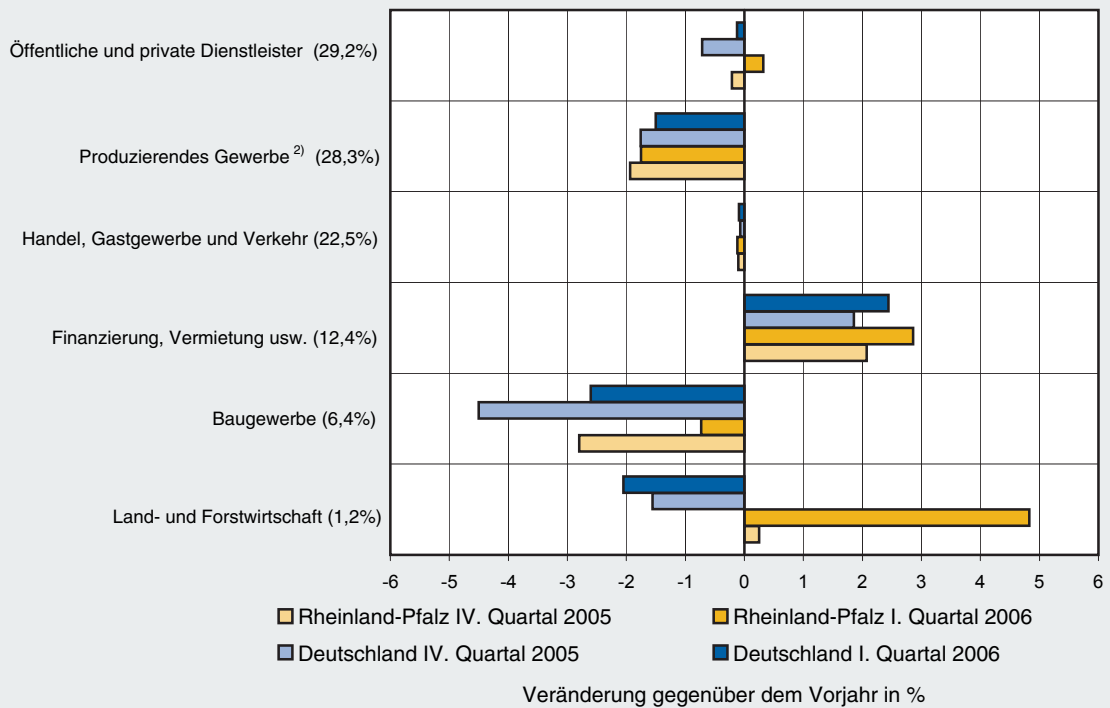
### Sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsplatz in Rheinland-Pfalz



### Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und Teilzeitbeschäftigte am Arbeitsplatz (Veränderungsraten)



**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort  
nach Wirtschaftsbereichen<sup>1)</sup>**



1) Die Abstufung der Wirtschaftsbereiche erfolgt zum Stand 30. Juni 2005. - 2) Ohne Baugewerbe.

Die Daten, auf die sich der Konjunkturteil stützt, haben den Stand 29. Januar 2007.



## Glossar

### Anleihen der öffentlichen Hand

Anleihen der öffentlichen Hand sind Wertpapiere mit festem oder variablem Nominalzinssatz und fester Laufzeit, die von Bund, Ländern, Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften ausgegeben werden. Der effektive Zinssatz (= Nominalzins\*100/Kurswert) einer solchen Anleihe mit zehnjähriger Restlaufzeit gilt als Indikator für das Niveau der langfristigen Zinsen in der Volkswirtschaft.

### Arbeitslose

Arbeitslose sind Arbeit suchende Personen bis zur Vollendung des 65. Lebensjahres, die vorübergehend nicht oder nur kurzzeitig in einem Beschäftigungsverhältnis stehen, die nicht Schüler, Studenten oder Teilnehmer an Maßnahmen der beruflichen Weiterbildung, nicht arbeitsunfähig erkrankt, nicht Empfänger von Altersrente sind und für eine Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen.

### Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ist der Quotient aus den registrierten Arbeitslosen und den abhängigen Erwerbspersonen oder alternativ allen zivilen Erwerbspersonen. Diese Quote ist ein wichtiger Indikator für die Auslastung des Arbeitskräftepotenzials und damit für die gesamtwirtschaftliche Situation in der Volkswirtschaft.

### Auftragseingang

Unter Auftragseingang versteht man alle im betreffenden Berichtsmonat beim Betrieb eingegangenen und fest akzeptierten Aufträge.

Zum Auftragseingang im Bauhauptgewerbe gehören alle Aufträge für baugewerbliche Leistungen entsprechend der Verdingungsordnung für Bauleistungen (ohne Umsatzsteuer).

Beim Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe handelt es sich um Aufträge für die Lieferung selbst hergestellter oder in Lohnarbeit von anderen in- oder ausländischen Firmen gefertigter Erzeugnisse. Der Auftragseingang im verarbeitenden Gewerbe wird in einem Wertindex (zu jeweiligen Preisen) auf der Basis des Jahres 2000 (d. h. 2000 = 100) ausgedrückt.

### Ausbaugewerbe

Das Ausbaugewerbe fasst Wirtschaftszweige zusammen, die überwiegend Ausbauarbeiten und entsprechende Reparatur- und Unterhaltungsarbeiten vornehmen. Hierzu gehören die „Bauinstallation“ und das „Sonstige Baugewerbe“, das u. a. das Maler- und Glasergerber, die Fußboden-, Fliesen- und Plattenlegerie, die Bautischlerei sowie die Gipserei und Verputzerei umfasst, sowie die „Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal“.

### Baugewerblicher Umsatz

Die dem Finanzamt für die Umsatzsteuer zu meldenden steuerbaren (steuerpflichtigen und steuerfreien) Beträge für Bauleistungen in Deutschland und die baugewerblichen Umsätze in Zollausschlussgebieten, wie z. B. deutsche Freihäfen, einschließlich Umsatz aus Nachunternehmertätigkeit und Vergabe von Teilleistungen an Nachunternehmer.

### Bauhauptgewerbe

Zum Bauhauptgewerbe gehören Unternehmen, die Hochbauten (einschließlich Fertigteiltbauten) errichten, Tiefbauarbeiten oder bestimmte Spezialbauarbeiten ausführen.

### Beschäftigte

In den Erhebungen im Bergbau und verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Handel und Gastgewerbe zählen zu den Beschäftigten alle Personen, die am Monatsende in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis zum Betrieb ste-

hen, tätige Inhaber und Mitinhaber sowie unbezahlt mithelfende Familienangehörige, und zwar soweit sie mindestens ein Drittel der üblichen Arbeitszeit im Betrieb tätig sind.

Zum Personenkreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen alle Arbeitnehmer, die kranken-, renten- und pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig zur Bundesagentur für Arbeit sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind.

### Bruttoinlandsprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller in einem abgegrenzten Wirtschaftsgebiet produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter (Inlandskonzept). Es ist als Ausdruck der in einer bestimmten Region erbrachten wirtschaftlichen Leistung in erster Linie ein Produktionsindikator.

### Erwerbspersonen

Die Erwerbspersonen umfassen die abhängigen Erwerbstätigen (Beamte, Angestellte und Arbeiter), die Selbständigen, die mithelfenden Familienangehörigen sowie die Erwerbslosen.

### EURIBOR

Der EURIBOR (= Euro Interbank Offered Rate) ist der Zinssatz, den europäische Banken voneinander beim Handel von Einlagen mit fester Laufzeit verlangen. Er wird als Indikator für die kurzfristigen Zinsen verwendet.

### Euro-Referenzkurs

Hierbei handelt es sich um den von der Europäischen Zentralbank festgestellten Kurs des Euro zum US-Dollar.

### Exportquote

Zur Berechnung der Exportquote einer Branche wird der Auslandsumsatz ins Verhältnis zum gesamten Branchenum-

satz gesetzt. Sie ist ein Indikator für den Exporterfolg, aber auch für die Auslandsabhängigkeit der Branche.

## Gewerbeanzeigen

Zu den (Gewerbe-)Aufgaben zählen die Abmeldungen von Gewerbebetrieben wegen Aufgabe von Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen bzw. unselbständigen Zweigstellen.

Bei den (Gewerbe-)Neuerichtungen handelt es sich um erstmalige Anmeldungen von Gewerbebetrieben als Hauptniederlassungen, Zweigniederlassungen oder unselbständige Zweigstellen.

## ifo Geschäftsklima-Index

Der ifo Geschäftsklima-Index ist ein Frühindikator für die Konjunktorentwicklung. Zur Berechnung dieses Index befragt das ifo Institut für Wirtschaftsforschung in München jeden Monat mehr als 7 000 Unternehmen in Deutschland nach ihrer Einschätzung der Geschäftslage sowie ihren Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Aus diesen Meldungen wird ein Index berechnet. Bei einer durchschnittlichen neutralen Einschätzung des Geschäftsklimas nimmt dieser „Stimmungsindex“ den Wert 100 an, bei einer schlechteren Einschätzung Werte darunter und bei einer besseren Einschätzung Werte darüber.

## Kurzarbeiter

Kurzarbeiter sind Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden erheblichen Arbeitsausfalls ein Entgeltausfall vorliegt und die einen Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben. Die Erfassung erfolgt zur Monatsmitte.

## Offene Stellen

Offene Stellen sind dem Arbeitsamt zur Vermittlung gemeldete Arbeitsplätze für namentlich nicht benannte Arbeitnehmer und Heimarbeiter. Erfasst werden nur offene Stellen, für die eine Beschäftigung von mehr als sieben Kalendertagen vorgesehen ist.

## Produktivität

Aus den Ergebnissen des Monatsberichts im verarbeitenden Gewerbe bzw. im Bauhauptgewerbe lassen sich hilfsweise allgemeine Aussagen über die Produktivität ableiten, indem etwa der Umsatz in Bezug zu den Beschäftigten gesetzt wird. Bei der Ermittlung einer solchen Produktivitätskennziffer lässt sich somit keine rein mengenmäßige Relation darstellen.

Die Produktivität ist grundsätzlich als Maßzahl zu verstehen, welche die Produktionsausbringung ins Verhältnis zu den Einsatzmengen der Produktionsfaktoren setzt. Sie ist also ein Indikator für die Ergiebigkeit ökonomischer Aktivitäten und kann für einzelne Betriebe, für Branchen oder für eine ganze Volkswirtschaft berechnet werden.

## Produzierendes Gewerbe

Zum produzierenden Gewerbe gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darin besteht, Elektrizität, Gas, Fernwärme und Wasser zu erzeugen bzw. zu gewinnen und zu verteilen sowie Waren zu gewinnen bzw. zu be- oder verarbeiten. Das produzierende Gewerbe umfasst den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, das verarbeitende Gewerbe, das Baugewerbe sowie die Elektrizitäts-, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung.

## Teilzeitbeschäftigte

Grundsätzlich liegt Teilzeitbeschäftigung vor, wenn die Arbeitszeit weniger als 18 Stunden beträgt. Eine Teilzeitbeschäftigung kann aber auch bei einer Beschäftigung von 18 Stunden und mehr vorliegen, soweit es sich um keine Vollbeschäftigung handelt.

## Umsatz

Als Umsatz gilt, unabhängig vom Zahlungseingang, der Gesamtbetrag der im Berichtszeitraum abgerechneten Lieferungen und Leistungen an Dritte (ohne Umsatzsteuer) einschließlich der steu-

erfreien Umsätze, der Handelsumsätze sowie der Erlöse aus Lieferungen und Leistungen an Verkaufsgesellschaften, an denen das Unternehmen beteiligt ist. Einzubeziehen sind auch getrennt in Rechnung gestellte Kosten für Fracht, Porto und Verpackungen, der Eigenverbrauch sowie die private Nutzung von firmeneigenen Sachen mit ihrem buchhalterischen Wert. Preisnachlässe und der Wert der Retouren sind von den fakturierten Werten abzusetzen.

Der Umsatz mit dem Ausland ergibt sich aus direkten Lieferungen und Leistungen an Empfänger, die im Ausland ansässig sind, sowie aus Lieferungen an Exporteure, welche die bestellten Waren ohne Be- und Verarbeitung in das Ausland ausführen.

## Unternehmensinsolvenzen

Als Insolvenz wird die Zahlungsunfähigkeit oder Überschuldung eines Schuldners bezeichnet, wobei ein Gericht um Regelung zur gemeinschaftlichen Befriedigung der Gläubiger bemüht wird.

## Verarbeitendes Gewerbe

Zum verarbeitenden Gewerbe (einschließlich Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden) gehören alle Unternehmen, deren wirtschaftliche Tätigkeit überwiegend darauf gerichtet ist, Erzeugnisse zu be- und verarbeiten, und zwar überwiegend mit dem Ziel, andere Produkte herzustellen. Die Tätigkeit kann aber auch darin bestehen, Erzeugnisse zu veredeln, zu montieren oder zu reparieren. Das verarbeitende Gewerbe ist Teil des produzierenden Gewerbes.

## Verbraucherpreisindex

Der Verbraucherpreisindex (früher: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte) misst die durchschnittliche Entwicklung der Preise aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der Verbraucherpreisindex ist ein Indikator für die Geldwertstabilität in der Volkswirtschaft.

## Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz



The image shows a blurred view of a statistical table. To the left of the table is a solid yellow square. The table contains numerical data in a grid format. The visible numbers are:

37	1.279.036	20.053.663	3.991.804
47	1.355.127	21.034.439	4.397.829
81	1.474.661	22.438.521	4.397.829
	1.210.261	19.517.888	3.771.184
	1.210.301		3.697.000

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern \* gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG	Einheit	2004		2005			2006			
		Durchschnitt		Juli	Aug.	Sept.	Juni	Juli	Aug.	Sept.
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 061 <sup>1)</sup>	4 059 <sup>1)</sup>	4 060	4 061	4 060	4 054	4 053	4 053	4 053
darunter Ausländer <sup>2)</sup>	1 000	312 <sup>1)</sup>	313 <sup>1)</sup>	315	316	317	317	317	318	318
<b>Natürliche Bevölkerungsbewegung <sup>3)</sup></b>										
* Eheschließungen <sup>4)</sup>	Anzahl	1 753	1 689	2 388	2 373	2 308	2 932	2 094	2 391	2 228
* Lebendgeborene <sup>5)</sup>	Anzahl	2 785	2 716	2 860	2 912	2 932	2 688	2 681	2 929	2 781
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	8,2	8,0	8,3	8,4	8,8	8,1	7,8	8,5	8,3
* Gestorbene (ohne Totgeborene) <sup>6)</sup>	Anzahl	3 464	3 565	3 281	3 310	3 197	3 313	3 759	3 352	3 171
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,2	10,5	9,5	9,6	9,6	9,9	10,9	9,7	9,5
* darunter im 1. Lebensjahr										
Gestorbene <sup>6)</sup>	Anzahl	12	10	9	16	5	19	10	8	14
je 1 000 Lebendgeborene <sup>7)</sup>	Anzahl	4,1	3,8	4,3	4,7	1,8	7,1	3,7	2,7	5,0
* Überschuss der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 679	- 849	- 421	- 398	- 265	- 625	- 1 078	- 423	- 390
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 2,0	- 2,5	- 1,2	- 1,2	- 0,8	- 1,9	- 3,1	- 1,2	- 1,2
<b>Wanderungen</b>										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 107	8 347	8 792	10 353	9 442	7 293	8 675	9 616	9 118
* darunter aus dem Ausland <sup>8)</sup>	Anzahl	2 218	2 337	2 571	2 601	2 770	2 406	2 574	2 856	2 836
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	7 237	7 693	7 937	9 338	9 289	7 249	8 620	9 404	8 871
* darunter in das Ausland <sup>8)</sup>	Anzahl	2 114	2 073	2 181	2 313	2 292	2 029	2 539	2 376	2 334
* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (-)	Anzahl	870	655	855	1 015	153	44	55	212	247
* Innerhalb des Landes Umgezogene <sup>9)</sup>	Anzahl	12 969	13 053	12 602	15 580	14 117	11 366	12 393	12 949	12 709
<b>ERWERBSTÄTIGKEIT</b>										
Beschäftigte	Einheit	2003		2004			2005			2006
		30.6.		30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort <sup>10)</sup>	1 000	1 175	1 164	1 181	1 156	1 142	1 149	1 167	1 149	1 141
* Frauen	1 000	527	522	530	523	519	519	525	522	518
* Ausländer/-innen	1 000	72	70	71	66	66	68	70	65	67
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	205	207	207	206	206	210	210	211	212
* darunter Frauen	1 000	179	181	181	180	181	183	183	184	184
davon nach Wirtschaftsbereichen										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	13	13	12	12	13	14	12	12
* produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	340	333	335	330	326	325	328	324	320
* Baugewerbe	1 000	80	77	79	74	70	74	76	72	69
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	265	262	268	259	256	258	263	259	256
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000	141	142	145	142	141	143	147	145	145
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	335	336	340	339	336	335	338	338	337

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. – 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. – 3) 2006 vorläufige Ergebnisse. – 4) Nach dem Ereignisort. – 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. – 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. – 7) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. – 8) Ohne ungeklärte Fälle und Fälle ohne Angabe. – 9) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. – 10) Insgesamt einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Arbeitsmarkt <sup>1)</sup>	Einheit	2004	2005		2006			2007		
		Durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
* Arbeitslose	Anzahl	155 111	178 514	164 189	168 719	184 851	147 195	144 398	145 298	153 732
* Frauen	Anzahl	66 311	82 718	79 280	79 709	83 908	74 572	73 284	73 396	75 167
* Männer	Anzahl	88 800	95 796	84 909	89 010	100 943	72 623	71 114	71 902	78 565
darunter										
Bauberufe	Anzahl	8 265	8 896	6 863	7 933	10 607	4 143	4 213	4 540	...
industrielle u. handwinkl. Berufe	Anzahl	44 605	50 308	44 674	46 504	51 169	33 937	33 216	33 883	...
* Arbeitslosenquote <sup>2)</sup>	%	8,6	9,9	9,0	9,3	10,2	8,1	7,9	8,0	8,4
* Frauen	%	7,8	9,7	9,3	9,3	9,8	8,6	8,5	8,5	8,7
* Männer	%	9,2	10,0	8,9	9,3	10,5	7,6	7,4	7,5	8,2
* Ausländer/-innen	%	17,7	21,6	20,2	20,9	22,4	18,2	18,1	18,2	18,9
* Jüngere unter 25 Jahren	%	8,3	10,8	9,2	9,2	10,0	7,7	7,1	6,8	7,2
* Kurzarbeiter/-innen <sup>3)</sup>	Anzahl	6 844	5 613	3 802	3 284	4 144	...	...	...	...
* Gemeldete Stellen	Anzahl	21 679	23 752	17 292	17 163	18 617	23 544	22 011	22 603	22 841
darunter										
Bauberufe	Anzahl	299	995	926	841	1 024	1 340	1 229	1 200	...
industrielle u. handwinkl. Berufe	Anzahl	4 429	5 372	4 857	4 686	4 849	8 147	8 077	8 648	...
<b>BAUTÄTIGKEIT</b>										
<b>(Baugenehmigungen)</b>										
<b>Baugenehmigungen für Wohngebäude</b>										
	Einheit	2004	2005			2006				
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	828	727	670	576	1 031	800	581	619	482
davon mit ...										
* 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	790	700	646	556	1 003	766	561	587	455
* 3 und mehr Wohnungen <sup>4)</sup>	Anzahl	38	27	24	20	28	34	20	32	27
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa-										
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	2	1	...	1	2	1	...	...	2
Unternehmen	Anzahl	97	116	106	41	405	182	71	83	78
private Haushalte	Anzahl	729	610	564	534	624	617	510	536	402
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 154	971	868	710	1 475	1 125	784	846	752
* Umbauter Raum	1 000 m <sup>3</sup>	810	672	605	515	812	734	579	589	481
* Wohnfläche	1 000 m <sup>2</sup>	147	125	115	95	162	136	106	112	92
* Wohnräume	Anzahl	6 416	5 494	4 904	4 168	8 168	5 970	4 636	4 861	3 889
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	184	154	139	120	181	169	139	137	116
<b>Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude</b>										
* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	130	118	125	97	110	144	144	124	135
davon										
öffentl. Bauherren und Organisa-										
tionen ohne Erwerbszweck	Anzahl	16	16	19	14	12	10	10	18	16
Unternehmen	Anzahl	105	97	99	78	90	128	119	98	112
private Haushalte	Anzahl	10	5	7	5	8	6	15	8	7
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	15	14	2	7	8	35	8	11	20
* Umbauter Raum	1 000 m <sup>3</sup>	662	597	927	435	541	821	739	612	607
* Nutzfläche	1 000 m <sup>2</sup>	98	90	120	73	84	113	106	83	94
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	67	64	95	47	102	59	100	51	55
<b>Genehmigte Wohnungen (Wohn- u. Nichtwohngebäude)</b>										
* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-										
nahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 314	1 099	933	800	1 604	1 266	906	957	946
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	7 421	6 276	5 363	4 755	8 935	6 803	5 445	5 696	4 752

1) Quelle: Bundesagentur für Arbeit; ohne Teilnehmer an Eignungsfeststellungs- und Trainingsmaßnahmen; ab Januar 2005 unter Einschluss der Grundsicherung für Arbeitssuchende; ab September 2005 Unterefassung in den Optionskommunen beseitigt. Verfahrensbedingte Abweichungen zu den offiziellen Zahlen sind nicht auszuschließen; die aktuellen Werte sind im Internet bei der Bundesagentur für Arbeit als detaillierte Übersichten zu finden. – 2) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 3) Ergebnisse stehen zurzeit nicht zur Verfügung (Änderung des Meldeverfahrens und Einführung von Saison-Kurzarbeitergeld). – 4) Einschließlich Wohnheime.

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2004		2005			2006			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) <sup>1)</sup>	t	10 830	10 678	10 596	11 241	11 731	10 686	10 820	11 780	11 936
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	t	2 752	2 696	2 889	3 011	3 545	2 372	2 515	2 931	3 337
* Kälber	t	20	16	13	14	20	12	17	17	23
* Schweine	t	7 968	7 865	7 593	8 108	8 064	8 218	8 198	8 720	8 484
* Eierzeugung <sup>2)</sup>	1 000	9 535	10 264	9 913	10 201	10 175	9 262	9 065	9 358	10 012
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	63 617	63 728	60 362	60 922	58 010	62 096	59 215	60 104	57 545
<b>PRODUZIERENDES GEWERBE</b>										
<b>Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden <sup>3)</sup></b>										
* Betriebe	Anzahl	2 184	2 112	2 106	2 095	2 090	2 035	2 033	2 031	2 029
* Beschäftigte <sup>4)</sup>	Anzahl	281 120	274 294	275 021	273 452	272 946	272 556	273 058	272 907	272 778
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	35 893	35 075	35 497	34 526	36 063	33 915	35 101	35 555	36 558
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	884	880	822	845	1 142	831	823	834	1 146
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer) davon	Mill. EUR	5 508	5 790	6 129	5 687	6 032	6 057	6 375	6 405	6 717
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie <sup>5)</sup>	Mill. EUR	2 953	3 042	3 241	2 985	3 222	3 195	3 325	3 412	3 618
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 477	1 624	1 696	1 569	1 642	1 648	1 779	1 748	1 793
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	115	113	126	125	129	126	141	140	141
Verbrauchsgüterproduzenten darunter	Mill. EUR	962	1 010	1 066	1 008	1 039	1 087	1 130	1 104	1 167
Herst. v. chem. Erzeugnissen	Mill. EUR	1 735	1 825	1 889	1 723	1 917	1 851	1 931	1 967	2 176
Fahrzeugbau darunter	Mill. EUR	829	922	970	921	955	912	1 015	995	985
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 521	2 714	2 941	2 604	2 773	2 786	2 976	3 029	3 173
Exportquote <sup>6)</sup>	%	45,8	46,9	48,0	45,8	46,0	46,0	46,7	47,3	47,2
Index des Auftrageingangs im verarbeitenden Gewerbe (Volumenindex)	2000=100	106,8	112,9	116,0	113,7	114,6	116,3	122,8	126,2	131,8
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	2000=100	104,2	110,8	113,8	110,1	114,6	112,6	119,4	122,0	124,4
Investitionsgüterproduzenten	2000=100	111,4	115,7	117,3	117,8	112,7	117,7	122,3	126,7	141,8
Gebrauchsgüterproduzenten	2000=100	98,2	99,4	97,1	98,9	117,0	99,7	118,2	142,1	109,5
Verbrauchsgüterproduzenten	2000=100	108,1	120,7	132,7	126,1	121,2	141,1	149,9	146,0	149,0
darunter										
Herst. v. chem. Erzeugnissen	2000=100	109,4	124,1	124,1	121,6	121,3	125,5	132,3	135,6	137,9
Fahrzeugbau	2000=100	119,1	119,6	122,7	124,7	112,0	113,9	118,4	128,5	155,7
<b>Energie- und Wasser- versorgung</b>										
* Betriebe <sup>3)</sup>	Anzahl	86	87	88	87	87	86	86	86	86
* Beschäftigte <sup>3)4)</sup>	Anzahl	10 377	10 204	10 231	10 210	10 196	10 053	10 145	10 110	10 090
* Geleistete Arbeitsstunden <sup>3)</sup>	1 000 h	1 329	1 296	1 334	1 273	1 374	1 214	1 267	1 275	1 367
* Bruttolohn- und -gehaltsumme <sup>3)</sup>	Mill. EUR	33	33	30	37	43	30	30	39	45
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunter- nehmen <sup>7)</sup>										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	668	595	591	502	597	405	440	393	...
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	651	580	573	491	582	396	428	382	...

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. –  
2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickeiern. – 3) Betriebe von Unternehmen mit  
im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 5) Ohne Energie- und Wasserversorgung. – 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. –  
7) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.



Baugewerbe	Einheit	2004		2005			2006			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
<b>Bauhauptgewerbe</b>										
<b>(Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau) <sup>1)</sup></b>										
* Beschäftigte <sup>2)</sup>	Anzahl	38 163	36 159	36 935	36 637	36 263	37 465	37 803	37 573	37 210
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 780	3 435	4 085	3 839	3 705	4 058	4 274	4 250	4 260
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	1 543	1 394	1 634	1 547	1 447	1 718	1 785	1 784	1 761
* gewerblicher Bau <sup>3)</sup>	1 000 h	931	824	935	851	873	906	971	977	999
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 305	1 217	1 516	1 441	1 385	1 434	1 518	987	1 500
darunter Straßenbau	1 000 h	599	587	774	722	688	710	797	755	756
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	85	79	84	81	93	88	84	86	100
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	63	58	64	61	69	67	63	65	74
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	22	21	20	20	24	21	21	21	27
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	343	305	352	343	368	369	402	395	444
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	116	98	115	109	113	122	128	126	137
* gewerblicher Bau <sup>3)</sup>	Mill. EUR	86	80	84	84	90	99	109	111	117
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	140	128	153	149	165	148	166	158	190
darunter Straßenbau	Mill. EUR	57	56	76	71	77	77	94	81	97
<b>Ausbaugewerbe/</b>										
<b>Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe <sup>4) 5)</sup></b>										
	Einheit	2004		2005				2006		
		Durchschnitt		1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal
Betriebe <sup>6)</sup>	Anzahl	332	319	319	320	319	319	307	306	302
* Beschäftigte <sup>2) 6)</sup>	Anzahl	11 708	11 350	11 207	11 488	11 350	11 353	10 880	10 970	11 170
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	3 558	3 557	3 330	3 652	3 632	3 615	3 311	3 465	3 600
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. EUR	77	76	72	77	76	81	70	73	74
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	55	54	51	55	54	57	50	53	53
* Bruttogehaltssumme	Mill. EUR	22	22	20	21	22	24	20	21	21
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	263	251	183	240	253	327	193	238	256
<b>HANDEL</b>										
<b>Großhandel <sup>p 7)</sup></b>										
	Einheit	2004		2005			2006			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Beschäftigte	2003=100	98,7	95,8	96,9	96,9	96,0	97,6	98,0	98,2	98,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	104,2	105,4	108,0	108,3	107,8	108,0	110,2	110,2	110,1
* Umsatz nominal <sup>8)</sup>	2003=100	103,6	104,1	113,5	109,9	109,9	109,9	115,7	115,0	113,0
* Umsatz real <sup>8)</sup>	2003=100	101,6	99,4	106,8	103,4	104,7	100,6	106,8	106,6	105,3
<b>Einzelhandel <sup>p 9)</sup></b>										
* Beschäftigte	2003=100	102,9	103,8	104,4	104,8	106,5	107,3	107,2	108,2	108,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	102,7	105,8	106,6	107,2	109,7	109,9	109,1	110,3	111,2
* Umsatz nominal <sup>8)</sup>	2003=100	103,2	103,9	104,2	106,4	106,4	106,7	105,8	109,0	110,2
* Umsatz real <sup>8)</sup>	2003=100	103,1	103,1	103,2	105,2	105,5	105,1	103,9	107,0	108,2
<b>Kfz-Handel u. Tankstellen <sup>p 10)</sup></b>										
* Beschäftigte	2003=100	98,2	97,8	98,4	98,5	98,2	98,2	98,1	97,4	98,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	92,3	93,1	94,0	92,6	92,6	97,0	95,7	94,3	96,7
* Umsatz nominal <sup>8)</sup>	2003=100	102,5	111,3	113,3	110,1	117,8	103,9	111,7	124,5	136,0
* Umsatz real <sup>8)</sup>	2003=100	101,3	109,2	110,6	107,2	114,7	100,0	107,4	119,7	130,5
<b>GASTGEWERBE <sup>p</sup></b>										
* Beschäftigte	2003=100	106,5	109,1	114,7	111,9	107,5	114,5	114,7	112,7	109,8
darunter Teilzeitbeschäftigte	2003=100	108,3	115,4	121,6	118,6	114,1	120,5	121,3	118,4	115,7
* Umsatz nominal <sup>8)</sup>	2003=100	99,3	98,9	112,7	110,8	89,2	107,5	115,8	112,3	90,6
* Umsatz real <sup>8)</sup>	2003=100	98,6	97,1	110,0	109,0	87,8	103,6	111,6	108,8	87,4

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnete Ergebnisse; teilweise vorläufige Werte. – 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. – 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. – 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. – 5) Einschließlich Vermietung von Baumaschinen und -geräten mit Bedienungspersonal. – 6) Am Ende des Berichtszeitjahres. – 7) Einschließlich Handelsvermittlung. – 8) Ohne Umsatzsteuer. – 9) Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern. – 10) Sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

TOURISMUS <sup>1)</sup>	Einheit	2004		2005			2006			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Gästeankünfte	1 000	580	595	823	785	453	781	871	781	459
* darunter von Auslandsgästen	1 000	130	137	153	151	90	228	177	154	91
* Gästeübernachtungen	1 000	1 652	1 660	2 237	2 177	1 136	2 439	2 288	2 154	1 139
* darunter von Auslandsgästen	1 000	376	394	445	408	223	807	487	414	225
<b>VERKEHR</b>										
<b>Straßenverkehrsunfälle</b>										
	Einheit	2004		2005			2006			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden <sup>2)</sup>	Anzahl	2 262	2 203	2 233	2 447	2 406	2 332	2 217	2 279	2 230
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 447	1 430	1 511	1 681	1 564	1 706	1 432	1 692	1 470
* Getötete Personen	Anzahl	24	24	32	18	30	19	18	33	30
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	13	13	15	7	18	4	17	12	13
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	5	5	10	6	6	10	-	8	5
Radfahrer	Anzahl	1	1	4	2	2	3	1	2	3
Fußgänger	Anzahl	3	3	1	-	3	1	-	5	6
* Verletzte Personen	Anzahl	1 881	1 874	1 932	2 159	2 080	2 180	1 909	2 120	1 920
dar. schwer verletzte Personen	Anzahl	376	362	391	435	404	435	342	444	356
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	191	168	145	169	194	158	177	147	168
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	84	83	130	116	87	144	76	135	93
Radfahrer	Anzahl	45	50	72	90	50	74	50	89	47
Fußgänger	Anzahl	38	41	26	41	53	31	24	57	37
<b>Kraftfahrzeuge <sup>3)</sup></b>										
	Einheit	2004		2005			2006			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 587	13 674	11 114	14 609	13 226	12 178	14 298	14 482	14 968
darunter										
Krafträder	Anzahl	865	801	576	410	203	843	717	432	288
* Personenkraftwagen <sup>4)</sup>	Anzahl	11 583	11 752	9 527	12 691	11 865	10 343	12 169	12 897	13 328
* Lastkraftwagen	Anzahl	738	787	711	1 122	847	712	1 009	855	994
* Zugmaschinen	Anzahl	239	268	179	312	241	220	290	244	276
<b>Personenbeförderung</b>										
	Einheit	2004		2005				2006		
		Durchschnitt		1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal
Beförderte Personen im Linienverkehr	1 000	69 121	62 432	66 493	65 026	54 394	63 816	69 273	63 761	54 906
Personenkilometer <sup>5)</sup>	Mill.	643	574	573	570	493	660	612	581	499
<b>Binnenschifffahrt</b>										
	Einheit	2004		2005			2006			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Gütereingang	1 000 t	1 185	1 183	1 232	1 273	1 154	1 276	1 235	1 362	1 343
* Güterversand	1 000 t	808	852	988	967	806	918	993	994	996
<b>AUSSENHANDEL <sup>6)</sup></b>										
<b>Ausfuhr (Spezialhandel)</b>										
* Insgesamt	Mill. EUR	2 644	2 842	2 682	2 987	2 782	3 147	2 953	3 125	3 385
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	166	173	195	192	185	198	209	212	224
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	2 439	2 529	2 360	2 645	2 460	2 808	2 604	2 760	3 004
* Rohstoffe	Mill. EUR	23	16	13	17	16	25	14	19	23
* Halbwaren	Mill. EUR	106	103	99	120	109	105	115	121	136
* Fertigwaren	Mill. EUR	2 309	2 409	2 249	2 508	2 335	2 679	2 476	2 620	2 845
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	702	708	582	844	748	995	807	805	901
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 607	1 701	1 667	1 664	1 587	1 684	1 668	1 815	1 944

1) Betriebe ab 9 Betten; einschließlich Campingplätzen (Touristik-Camping). – 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. – 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt. – 4) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz, ab Oktober 2005 einschließlich Wohnmobile und Krankenwagen. – 5) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. – 6) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar.

noch AUSSENHANDEL <sup>1)</sup>	Einheit	2004		2005			2006			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
<b>Ausfuhr (Spezialhandel)</b>										
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	1 938	2 082	1 929	2 257	2 039	2 141	2 173	2 330	2 413
* darunter in EU-Länder <sup>2)</sup>	Mill. EUR	1 726	1 823	1 656	1 962	1 787	1 836	1 822	2 007	2 038
Belgien	Mill. EUR	129	140	124	158	131	139	156	167	186
Luxemburg	Mill. EUR	38	39	39	33	52	49	44	44	48
Dänemark	Mill. EUR	33	38	38	43	39	40	48	47	47
Finnland	Mill. EUR	20	21	16	24	19	21	25	26	21
Frankreich	Mill. EUR	356	366	283	383	351	330	301	381	338
Griechenland	Mill. EUR	29	44	44	48	45	35	39	37	38
Großbritannien	Mill. EUR	213	230	260	261	212	232	283	219	262
Irland	Mill. EUR	12	13	16	15	11	15	17	15	15
Italien	Mill. EUR	196	203	143	223	209	228	174	242	259
Niederlande	Mill. EUR	154	150	136	170	152	152	144	147	167
Österreich	Mill. EUR	128	122	122	134	113	119	125	142	138
Schweden	Mill. EUR	55	62	93	61	55	40	46	53	53
Spanien	Mill. EUR	164	176	137	172	182	182	160	202	197
Portugal	Mill. EUR	19	18	16	20	17	22	20	22	29
* Afrika	Mill. EUR	61	64	67	62	59	82	66	76	78
* Amerika	Mill. EUR	300	333	318	292	391	553	328	365	446
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	227	253	246	210	311	462	235	265	311
* Asien	Mill. EUR	319	333	342	349	272	345	359	321	403
darunter nach Japan	Mill. EUR	50	49	45	52	49	56	56	48	69
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	25	28	26	27	21	26	27	33	45
<b>Einfuhr (Generalhandel)</b>										
* Insgesamt	Mill. EUR	1 625	1 751	1 782	1 665	1 711	1 879	1 999	1 981	2 041
darunter										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	177	161	177	140	147	139	207	138	166
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 392	1 435	1 447	1 380	1 413	1 576	1 620	1 677	1 702
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	51	63	61	68	66	90	91	92	75
* Halbwaren	Mill. EUR	192	211	256	188	200	249	258	261	228
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 149	1 161	1 130	1 124	1 148	1 237	1 270	1 323	1 399
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	303	308	303	284	294	331	372	371	350
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	845	852	827	840	853	906	898	952	1 049
davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 291	1 381	1 394	1 285	1 334	1 465	1 520	1 501	1 519
* darunter aus EU-Ländern <sup>2)</sup>	Mill. EUR	1 163	1 230	1 245	1 145	1 200	1 293	1 328	1 313	1 347
Belgien	Mill. EUR	186	200	218	208	189	237	282	232	229
Luxemburg	Mill. EUR	28	34	35	24	48	45	37	28	44
Dänemark	Mill. EUR	28	35	32	35	27	31	29	33	30
Finnland	Mill. EUR	7	8	9	7	7	10	9	9	13
Frankreich	Mill. EUR	253	239	217	221	219	253	213	228	245
Griechenland	Mill. EUR	5	4	4	4	2	6	3	4	7
Großbritannien	Mill. EUR	63	63	65	73	57	62	58	70	84
Irland	Mill. EUR	14	17	16	23	26	7	9	7	8
Italien	Mill. EUR	106	108	108	94	119	128	113	136	129
Niederlande	Mill. EUR	182	241	269	205	260	203	253	268	200
Österreich	Mill. EUR	53	51	54	47	51	50	56	68	70
Schweden	Mill. EUR	36	38	18	19	19	39	40	45	47
Spanien	Mill. EUR	72	68	66	61	61	67	66	58	64
Portugal	Mill. EUR	10	9	9	9	8	10	10	11	16
* Afrika	Mill. EUR	31	34	52	31	35	35	22	30	27
* Amerika	Mill. EUR	133	143	132	135	128	176	240	210	245
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	104	111	103	106	103	133	156	152	183
* Asien	Mill. EUR	165	188	197	210	211	197	210	237	246
darunter aus Japan	Mill. EUR	27	27	19	25	25	23	25	35	27
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	5	4	6	4	3	6	6	4	4
<b>GEWERBEANZEIGEN <sup>3)</sup></b>										
	Einheit	2004		2005				2006		
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 879	3 630	3 552	3 523	3 526	3 563	3 563	3 617	3 517
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 798	2 883	2 637	2 629	2 817	2 883	2 749	2 831	2 907

1) Wegen der unterschiedlichen Abgrenzung von Spezialhandel und Generalhandel ist eine Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse nicht vertretbar. – 2) Ab Januar 2004 einschließlich der im Mai 2004 beigetretenen Länder. – 3) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

# Zahlenspiegel

INSOLVENZEN	Einheit	2004		2005			2006			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Insgesamt	Anzahl	456	548	456	613	627	661	564	601	665
davon										
* Unternehmen	Anzahl	130	138	112	139	126	134	112	132	142
* Verbraucher	Anzahl	201	264	210	331	346	375	316	343	392
* ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	113	130	120	129	138	132	123	110	119
* sonstige natürliche Personen, <sup>1)</sup> Nachlässe	Anzahl	13	15	14	14	17	20	13	16	12
* Voraussichtliche Forderungen	Mill. EUR	118	116	91	98	84	83	154	147	168
<b>HANDWERK <sup>2)</sup></b>	Einheit	2004		2005				2006		
		Durchschnitt		1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal
* Beschäftigte <sup>3)</sup>	2003=100 <sup>4)</sup>	93,6	91,2	90,4	90,8	92,6	91,1	89,8	90,7	93,6
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	2003=100 <sup>5)</sup>	96,7	94,7	79,2	96,3	98,2	105,2	83,0	99,2	102,6
<b>PREISE</b>	Einheit	2004		2005			2006			2007
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
* Verbraucherpreisindex	2000=100	106,0	108,2	108,5	109,4	109,1	110,1	110,0	110,9	110,8
<b>VERDIENSTE <sup>6)</sup></b>	Einheit	2004		2005			2006			
		Durchschnitt		April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.
* Bruttomonatsverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	2 571	2 597	2 576	2 608	2 641	2 555	2 662	2 683	2 703
* Männer	EUR	2 643	2 667	2 646	2 677	2 713	2 622	2 734	2 756	2 776
* Frauen	EUR	1 935	1 962	1 950	1 968	1 975	1 960	1 999	2 011	2 021
* Bruttostundenverdienste der Arbeiter im produzierenden Gewerbe	EUR	15,55	15,70	15,62	15,70	15,80	15,78	15,88	15,97	16,04
* Männer	EUR	15,95	16,10	16,01	16,09	16,20	16,20	16,28	16,35	16,42
darunter										
* Facharbeiter	EUR	17,05	17,22	17,12	17,23	17,36	17,27	17,35	17,46	17,51
* angeleitete Arbeiter	EUR	15,45	15,51	15,42	15,51	15,60	15,58	15,65	15,73	15,81
* Hilfsarbeiter	EUR	12,66	12,77	12,74	12,77	12,85	12,85	13,08	13,05	13,13
* Frauen	EUR	11,95	12,06	12,04	12,10	12,05	12,05	12,20	12,30	12,33
darunter Hilfsarbeiterinnen	EUR	11,09	11,24	11,31	11,30	11,20	11,20	11,43	11,50	11,53
Bezahlte Wochenarbeitszeit	h	38,0	38,1	38,0	38,2	38,5	37,3	38,6	38,7	38,8
Arbeiter	h	38,1	38,1	38,0	38,3	38,5	37,3	38,7	38,8	38,9
Arbeiterinnen	h	37,3	37,4	37,3	37,4	37,7	37,4	37,7	37,6	37,7
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten im produzierenden Gewerbe	EUR	3 775	3 833	3 815	3 843	3 855	3 852	3 891	3 918	3 921
* Männer	EUR	4 056	4 109	4 085	4 121	4 135	4 123	4 168	4 199	4 200
* Frauen	EUR	2 955	3 024	3 016	3 031	3 039	3 057	3 081	3 109	3 119
* kaufmännische Angestellte	EUR	3 474	3 552	3 538	3 559	3 575	3 569	3 606	3 626	3 634
* Männer	EUR	3 976	4 051	4 024	4 060	4 084	4 052	4 102	4 124	4 131
* Frauen	EUR	2 879	2 947	2 941	2 954	2 960	2 980	3 005	3 027	3 039
* technische Angestellte	EUR	4 013	4 058	4 037	4 072	4 080	4 076	4 117	4 152	4 151
* Männer	EUR	4 094	4 137	4 115	4 152	4 161	4 158	4 200	4 234	4 234
* Frauen	EUR	3 245	3 314	3 301	3 322	3 331	3 335	3 361	3 408	3 410
* Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	2 878	2 930	2 921	2 929	2 944	2 964	2 978	2 980	3 007
* Männer	EUR	3 169	3 219	3 204	3 217	3 239	3 261	3 278	3 278	3 300
* Frauen	EUR	2 484	2 527	2 527	2 528	2 531	2 552	2 563	2 561	2 593
* kaufmännische Angestellte	EUR	2 902	2 952	2 944	2 951	2 966	2 986	2 999	3 001	3 030
* Männer	EUR	3 251	3 300	3 285	3 296	3 319	3 340	3 356	3 356	3 379
* Frauen	EUR	2 495	2 533	2 534	2 533	2 536	2 559	2 568	2 566	2 599
* Bruttomonatsverdienste aller Angestellten im produzierenden Gewerbe; in Handel; Instandhaltung und Reparaturen von Kfz und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe	EUR	3 329	3 387	3 372	3 392	3 406	3 415	3 444	3 459	3 472

1) Beispielsweise Gesellschafter oder Mithafter. – 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. – 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. – 4) 30. September. – 5) Vierteljahresdurchschnitt. – 6) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u.Ä. sowie Spesenersatz, Trennungsentschädigungen, Auslösungen usw.

GELD UND KREDIT <sup>1)</sup>	Einheit	2004		2005				2006		
		Durchschnitt	31.3.	30.6.	30.9.	31.12.	31.3.	30.6.	30.9.	
<b>Kredite an Nichtbanken</b>	Mill. EUR	113 247	116 220	115 919	116 079	116 272	116 611	117 476	117 418	118 096
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	12 465	12 276	12 650	12 259	12 162	12 031	12 876	12 338	12 859
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	9 938	9 331	9 438	9 491	9 205	9 188	9 412	9 533	9 390
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	90 844	94 614	93 831	94 329	94 905	95 392	95 188	95 547	95 847
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	107 347	110 708	110 271	110 514	111 055	110 993	111 487	110 960	111 770
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	93 937	96 206	95 392	96 140	96 722	96 569	97 079	97 326	97 921
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	13 408	14 503	14 879	14 374	14 333	14 424	14 408	13 634	13 849
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	5 899	5 512	5 648	5 565	5 217	5 618	5 989	6 458	6 326
<b>Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken</b>	Mill. EUR	87 584	93 933	92 709	93 280	94 232	95 512	95 741	96 718	97 633
Sichteinlagen	Mill. EUR	24 185	26 954	25 589	26 843	27 329	28 055	28 003	28 756	27 841
Termineinlagen	Mill. EUR	27 994	30 217	29 961	29 618	30 524	30 766	31 267	31 654	33 850
Sparbriefe	Mill. EUR	5 159	5 317	5 371	5 342	5 260	5 293	5 403	5 580	5 775
Spareinlagen	Mill. EUR	30 246	31 446	31 788	31 477	31 119	31 398	31 068	30 728	30 167
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	84 868	90 659	89 707	90 189	90 625	92 115	92 497	93 232	94 040
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	82 935	88 986	88 014	88 483	89 040	90 405	90 905	91 409	91 390
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	1 933	1 674	1 693	1 706	1 585	1 710	1 592	1 823	2 650
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 716	3 274	3 002	3 091	3 607	3 397	3 244	3 486	3 593
<b>STEUERN</b>	Einheit	2004	2005			2006				
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
<b>Aufkommen nach Steuerarten</b>										
<b>Gemeinschaftsteuern</b>	Mill. EUR	2 119	2 208	1 995	2 381	3 063	2 558	1 989	2 505	3 244
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	720	753	398	756	1 376	1 001	416	791	1 495
Lohnsteuer	Mill. EUR	601	582	422	742	755	432	430	757	773
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	Mill. EUR	115	110	-	314	-	-	-	321	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	7	49	- 24	- 18	381	379	- 15	- 8	442
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	51	36	13	7	19	8	16	10	36
Zinsabschlag	Mill. EUR	20	26	12	32	15	9	14	44	14
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. EUR	9	9	-	18	-	0	1	26	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	41	60	- 25	- 7	206	173	- 29	- 12	231
Einnahmen aus der Körperschaftsteuer- zerlegung	Mill. EUR	2	10	-	1	-	-	-	- 11	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 400	1 455	1 597	1 625	1 688	1 557	1 573	1 713	1 749
Umsatzsteuer	Mill. EUR	365	374	423	404	377	377	386	420	429
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 035	1 081	1 174	1 221	1 310	1 180	1 187	1 294	1 319
<b>Zölle</b>	Mill. EUR	113	130	148	138	148	167	162	158	150
<b>Bundessteuern</b>	Mill. EUR	92	86	61	64	177	95	72	69	162
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	51	43	35	35	97	37	45	38	76
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	32	34	19	21	72	51	20	22	78

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

noch STEUERN		Einheit	2004		2005			2006			
			Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
<b>Landessteuern</b>		Mill. EUR	99	92	72	78	101	76	84	77	85
Vermögensteuer		Mill. EUR	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Erbschaftsteuer		Mill. EUR	30	20	8	17	14	14	11	10	18
Grunderwerbsteuer		Mill. EUR	16	16	17	17	17	17	18	20	17
Kraftfahrzeugsteuer		Mill. EUR	35	38	36	30	40	31	35	33	30
Rennwett- und Lotteriesteuer		Mill. EUR	14	13	8	12	24	6	17	12	13
Feuerschutzsteuer		Mill. EUR	1	2	0	0	4	4	0	0	4
Biersteuer		Mill. EUR	3	3	3	3	3	3	3	3	3
		Einheit	2004	2005			2006				
			Durchschnitt	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	4.Quartal	1.Quartal	2.Quartal	3.Quartal	
<b>Gemeindesteuern</b>		Mill. EUR	404	434	438	415	406	477	532	515	527
Grundsteuer A		Mill. EUR	5	5	5	5	5	4	4	4	6
Grundsteuer B		Mill. EUR	99	102	92	110	112	93	95	109	115
Gewerbesteuer (brutto)		Mill. EUR	291	319	333	288	280	373	423	388	398
sonstige Gemeindesteuern 1)		Mill. EUR	9	9	8	13	8	8	11	14	9
<b>Steuerverteilung</b>											
<b>Steuereinnahmen der Gemeinden u. Gemeindeverb.</b>		Mill. EUR	600	626	543	569	621	769	653	680	744
Gewerbesteuer (netto) 2)		Mill. EUR	230	250	291	220	216	273	376	308	320
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer		Mill. EUR	230	232	130	193	251	354	150	216	267
Anteil an der Umsatzsteuer		Mill. EUR	28	28	17	28	28	38	16	29	28
		Einheit	2004	2005			2006				
			Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
<b>Steuereinnahmen des Landes</b>		Mill. EUR	598	597	470	578	898	683	501	612	1 003
Landessteuern		Mill. EUR	99	92	72	78	101	76	84	77	85
Anteil an den Steuern vom Einkommen		Mill. EUR	261	272	116	268	497	386	124	283	552
Lohnsteuer		Mill. EUR	205	196	129	263	217	133	132	270	225
veranlagte Einkommensteuer		Mill. EUR	3	21	- 10	- 8	162	161	- 7	- 3	188
Kapitalertragsteuer		Mill. EUR	22	13	4	2	9	1	6	3	17
Zinsabschlag		Mill. EUR	11	11	5	14	7	4	6	19	6
Körperschaftsteuer		Mill. EUR	19	30	- 13	- 4	103	86	- 15	- 6	115
Anteil an den Steuern vom Umsatz		Mill. EUR	224	216	237	230	255	222	237	246	311
Umsatzsteuer		Mill. EUR	160	158	174	167	190	153	170	185	237
Einfuhrumsatzsteuer		Mill. EUR	64	57	63	63	66	69	67	61	74
Anteil an der Gewerbe- steuerumlage		Mill. EUR	5	6	14	1	14	-	15	2	15
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (FDE)		Mill. EUR	2	2	6	0	6	-	7	1	7
Gewerbesteuerumlage- Anhebung (LFA)		Mill. EUR	7	8	21	1	21	-	28	3	28
Gewerbesteuerumlage- Unternehmenssteuerreform		Mill. EUR	1	2	4	0	4	-	6	1	6
<b>Steuereinnahmen des Bundes</b>		Mill. EUR	1 078	1 189	1 078	1 236	1 670	1 381	1 078	1 294	1 738
Bundessteuern		Mill. EUR	92	86	61	64	177	95	72	69	162
Anteil an den Steuern vom Einkommen		Mill. EUR	314	336	168	321	595	439	175	336	655
Anteil an den Steuern vom Umsatz		Mill. EUR	667	761	835	850	884	847	815	887	906
Anteil an der Gewerbe- steuerumlage		Mill. EUR	5	6	14	1	14	-	15	2	15

1) Einschließlich Restabwicklung der Grunderwerbsteuer. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

## Januar

### STATISTISCHE BERICHTE

#### Bildung, Kultur, Rechtspflege, Wahlen

Weiterbildung in Rheinland-Pfalz  
2005 (Aktualisierte Fassung)  
Bestellnr.: B4013 200500

#### Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Wachstumstand und Ernte von  
Feldfrüchten und Grünland  
Anfang Dezember 2006  
Bestellnr.: C2013 200604

Gartenbauerhebung 2005: Teil 2  
– Strukturdaten  
Bestellnr.: C4723 200501

#### Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie  
Bergbau und Gewinnung von Steinen  
und Erden im November 2006  
Bestellnr.: E1023 200611

Index des Auftragseingangs  
für das verarbeitende Gewerbe im  
November 2006  
Bestellnr.: E1033 200611

Bauhauptgewerbe im November  
2006 – Vorbereitende Baustellen-  
arbeiten, Hoch- und Tiefbau  
Bestellnr.: E2023 200611

Unternehmen und Investitionen  
im Bauhauptgewerbe 2005 – Vor-  
bereitende Baustellenarbeiten,  
Hoch- und Tiefbau  
Bestellnr.: E2043 200500

Ausbaugewerbe im Juni 2006 –  
Bauinstallation und sonstiges  
Baugewerbe (jährliche Erhebung)  
Bestellnr.: E3033 200600

Unternehmen und Investitionen im  
Ausbaugewerbe 2005 – Bau-  
installation und sonstiges Baugewerbe  
Bestellnr.: E3043 200500

Elektrizitäts- und Wärmeerzeugung  
der Kraftwerke der allgemeinen  
Versorgung im Oktober 2006  
Bestellnr.: E4023 200610

#### Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im November 2006  
Bestellnr.: F2033 200611

#### Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Umsatz und Beschäftigte im  
Handel und im Gastgewerbe im  
November 2006  
Bestellnr.: G1023 200611

Aus- und Einfuhr 2005  
Bestellnr.: G3013 200500

Aus- und Einfuhr im Oktober 2006  
Bestellnr.: G3023 200610

Gäste und Übernachtungen im  
Fremdenverkehr im Oktober 2006  
Bestellnr.: G4023 200610

#### Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Schlüsselzuweisungen 2006  
Bestellnr.: L2093 200600

#### Preise und Preisindizes

Verbraucherpreisindex in Rheinland-  
Pfalz und Deutschland im  
Dezember 2006  
Bestellnr.: M1013 200612

Preisindizes für Bauwerke in  
Deutschland im November 2006  
Bestellnr.: M1043 200644

#### Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Oktober 2006  
Bestellnr.: Z1013 200610

### SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

CD-ROM: Schulverzeichnis für  
allgemein bildende Schulen in Rhein-  
land-Pfalz, Schuljahr 2006/2007  
Bestellnr.: B1004C 200700

E-Mail-Versand: Schulverzeichnis  
für allgemein bildende Schulen in  
Rheinland-Pfalz, Schuljahr 2006/2007  
Bestellnr.: B1004E 200700

#### Gemeinschaftsveröffentlichungen der statistischen Ämter des Bundes und der Länder

CD-ROM: Gemeindeverzeichnis –  
Anschriften, Schlüsselnummern, Eck-  
daten für alle Gemeinden Deutsch-  
lands – Stand: 31. Dezember 2005  
Bestellnr.: A5015C 200500

Kreiszahlen – Ausgewählte Regional-  
daten für Deutschland – Ausgabe 2006  
Bestellnr.: Z1015 200600

Die Qualitätsstandards der amtlichen  
Statistik – Ausgabe 2006  
Bestellnr.: Z1075 200601

Die Veröffentlichungen können  
beim Statistischen Landesamt,  
Vertrieb der Veröffentlichungen,  
56128 Bad Ems, bestellt wer-  
den. Telefon: 02603 71-2450,  
Telefax: 02603 71-194322,  
E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de.

Unter der Internetadresse [www.statistik.rlp.de](http://www.statistik.rlp.de) steht die überwie-  
gende Zahl der aktuellen Statisti-  
schen Berichte zum kostenfreien  
Download zur Verfügung. Zudem  
sind die Neuerscheinungen der  
letzten acht Wochen und das wö-  
chentlich aktualisierte Verzeichnis  
aller Veröffentlichungen abrufbar.



## **Die wichtigsten Daten für alle Landkreise und kreisfreien Städte in Deutschland auf einen Blick – „Kreiszahlen, Ausgabe 2006“ erschienen**

Die Ausgabe 2006 der jährlich erscheinenden Publikation „Kreiszahlen – Ausgewählte Regionaldaten für Deutschland“ ist soeben erschienen. Diese Broschüre enthält die wichtigsten statistischen Eckdaten für alle Landkreise und kreisfreien Städte aus ganz Deutschland. Dazu gehören z. B. Daten über die Bevölkerung und die Geburtenhäufigkeit, aber genauso auch Daten über die Zahl der Arbeitsplätze, die Qualifikation der Beschäftigten, die Arbeitslosigkeit, das Wirtschaftswachstum und Ergebnisse der letzten Bundestagswahl. Insgesamt sind 137 wichtige Merkmale für jede Region enthalten.

Die „Kreiszahlen“ sind ein gemeinsames Produkt der statistischen Ämter des Bundes und der Länder. Die Veröffentlichung ergänzt als gedruckte Broschüre die ebenfalls vor kurzem erschienene regionalstatistische Datenbank „Statistik regional“.

Die „Kreiszahlen, Ausgabe 2006“ umfassen 204 Seiten und eine ausklappbare Karte, in der die Territorialstruktur und die Besiedlungsdichte in Deutschlands Regionen dargestellt sind. Die Broschüre kostet 15,00 Euro und kann bei den statistischen Ämtern des Bundes und der Länder bestellt werden.





## Impressum

Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz

Bestellnummer: Z 2201

ISSN: 0174-2914

Herausgeber:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

56128 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0, Telefax: 02603 71-3150

E-Mail: [poststelle@statistik.rlp.de](mailto:poststelle@statistik.rlp.de)

Internet: [www.statistik.rlp.de](http://www.statistik.rlp.de)

Redaktion: Romy Feldmann

Layout und Vertrieb:

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Fotos: Polizei Rheinland-Pfalz und Manfred Riege

Druck: Hessisches Statistisches Landesamt

Erscheinungsfolge: monatlich

Einzelpreis der Printausgabe: 5,50 EUR

Jahresbezugspreise:

Printausgabe: 60,00 EUR

PDF-Datei: 30,00 EUR (E-Mail-Versand)

Alle Preise verstehen sich einschließlich Versandkosten.

---

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

Bad Ems · 2007

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.